

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der 4./5. Parlamentssitzung des Stadtparlaments im Amtsjahr 2026/2027 vom 29. Juni 2026

von 16.15 – 18.23 Uhr und 20.00 – 22.05 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz: S. Kocher (GLP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 4. Sitzung: F. Künzler (SP)
5. Sitzung: M. Bachmann (AL), N. Ernst (GLP)
4./5. Sitzung: K. Hager (SP), R. Jung (AL), L. Merz (SP), M. Pfirter (SP),
Th. Gschwind (SP), B. Oeschger (GLP), J. Guddal (GLP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokoll der 2./3. Sitzung	
2*	26.57	Wahl von sieben Delegierten in den Zweckverband RWU für die Amtsdauer 2026/2030	M. Sörgo
3*	26.58	Wahl von zehn Mitgliedern in die Sozialhilfebehörde für die Amtsdauer 2026/2030	M. Sörgo
4	26.59	Wahl von acht Mitgliedern in die Kommission Berufsvorbereitung (Profil.) für die Amtsdauer 2026/2030	M. Sörgo
5*	26.60	Wahl von acht Mitgliedern in die Kommission MSW für die Amtsdauer 2026/2030	M. Sörgo
6*	26.61	Wahl von vier Mitgliedern in die Kunstkommission für die Amtsdauer 2026/2030	M. Sörgo
7*	26.24 (DFI)	Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2025	Ch. Hartmann
8*	26.51	Tätigkeitsbericht 2025/26 der Finanzkontrolle	Ph. Weber
9*	26.32	Jahresbericht 2025 der Ombudsstelle	M. Gross
10	26.50	Tätigkeitsbericht 2025 der Datenschutzstelle	M. Gross
11*	26.52 (DSO)	Geschäftsbericht 2025 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur	B. Oeschger

12*	26.6 (DPR)	Umsetzung der Motion betr. «Überführung des Münzkabinetts in eine gemeinnützige Trägerschaft» (Parl.-Nr. 2022.13); Erlass einer Verordnung zur Überführung des Münzkabinetts und der Antikensammlung in eine «Light-Form» im Sinn des Motionsberichts	D. Roth-Nater
13*	26.31 (DSS)	Verpflichtungskredit von Fr. 1'980'000 für die Erstellung eines Kunstrasenfeldes auf der Sportanlage Steinacker (Projekt-Nr. 5013010)	Ch. Della Sega
14*	26.28 (DSS)	Verpflichtungskredit von jährlich wiederkehrend Fr. 190'000 für die Miete von Räumlichkeiten auf dem Vitusareal für schulische Nutzungen und von einmaligen Fr. 200'000 für deren Erstausrüstung	M. Lischer
15*	25.140 (DTB)	Neuerlass Verordnung über die öffentliche Beleuchtung, Uhren und Beflaggung (VöBUB)	St. Gubler
16	25.132 (DSU)	Begründung der Motion A. Geering (Die Mitte/EDU), D. Romay (FDP), A. Würzer (EVP), A. Steiner (GLP) und M. Graf (SVP) betr. Änderung Verordnung über das unbeschränkte Parkieren in der Blauen Zone (PBZ) – Bewilligung für Schichtarbeitende	
17	24.90 (DSU)	Beantwortung der Interpellation Ch. Hartmann (SVP) betr. Auflösung unbewilligter Demonstrationen	
18	24.92 (DSU)	Beantwortung der Interpellation B. Oeschger (GLP), K. Vogel (Die Mitte) und D. Romay (FDP) betr. Einsatz von Körperkameras (Bodycams) durch die Stadtpolizei Winterthur	
19	26.5 (DBM)	Begründung der Motion Ch. Hartmann (SVP) und Ch. Maier (FDP) betr. Verlängerung der Parkdauer in der Blauen Zone	
20	24.78 (DBM)	Antrag und Bericht zum Postulat J. Praetorius (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP), L. Jacot-Descombes (SP) und L. Studer (GLP) betr. Begründung von Verwaltungsliegenschaften	
21	24.79 (DBM)	Antrag und Bericht zum Postulat J. Praetorius (Grüne/AL), D. Rohner (EVP), B. Zäch (SP) und L. Studer (GLP) betr. Fassadennutzung für PV-Anlagen	
22	24.106 (DFI)	Antrag und Bericht zum Postulat R. Tobler (FDP), M. Wackerlin (SVP), B. Oeschger (GLP) und M. Zundel (Grüne) betr. mehr Digitalisierung in der Kommunikation mit Dritten	
23	25.61 (DFI)	Beantwortung der Interpellation F. Kramer-Schwob (EVP), R. Hugentobler (Grüne/AL) und J. Fehr (FDP) betr. Dauercamping	
24	25.91 (DFI)	Beantwortung der Interpellation I. Kuster (Die Mitte) und R. Heuberger (FDP) betr. Handhabung des Baurechts durch die Stadtverwaltung	
25	26.30 (DPR)	Begründung der Motion K. Hager (SP), L. Merz (SP), J. Praetorius (Grüne/AL), F. Kramer-Schwob (EVP) betr. Wohnraum schützen – Airbnb und Business Apartments regulieren	
26	25.109 (DPR)	Antrag und Bericht zur Motion N. Ernst (GLP), M. Gnesa (SP), R. Hugentobler (Grüne/AL), A. Würzer (EVP) und B. Oeschger (GLP) betr. einer Vertretungsregelung im Stadtparlament Winterthur	

- | | | |
|----|----------------|---|
| 27 | 25.12
(DSS) | Beantwortung der Interpellation R. Heuberger (FDP), A. Zuraikat (Die Mitte), M. Graf (SVP), und N. Holderegger (GLP) betr. optimierte Schulraumnutzung |
| 28 | 25.26
(DSS) | Beantwortung der Interpellation Regula Keller (SP), Gabi Stritt (SP), N. Ernst (GLP) und M. Lischer (Grüne/AL) betr. Nachfrageentwicklung in der schulergänzenden Betreuung |

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsident S. Kocher: Ich begrüsse Euch gerne zur 4. und 5. Sitzung des Winterthurer Stadtparlaments.

Mitteilungen

Parlamentspräsident S. Kocher: Ich beginne zuerst mit den Abmeldungen: Für beide Sitzungen abgemeldet haben sich Katja Hager (SP), Rona Jung (AL), Livia Merz (SP), Martina Pfrirter (SP), Thomi Gschwind (SP), Benedikt Oeschger (GLP) und Jan Guddal (GLP). Für die Nachmittagssitzung hat sich abgemeldet Fredy Künzler (SP) und für die zweite Sitzung Miguel Bachmann (AL) und Nora Ernst (GLP).

Ich komme zu einem ganz wichtigen Punkt an der heutigen Sitzung, das ist das Thema Verabschiedungen. Wir haben zwei Stadträt:innen, die heute ihre letzte Sitzung haben.

Ich beginne damit, indem ich ein paar Worte sage an Katrin Cometta.

Sehr geehrte Stadträtin, liebe Katrin. Es gibt Politikerinnen und Politiker, bei denen denkt man im Rückblick: Das war nicht Zufall – das hatte definitiv System.

Wenn man Deine politische Laufbahn anschaut, dann gehörst Du definitiv zu diesen Personen. Dein Weg hat hier im Grossen Gemeinderat begonnen – engagiert, präsent und immer in vollem Einsatz für Deine Anliegen. Und schon damals warst Du eine Politikerin, die nicht einfach nur mitdiskutierte, sondern auch gerne ein bisschen weitergedacht hat als nur gerade den aktuellen Moment.

Und genau so ein Moment ist mir bei der Vorbereitung besonders aufgefallen. 2016 hast Du ein Postulat eingereicht zur Teilzeitarbeit bei der Polizei. Was dahinter steckt, klingt heute fast selbstverständlich: Flexible Arbeitsmodelle, bessere Vereinbarkeit, eine moderne Polizei als Arbeitgeberin. Aber damals war das – gerade in der Polizei – wahrscheinlich alles nicht ganz so selbstverständlich.

Und jetzt kommt das eigentlich Schöne daran: Ein paar Jahre später bist Du Vorsteherin genau von dieser Stadtpolizei geworden. Vielleicht war es ein Zufall – vielleicht aber auch nicht. Als Stadträtin im Departement Sicherheit und Umwelt bist Du im Zentrum von Themen gestanden, die selten einfach sind: Sicherheit, Ordnung, Umwelt, gepaart mit klaren öffentlichen Erwartungen – und oft alles gleichzeitig.

Und trotzdem: Dein Stil war immer klar erkennbar. Strukturiert. Direkt. Und mit einer wohlthuenden Klarheit.

Aber eben nie nur technisch oder nüchtern – sondern mit dem Anspruch, dass Verwaltung und Politik auch zeitgemäss sein müssen. Und vielleicht ist genau das das Verbindende zwischen Deinem Vorstoss von damals und Deiner späteren Tätigkeit im Stadtrat: Der Wille, Sachen nicht nur zu verwalten, sondern zu verändern.

Liebe Katrin, Du hast in unterschiedlichen Rollen Verantwortung übernommen – im Parlament bei uns, beim Kanton und im Stadtrat. Du hast Spuren hinterlassen, die bleiben.

Im Namen vom Stadtparlament danke ich Dir ganz herzlich für Deinen Einsatz für Winterthur.

Und wünsche Dir auf Deinem weiteren Weg alles Gute – und vielleicht ab und zu auch einen Moment, in dem Du feststellen kannst: Gewisse Ideen von damals haben es tatsächlich in die Realität geschafft...

Zum Abschied habe ich Dir noch ein kleines Geschenk. Ich habe Dir hier ein Sixpack Bier aus Bern, die Hälfte mit und die Hälfte ohne Alkohol. Du musst dann selbst entscheiden. (*Applaus*)

Stadträtin K. Cometta: Merci vielmals, lieber Sämi, für die schönen Worte, für die Erinnerung an die Teilzeitarbeit bei der Polizei (das haben wir mittlerweile, sogar in ganz kleinen Pensen, daran habe ich Freude). Wir konnten auch den Frauenanteil steigern im Korps. Merci vielmals für Blumen und Bier, kann man beides sehr gut gebrauchen. Danke vielmals. Du hast es gesagt: 2010 bis 2019 war ich eine von Euch im Parlament, das habe ich sehr gerne gemacht. Und es ist eben auch nicht so lange her, dass ich nicht mehr wusste, was das heisst: Milizparlament. Neben dem Beruf, oft neben Familie, noch irgendwie die Politik reinzubringen. Das braucht viel Jonglage. Und da möchte ich Euch als Stadträtin ganz herzlich danken für Euer Engagement. Ich weiss, das verlangt einiges ab. Aber es zeigt eben auch, wie gross der Wille ist auch von Euch, mitzugestalten, die Zukunft von Winterthur mitzugestalten, eine bessere Zukunft zu schaffen. Und ich glaube, das ist das, was uns alle verbindet – egal in welcher Rolle, ob seitens Stadtrat oder seitens Parlament. Wir wollen alle das Beste für unsere Stadt. Und wir wissen alle, dass es auch an uns ist, Verantwortung zu übernehmen und einen Teil zu leisten.

Ich habe es schon bei meiner Abschlussfeier gesagt: Ich schätze wirklich die Politikultur, die wir in Winterthur haben, dass man miteinander spricht, mit dem Ziel, einander zu verstehen. Das ist jeweils auch noch wichtig. Dass es wiederum geht, den gemeinsamen Nenner zu finden, das ist ja die hohe Kunst der Politik, dass man sich im Kompromiss findet. Ich glaube, das zeichnet wirklich auch die Schweiz aus, dass wir etwas weniger polarisiert sind als anderswo. Nichtsdestotrotz, es findet auch hier statt. Und ich bin wirklich überzeugt, dass Polarisierung tragfähige Lösungen verhindert. Was ich auch festgestellt habe, wo ich nicht weiss, ob es wegen dem Rollenwechsel in den Stadtrat ist oder ob es generell ist: Ich finde auch, gelebte Gewaltenteilung, die nicht Misstrauen zwischen Parlament und Stadtrat ist, sondern in Anerkennung der unterschiedlichen Rollen, in Anerkennung davon, dass alle das Beste wollen für die Stadt, dass das ein gutes Miteinander gibt, dass das eine konstruktive Politik gibt. Und das ist schliesslich auch das, was die Bevölkerung von uns erwartet.

In dem Sinne wünsche ich Euch allen weiterhin ganz viel Ringen um gute Lösungen, ganz viel konstruktives Suchen nach Kompromissen, viel Zuhören (zwei Ohren, ein Mund – nicht umgekehrt) und einfach alles Gute. Merci für Euer Engagement, danke. (*Applaus*)

Parlamentspräsident S. Kocher: Wir kommen zur zweiten Verabschiedung.

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, lieber Mike. Mit Deiner letzten Sitzung im Stadtparlament und somit mit Deinem heutigen Abschied endet ein prägnantes Kapitel in der politischen Geschichte der Stadt Winterthur.

Dein politischer Weg hat hier im Saal vom damaligen Grossen Gemeinderat als engagiertes Mitglied gestartet. Schon damals hast Du Dich intensiv mit Fragen beschäftigt, die für die Entwicklung Winterthurs entscheidend sind.

Wenn man heute auf Deine Laufbahn zurückblickt, dann wird deutlich: Dein Wirken war nie auf den schnellen Effekt ausgerichtet, sondern auf nachhaltige Entwicklung – Schritt für Schritt, mit Geduld, mit Beharrlichkeit und mit dem Blick für das Ganze.

Eine kleine Entdeckung aus Deinen frühen Parlamentsjahren, als Du noch aktives Mitglied der Kommission «Förderung des öffentlichen Verkehrs Winterthur» warst, hat mich bei der Vorbereitung besonders angesprochen. Im Jahr 2001 hast Du einen Vorstoss zum Verkehrsmanagement als Erstunterzeichner eingereicht, zusammen mit den Grünen und der EVP. Das Ziel ist klar und eigentlich sehr bodenständig: Der öffentliche Verkehr soll funktionieren – Busse sollen pünktlich und zuverlässig unterwegs sein. Der Vorstoss klingt auf das Erste unspektakulär. Aber gerade darin zeigt sich etwas Typisches für Dich: Nicht die grossen Wellen,

sondern das konkrete Problem; nicht die Schlagzeile, sondern die funktionierende Stadt stehen für Dich im Vordergrund

Oder anders gesagt: Du hast Dich schon früh darum gekümmert, dass das, was Winterthur ausmacht, auch wirklich läuft – ganz im wörtlichen Sinn.

Diese Haltung zieht sich durch Deinen ganzen Leistungsausweis als Stadtpräsident hindurch. Seit 2005 in der Exekutive, seit 2012 als Stadtpräsident, hast Du Verantwortung getragen für zentrale Bereiche wie Stadtentwicklung, Kultur, Verwaltung und Personal.

Winterthur hat sich in dieser Zeit sichtbar weiterentwickelt: Als wachsender Wirtschaftsstandort, als Kulturstadt, als moderner Lebensraum.

Du hast strategische Themen vorangebracht – von der nachhaltigen Stadtentwicklung «Winterthur 2040» über die Positionierung der Stadt über die Stadtgrenze hinaus bis zur Förderung von Innovation, Kultur und Bildung. Gleichzeitig war Dein Wirken immer auch nah an den Menschen: Im Austausch mit der Bevölkerung, mit Vereinen, mit Institutionen und Unternehmen.

Und besonders in anspruchsvollen Zeiten – wie während der Corona-Pandemie – hast Du Verantwortung übernommen, ruhig geführt und die Balance gehalten zwischen Schutz, Stabilität und Unterstützung. Dein Stil ist dabei stets gleich geblieben: Verbindlich, sachlich, lösungsorientiert. Kein lauter Auftritt, sondern verlässliche Führung. Keine schnellen Schlagzeilen, sondern nachhaltiges Wirken.

Was bleibt, ist deshalb mehr als nur eine Liste von Projekten. Was bleibt, ist eine Haltung. Eine Haltung, die exemplarisch zeigt, was wir alle da im Parlament leben: Politik bedeutet, Verantwortung zu übernehmen, dranzubleiben. Und die Stadt nicht aus dem Blick zu verlieren – auch dann nicht, wenn der Weg länger ist als geplant.

Lieber Mike, für all das, was Du für Winterthur geleistet hast, sichtbar und oft auch unsichtbar im Hintergrund, danke ich Dir von Herzen im Namen des Stadtparlaments, im Namen der ganzen Stadt Winterthur.

Für Deinen weiteren Weg wünschen wir Dir alles Gute, Gesundheit und viele erfüllende Momente. Und vielleicht – ganz im Sinne von früheren Vorstössen – auch ab und zu die Gelegenheit, Dich entspannt umzuschauen und festzustellen: Es läuft.

Zum Abschied habe ich auch Dir noch ein kleines Geschenk mitgebracht. Und auch Du bekommst ein Sixpack Bier. Dieses Mal alles Bier aus Winterthur. Und dazu gibt es noch ein kleines Supplement – und zwar eine kleine Fleischbeilage. Und ich habe extra darauf geachtet, dass sie mehr als 120 Gramm ist. (*Applaus*)

Stadtpräsident M. Künzle: Jetzt ist er also da, der letzte Tag, die letzte Parlamentssitzung von mir und von Katrin. Nach schon etlichen Abschieden.

Ich halte mich auch kurz – wir erzählen eigentlich dasselbe mit anderen Worten. Angefangen habe ich auch bei Euch. Sämi hat es gesagt: Ich sass fast 7 Jahre hier im Parlament. Als Fraktionschef habe ich sehr viel über die Fraktion hinaus gearbeitet, Gespräche geführt, lobbyiert für die CVP-Anliegen (z.B. öffentlicher Verkehr. Wie heute noch; es hat sich nicht viel geändert), Hintergrundarbeit geleistet. Und das war auch das Schöne als Fraktionschef: Man konnte immer auf andere Fraktionen zugehen.

Dann wurde ich Stadtrat, dann Stadtpräsident. Danke vielmals, liebe Winterthurerinnen und Winterthurer. Ich könnte eigentlich sagen: Winterthurer:innen. Und ich habe diese Parlamentszeit nie vergessen. Ich habe sie nie vergessen, aber die Rollen sind einfach anders geworden.

Wir haben die Goldenberg-Gespräche eingeführt, damit Parlament und Exekutive einen besseren Draht haben, vertrauensvoller und ohne die grosse Bühne miteinander sprechen können; einfach einen sachlichen und vertrauensvollen Austausch haben können. Und ich danke für den allgemein wertvollen Austausch im Parlament, auch wenn wir nicht immer gleicher Meinung waren. Aber das Entscheidende ist die Tonalität. Und apropos Tonalität: Da sind wir anderen Parlamenten meilenweit voraus.

Ich danke für Euer grosses Engagement, das grosse Engagement für unsere wunderschöne Stadt, die es verdient hat, sich dafür einzusetzen. Ich danke auch allen, die an meiner Abschiedsfeier dabei sein konnten, das hat mir sehr viel bedeutet, vielen Dank.

Und für die Zukunft wünsche ich Euch einfach alles Gute, viel Erfolg und weiterhin eine hohe Gesprächskultur in der Winterthurer Politik.

Ich werde Euch weiter beobachten – das ist eine Drohung. Danke vielmals. (*Applaus*)

Parlamentspräsident S. Kocher: Dann kommen wir noch zu weiteren Mitteilungen.

Ich gratuliere im Namen des Parlaments Livia Merz zur Geburt ihres Sohnes Siro, der am 12. Juni zur Welt kam; Martina Pfirter zu den Zwillingen Nio und Naé, welche am 4. Juni zur Welt kamen; und auch noch Jan Guddal, dessen Tochter Ilva am Wochenende (am 26. Juni) auf die Welt kam. Wir wünschen allen einen guten Start, gute Gesundheit und ein schönes Einleben in die neue Lebensphase.

Dafür wird Jüge Kärtchen für alle drei rotieren lassen. Ich wäre froh, wenn Ihr dort einfach unterschreiben könnt und mir noch ein bisschen Platz lässt, damit ich noch ein paar nette Worte dazuschreiben kann. Besten Dank.

Ich komme noch zu einem Geschäft, dem Geschäft 2026.11 Stadtparlament Winterthur, Liegenschaft Badgasse 6, Abgabe im Baurecht an Wohnbaugenossenschaft: Das ist mit Zustimmung der AK vom Stadtrat zurückgezogen worden. Das entsprechende Stadtratsschreiben ist für Interessierte beim Geschäft aufgeschaltet. Das Parlament muss das nur noch zur Kenntnis nehmen. Es braucht somit keinen Beschluss für die Abschreibung dieses Geschäfts.

Unter sonstigen Infos möchte ich Euch nochmals daran erinnern, dass in der nächsten Sitzung (am nächsten Montag) der Fotograf hier sein wird und dann von uns allen noch ein paar Fotos aus dem laufenden Parlamentsbetrieb machen wird.

Ich möchte Euch noch auf zwei weitere Veranstaltungen hinweisen. Es geht um die Einführungsveranstaltungen im August. Die eine ist am Montag, 17. August, von 17 - 19 Uhr. Dort geht es um die Einführung zur Organisationsverordnung.

Und am Montag, 31. August von 17 – 19 Uhr geht es um die Einführung ins Budget. Es werden noch keine Zahlen präsentiert, sondern nur die Struktur und der Aufbau.

Beide Veranstaltungen sind in erster Linie für Parlamentsmitglieder angedacht, die neu hier im Parlament sind. Am 17. August werden Marc Bernhard und Jürg Bachmann die Einführung in den Ratsbetrieb machen und am 31. August wird das vom Finanzamt durchgeführt werden. Selbstverständlich sind diese Veranstaltungen für alle offen.

Ich bitte die zuständigen Kommissionspräsident:innen, darauf zu achten, dass vielleicht auch Personen teilnehmen können, die in einer Kommission tätig sind, so dass Ihr an diesen zwei Daten Eure Kommissionssitzungen vielleicht erst auf 19 Uhr oder 19.15 Uhr ansetzt. Besten Dank.

Traktandenliste

Parlamentspräsident S. Kocher: Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Beim Traktandum 26 ist ein Absetzungsantrag hängig, dafür gebe ich das Wort gerne Nora Ernst.

N. Ernst (GLP): Wir haben den Hinweis des Stadtrats zur Kenntnis genommen, dass im betreffenden Geschäft eine Parlamentarische Initiative anstelle einer Motion für das Anliegen das geeignetere Mittel ist.

Nach der klaren Annahme einer Stellvertretungsregelung auf kantonaler Stufe letzten Monat nehmen wir den Auftrag wahr und machen uns an die Ausarbeitung einer solchen PI. Damit wir nicht unnötig Verwaltungsbeschäftigung betreiben und damit wir die Motion nicht abschreiben müssen, bevor ein alternativer Vorschlag vorliegt, beantragen wir heute die Absetzung des Traktandums 26; die Absetzung bis zum Zeitpunkt, zu dem wir bei einer nächsten Sitzung die Vorlage für eine PI ausgearbeitet haben. Danke.

Parlamentspräsident S. Kocher: Gibt es zu dieser Absetzung noch weitere Äusserungen? Gibt es das Bedürfnis, darüber abzustimmen? – Wenn nicht, dann gilt das als genehmigt und das Traktandum ist somit von der Liste gestrichen.

Dann haben wir noch eine Verschiebung von Traktanden in der Beratungsreihenfolge. Und zwar geht es um das Traktandum Nummer 4, Wahl der Kommission für das Profil, die Berufsvorbereitung. Dort sind noch nicht alle Kandidaten und Kandidatinnen bekannt und entsprechend wird dieses Traktandum auf den 6. Juli verschoben.

Zur Behandlung ohne Diskussion sind aktuell angedacht Traktandum 11, 13, 14 und 15.

Gibt es noch weitere Einwände oder Anträge? – Wenn nicht, dann ist die Traktandenliste so genehmigt und verabschiedet.

1. Traktandum

Protokoll der 2./3. Sitzung

Parlamentspräsident S. Kocher: Protokoll der 2./3. Sitzung. Gibt es dazu von Eurer Seite Einwände oder Anregungen? – Wenn nicht, dann gelten diese zwei Protokolle als abgenommen. An dieser Stelle wieder ganz herzlichen Dank an Andrea. Und auch heute ist sie froh, wenn Ihr gehaltene Voten ihr direkt zusendet, das würde das Erstellen des Protokolls erleichtern. Besten Dank.

2. Traktandum

Parl.-Nr. 2026.57: Wahl von sieben Delegierten in den Zweckverband RWU für die Amtsdauer 2026/2030

Parlamentspräsident S. Kocher: Wahl von sieben Delegierten in den Zweckverband RWU für die Amtsdauer 2026/2030. Da gebe ich gerne das Wort Maria Sorgo als Referentin der IFK.

M. Sorgo (IFK): Die IFK schlägt als Delegierte in den Zweckverband RWU für die nächste Amtsdauer vor: Hedi Strahm (SP), Marilena Gnesa (SP), Florian Meier (Grüne), Philipp Angele (SVP), Dieter Kläy (FDP), Markus Nater (GLP) und Dominik Kern (Die Mitte).

Parlamentspräsident S. Kocher: Gibt es Vermehrungen? – Keine. Dann gelten diese Personen als gewählt und ich gratuliere ihnen zu dieser Aufgabe.

3. Traktandum

Parl.-Nr. 2026.58: Wahl von zehn Mitgliedern in die Sozialhilfebehörde für die Amtsdauer 2026/2030

Parlamentspräsident S. Kocher: Wahl von zehn Mitgliedern in die Sozialhilfebehörde für die Amtsdauer 2026/2030. Das Wort hat auch hier wieder Maria Sorgo (IFK).

M. Sorgo (IFK): Die IFK schlägt vor: Bea Baltensperger (SP), Markus Anderegg (SP), Andrin Bosshard (Grüne), Peter Wyss (Grüne), Simon Fuchslin (SVP), Natascha Graf (SVP), Samuel Fischer (FDP), Dario Bugatti (GLP), Markus Läderach (Die Mitte), und Beat Friedländer (EVP).

Parlamentspräsident S. Kocher: Gibt es Vermehrungen? – Wenn nicht, gratuliere ich allen zu ihrer Wahl und wünsche viel Spass in Eurer Aufgabe.

4. Traktandum

Parl.-Nr. 2026.59: Wahl von acht Mitgliedern in die Kommission Berufsvorbereitung (Profil.) für die Amtsdauer 2026/2030

Parlamentspräsident S. Kocher: Das Traktandum wird wie angekündigt am 6. Juli 2026 behandelt.

5. Traktandum

Parl.-Nr. 2026.60: Wahl von acht Mitgliedern in die Kommission MSW für die Amtsdauer 2026/2030

Parlamentspräsident S. Kocher: Wahl von acht Mitgliedern in die Kommission MSW für die Amtsdauer 2026/2030. Hier geht das Wort auch wieder an Maria Sorgo (IFK).

M. Sorgo (IFK): Für die Kommission MSW schlägt die IFK vor: Manuel Sahli (AL), Stefan Furrer (GLP) und Sascha Hänzi (EVP).

Von Seiten Verwaltung: Antonia Baumgartner, Martin Loeser, Katharina Hilker, Johanna Weng und Veronika Schelling.

Parlamentspräsident S. Kocher: Gibt es da Vermehrungen? – Wenn nicht, dann gelten diese Personen als gewählt. Und auch ihnen viel Spass in ihrer Aufgabe.

6. Traktandum

Parl.-Nr. 2026.61: Wahl von vier Mitgliedern in die Kunstkommission für die Amtsdauer 2026/2030

Parlamentspräsident S. Kocher: Wahl von vier Mitgliedern in die Kunstkommission für die Amtsdauer 2026/2030. Auch da nochmals das Wort an Maria Sorgo (IFK).

M. Sorgo (IFK): Die IFK schlägt vor: Gabi Stritt (SP), Gabriella Gisler (SVP), Raphael Perroulaz (FDP) und Harry Joelson (Die Mitte).

Parlamentspräsident S. Kocher: Gibt es da Vermehrungen? – Wenn nicht, geltet Ihr als gewählt und ich wünsche auch Euch viel Spass in dieser Tätigkeit.

7. Traktandum

Parl.-Nr. 2026.24: Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2025

Parlamentspräsident S. Kocher: Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2025. Da hat als Allererstes das Wort Christian Hartmann als zuständiger Referent.

Ch. Hartmann (AK): Die Rechnung 2025, ich glaube, das kann man so zusammenfassen, schliesst erfreulich ab. Ihr habt ja diese Zahlen bereits schon mal gesehen.

Wir haben da im Überblick einen Ertragsüberschuss von knapp 64 Millionen, das ist ungefähr 55 Millionen besser als budgetiert. Ich komme noch auf diesen Teil. Das hat dann den erfreulichen Effekt, dass das zweckfreie Eigenkapital auf fast 350 Millionen Franken ansteigt. Und das ist immerhin dann auch die Basis für die Fähigkeit zu investieren. Wir haben 177 Millionen Franken in das Verwaltungsvermögen investiert, das ist ca. 75 Prozent des Plans. D.h. man hat wesentlich mehr geplant als die 177 Millionen Franken, aber aufgrund von Projektverzögerungen ist es normal, dass man nicht ganz alles investieren kann. Die 75 Prozent sind irgendwo auch im üblichen Rahmen.

Insgesamt hat die Stadt Winterthur letztes Jahr gut 2 Milliarden Franken ausgegeben. Ich habe mal gesagt bei 1.7 Milliarden, das entspreche dem Budget des Kanton Schwyz. Ich dachte dann, ich muss nachschauen: Es entspricht immer noch dem Budget des Kanton Schwyz (der gibt auch mehr aus). Es entspricht übrigens auch dem Budget des Kanton Zug. Dieser schwimmt ja bekanntlich im Geld. Ich verkneife mir jetzt die Bemerkung, wer dort den Finanzdirektor stellt.

Wir kommen zur Frage Veränderung gegenüber dem Budget. Wir sehen rechts die 63, fast 64 Millionen Franken, mit denen die Rechnung abgeschlossen hat. Und links die 18.7 Millionen Überschuss, die budgetiert worden waren. Der Hauptgrund für den besseren Abschluss ist die Rückerstattung Versorgertaxen. Es ist ja schon länger her, dass das rückwärts und vorwärts auch in den Medien diskutiert wurde. Da hat der Kanton den Gemeinden noch etwas zurückbezahlt, bei dem er die rechtliche Grundlage nicht hatte, um das zu erheben. D.h. es ist Geld, das man früher einmal gezahlt hat zu Lasten der Rechnung – und jetzt kommt es zu Gunsten der Rechnung zurück. Man hat 17 Millionen mehr Steuereinnahmen und durch gute Bewirtschaftung von Liegenschaften im Finanzvermögen weitere 3 Millionen, die mehr hineinkamen als budgetiert.

Man hat Ausgaben im Schulbereich von ca. 9 Millionen höher als budgetiert, Mehrausgaben im Sozialbereich und dann noch 1.5 Millionen Übriges.

Wenn man jetzt die einmalige Rückerstattung der Versorgungstaxe weglässt, die man so nicht vorhersehen konnte, dann wäre man immer noch 5.5 Millionen über Budget.

Der Stadtrat hat es bei der Präsentation der Rechnung nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, dass die Zukunft düsterer aussehen könnte und sich der neue Stadtrat dann darum kümmern sollte, wie man die finanzielle Zukunft gestalten will. Das einfach, bevor Ihr anfangt, dieses Geld gedanklich schon wieder auszugeben.

Die grossen Veränderungen, die ich angetönt habe, auf der Ausgabenseite, das ist in der Schule die Sonderschulung: Also mehr Kinder, die man entweder ausserhalb platzieren musste oder in die Regelschule integrieren musste, was einen entsprechenden Aufwand gibt. Das ist nachvollziehbar, wenn man nah bei der Schule ist und ein bisschen hört, was Eltern und Lehrer dort auch diskutieren. Dann hatten wir höhere Ausgaben für das Lehrpersonal (3.7 Millionen), das gibt dann zusammen die Veränderungen auf der Schulseite.

Nicht neu ist auch, dass die Pflegefinanzierung teurer wird. Das hat zu tun mit der erhöhten Nachfrage nach privaten Spitex-Leistungen. Das tönt so schön – das ist im Wesentlichen (auch das kennt Ihr aus den Medien), dass das Bundesgericht entschieden hat, dass jetzt auch, wer zuhause Angehörige pflegt, eine Entschädigung erhalten soll für diese Leistung. Dafür wird man angestellt bei einer privaten Spitex-Organisation - und die Stadt zahlt das dann. Das ist politisch unter Druck, aber das wird vermutlich nicht so schnell wegfallen.

Und dann haben wir die individuelle Unterstützung bei den Zusatzleistungen zur AHV und IV, die 2 Millionen mehr kostet.

Die Steuererträge steigen. Das ist erfreulich. Wenn man es genau anschaut: Es steigt nicht überall. Was zurückgeht, das ist der grüne Teil, das sind die Grundstückgewinnsteuern.

Diese hatten den Höhepunkt in der Rechnung 2023, 2024 10 Millionen weniger. Dann hat der Stadtrat vorsichtig noch ein bisschen budgetiert (so ein bisschen in einem Trend) - und es kam dann halt nochmals ein ziemliches Stück weniger. Und das wurde dann kompensiert durch höhere Steuereinnahmen bei natürlichen Personen und bei den Firmen.

Investitionen: Ich habe es gesagt, wir haben 177 Millionen investiert. Der grösste Teil in der Schule. Fast gleich viel bei Kultur und Freizeit. Und Strassen sind ein grosser Teil. Das ist das, was investiert wurde aus dem Steuerhaushalt. Der Steuerhaushalt ist ja der Teil, der mit den Steuermitteln bezahlt wird, was die «allgemeine Leistung» einer Gemeinde darstellt. In den Eigenwirtschaftsbetrieben (also Betriebe, die finanziell mindestens eine schwarze Null schreiben müssen und durch Gebühren finanziert werden) haben wir 77 Millionen investiert. Stadtwerk ist da traditionell der grösste Teil, Stadtbuss ist viel und Entsorgung ist ein grosser Teil, der hier viel Geld kostet. Da sind natürlich v.a. auch die Grossprojekte drin, welche wir bewilligen.

Wenn man das anschaut, wie sich das entwickelt hat, dann haben wir im Steuerhaushalt ungefähr gleich viel investiert. Es gab ein paar Verschiebungen: Es gab im Sport ungefähr doppelt so hohe Investitionen. Man hat ungefähr einen Drittel mehr investiert im Bereich Kultur und dafür gingen die Investitionen im Bereich Schule und Betreuung ein bisschen zurück. Das ist häufig nicht der explizite Entscheid, das so zu machen, sondern das kann auch daran liegen, dass diese Projekte entsprechend fortgeschritten sind. Bei den Eigenwirtschaftsbetrieben (Ihr könnt Euch erinnern, was wir alles beschlossen haben zu investieren) ist es ein bisschen mehr und wird auch noch ein bisschen mehr werden. Man muss es auch so sehen: Wenn wir einen dreistelligen Millionenbetrag für eine KVA bewilligen, dann kommt das in Tranchen in die Rechnung, nämlich immer dann, wenn man die Investition dann auch macht. Die ARA dauert ca. 10 Jahre im Bau, da kommt also in den nächsten Jahren immer wieder eine Tranche.

Die Kennzahlen, welche der Kanton definiert: Wir haben einen Selbstfinanzierungsgrad von 143 Prozent. Ab 100 Prozent ist ideal. Das ist der Teil der Investitionen, welchen wir aus eigenen Mitteln finanzieren können. Wenn man das nicht mehr kann, wenn man unter 100 Prozent ist, dann muss man Geld aufnehmen, d.h. man würde es dann durch Schulden finanzieren. Jetzt ist das natürlich eine Kombination zwischen dem Überschuss, den wir haben (der u.a. getrieben ist durch die Rückerstattung Versorgertaxe) in Kombination mit dem Projektfortschritt (d.h. wie viel hat man effektiv investieren müssen). Deshalb schwankt diese Zahl auch ziemlich stark. In der Rechnung 2024 waren es 109 Prozent, der Stadtrat hat einmal mit 70 Prozent gerechnet (ohne die Versorgertaxe und mit einem höheren Realisierungsgrad). Herausgekommen ist 143 Prozent.

Tief (seit langem) ist der Zinsbelastungsanteil, d.h. wie viel von unseren Einnahmen müssen wir wieder ausgeben für die Zinsen. Das hat zu tun mit dem tiefen Zinsniveau; wir hoffen, das bleibt möglichst lange so.

Der Nettoverschuldungsquotient ist nach Meinung der kantonalen Skala nicht gut. Man hat eine Nettoschuld, die hoch ist. Und das ist seit langem so. Das schwankt ein bisschen. Und das ist natürlich eine Kombination der Schulden des Steuerhaushaltes (also dann, wenn man die Investitionen und den Konsum durch Schulden finanziert); auf der anderen Seite ist es natürlich auch der Kapitalbedarf, wenn man grosse Werke baut (ARA, KVA u.ä.). Das führt dazu, dass möglicherweise für eine Gemeinde wie unsere, welche sehr viele solche Investitionen hat, diese Kennzahl nicht ganz richtig definiert ist. Der Kanton hat sie definiert. Man könnte natürlich das jeweils noch als Zusatzinformation berechnen für den Steuerhaushalt und die Eigenwirtschaftsbetriebe, Das wäre eine Möglichkeit, das würde vermutlich die Diskussion bei diesem Thema noch mehr versachlichen. Wie gesagt, die Kennzahl ist beschränkt aussagekräftig.

Der Antrag des Stadtrats zur Rechnung ist (gekürzt):

1. Die Jahresrechnung der Stadt wird abgenommen.
2. Der Satz für die Einlage und Entnahme PG-Rücklagen wird auf 0 Prozent festgelegt. Null Prozent ist ein bisschen speziell, aber wir haben vor nicht allzu langer Zeit beschlossen, das Instrument der Produktgruppenrücklagen auslaufen zu lassen und deshalb ist es auch konsequent, wenn man dort nicht wieder mehr Geld hineinsteckt.
3. Der Stadtrat beantragt, die Globalrechnungen abzunehmen.
4. Die Sonderrechnungen werden genehmigt.
5. Der Geschäftsbericht wird genehmigt.

Der Antrag der Aufsichtskommission: Wie kommt die Aufsichtskommission überhaupt dazu, einen Antrag zu stellen? Also wie kommt sie dazu, sich eine Meinung zu bilden für diesen Antrag? Die Basis des Ganzen sind die Weisung des Stadtrates inklusive der Beilagen, also Teil A und B, dann die Revision des Ganzen durch die Finanzkontrolle (das ist die materielle Richtigkeit der Buchhaltung, sie entspricht dem Gesetz, sie entspricht den Standards). Das ist etwas, das man vernünftigerweise nicht als Milizpolitiker überprüft. Die Finanzkontrolle beantragt Zustimmung zur Rechnung. Dann hat die Aufsichtskommission den Revisionsbericht mit dem Leiter der Finanzkontrolle diskutiert. Es gibt einen Revisionsbericht, der öffentlich aufgeschaltet ist, das ist derjenige, der Zustimmung beantragt. Und es gibt natürlich auch noch Hintergrundinformationen. Nicht jedes Thema, das nicht ganz perfekt ist, führt dann dazu, dass die Finanzkontrolle die Rechnung nicht mehr zur Abnahme empfiehlt. Es ist nicht möglich, eine 2-Milliarden-Buchhaltung zu führen und alle 57 Rappen dann überall am richtigen Ort zu haben. Dann haben wir eigene Analysen gemacht und mit dem Stadtrat und dem Finanzamt diskutiert auf Ebene der Gesamtrechnung. Das ist ungefähr das, was ich Euch gezeigt habe. Vielleicht sind wir da und dort noch ein bisschen mehr ins Detail. Und dann v.a. auch die Beschlüsse der Sachkommissionen zu den Rechnungen; das ist auch der Finanzrechnungsteil, wo das relevant ist, die Investitionen - aber auch die Rechnungen der Produktgruppen.

Ich habe gesagt, ich möchte in der Aufsichtskommission alle Produktgruppenabstimmungen diskutieren, die nicht einstimmig sind. Denn das braucht ein bisschen Mut. Und es gab dann nur eine – und die ist in der Aufsichtskommission selbst, ich komme darauf. Aber das ist die Grundlage des Antrags der Aufsichtskommission. Und der Antrag ist folgender: Wir beantragen Zustimmung zu den Anträgen des Stadtrats, in unterschiedlichen Abstimmungsergebnissen. Die Jahresrechnung 8:2 und die Globalrechnungen 8:2 und alle anderen 10:0. In der Jahresrechnung und bei den Globalrechnungen war eine Minderheit der Kommission der Ansicht, dass in der Produktgruppe Städtische Allgeminkosten die Globalkürzung des Budgets, welche das Parlament für das Budget 2025 beschlossen hatte, nicht umgesetzt wurde und ist deshalb der Meinung, sie wollen diese Globalrechnung nicht genehmigen und in der Folge auch die Jahresrechnung. Ich bin sicher, da wird die eine oder andere Fraktion noch etwas dazu sagen. Insgesamt beantragt die Aufsichtskommission aber Zustimmung zu den fünf Anträgen des Stadtrates.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Christian. Dann kommen wir zur Detailberatung und da hat sich als Erstes gemeldet Felix Helg (FDP).

F. Helg (FDP): Mein Votum hat heute zwei Teile, denn die ganze Thematik hat auch die zwei Seiten einer Medaille. Die eine Seite der Medaille ist der nach Zahlen an sich erfreuliche Abschluss mit einem Ertragsüberschuss von rund 64 Millionen Franken. Das sind rund 45 Millionen über dem budgetierten Ertragsüberschuss, wie vom AK-Präsidenten und Kommissionsreferenten Christian Hartmann erwähnt wurde. Allerdings relativiert sich diese Bilanz dadurch, dass es ja einen markanten Sondereffekt mit der Rückerstattung der Versorgertaxen gegeben hat und auch die Steuereinnahmen insgesamt deutlich über Budget lagen; der AK-Präsident hat das ja jetzt detailliert vorgestellt. Und umgekehrt stiegen die Ausgaben im Schul- und Sozialbereich markant an, das sind zusammen doch rund 14 Millionen Franken.

Man kann also insgesamt nicht von gesunden Stadtfinanzen sprechen. Das sieht der Stadtrat offenbar gleich. In der Weisung verweist er auf die Notwendigkeit von zusätzlichen Massnahmen zur Sanierung des Finanzhaushalts. Wir sind daher gespannt, was jetzt da genau daraus folgt – einerseits für das Budget 2027 und andererseits mittelfristig gestützt auf weiter gehende Analysen, die der Stadtrat vornehmen will. Ein Ziel muss aus unserer Sicht ein markanter Abbau der Verschuldung sein. Dazu haben wir seitens der FDP auch unsere Volksinitiative «Weniger Schulden» eingereicht. Und (um das auch nochmals zu erwähnen) eine Steuererhöhung steht für uns nicht zur Debatte.

Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat und allen städtischen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit zugunsten unserer Stadt im vergangenen Berichtsjahr. Im Geschäftsbericht, der im Dokument der Jahresrechnung integriert ist, konnte man nachlesen, was alles im Jahr 2025 in

der Stadtverwaltung geleistet wurde. Wir nehmen den Geschäftsbericht positiv zur Kenntnis und genehmigen ihn.

Und jetzt zur anderen Seite der Medaille. Das Stadtparlament hat im Budget 2025 bekanntlich eine pauschale Kürzung von 7 Millionen Franken beschlossen und diese in der Produktgruppe Allgemeinkosten und Erlöse eingestellt. Der Stadtrat hat diesen Beschluss nicht akzeptiert und eine Aufsichtsbeschwerde beim Bezirksrat eingereicht. Dieser sah aber keine Veranlassung für aufsichtsrechtliche Massnahmen. Die Kürzung wurde weder aufgehoben noch geändert. Sie hat also Bestand. Nichtsdestotrotz schrieb der Stadtrat postwendend in seiner Medienmitteilung vom 20. August 2025 (ich zitiere das wortwörtlich): «Für den Stadtrat ist damit klar, dass eine pauschale Budgetkürzung unzulässig ist und dadurch keine Wirkung entfaltet.» Diese Haltung kann man jetzt aus meiner Sicht auch in der Analyse von Budget 2025 und Rechnung 2025 nachvollziehen.

Im Antrag des Stadtrates zum Budget 2025 ist bei der genannten Produktgruppe Allgemeinkosten und Erlöse bei den Sachkosten ein Betrag von 2.03 Millionen eingestellt (Teil B, S. 89).

In der definitiven Fassung des Budget 2025, das jeweils anfangs Jahr erstellt wird, ist die Pauschalkürzung des Stadtparlaments von 7 Millionen bei derselben Budgetposition nachvollzogen und im Kommentar auch so erwähnt. Dementsprechend resultiert bei den Sachkosten ein Betrag von minus 4.97 Millionen; also interessanterweise kein Kostenpunkt, sondern ein Erlös. Diese Differenz zum Budgetantrag entspricht etwa der Kürzung von 7 Millionen. In der Rechnung 2025 findet sich bei derselben Rechnungsposition ein Betrag von 1.25 Millionen, jetzt also wieder ein Kostenpunkt und nicht mehr ein Erlös. Somit ergibt sich wieder die Verschlechterung um 6.22 Millionen Franken (Teil B, S. 95).

Ja, meine Damen und Herren, es scheint so, dass, die Pauschalkürzung wieder rückgängig gemacht wurde oder jedenfalls nicht so vollzogen wurde, wie wir das dort beantragt haben, nachdem sich offenbar abgezeichnet hat, dass der Rechnungsabschluss sehr positiv ausfallen würde. Man hat sich offenbar nicht gemüssigt gefühlt, diese Pauschalkürzung so zu vollziehen, wie sie beantragt und auch beschlossen wurde. Dabei hätte man die Kürzung sehr gut brauchen können für eine weitere Reduktion der Schulden. Ich will hier nicht eine Debatte um einzelne Zahlen in einem Umfeld weiterführen, in dem vieles auch ein bisschen vernebelt erscheint. Wesentlich aus unserer Sicht ist, dass der Stadtrat den Kürzungsbeschluss des Parlaments nicht anerkannte und er auch den Bezirksratsentscheid nicht anerkannte. Weil der Stadtrat so demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien verletzt hat – und das kann man einfach nicht schönreden –, ist es nach unserer Einschätzung folgerichtig, die Rechnung 2025 nicht abzunehmen. Es ist für uns eine politische Wertung des Verhaltens des Stadtrates. Und es müsste eigentlich auch für alle Fraktionen, die hinter der Pauschalkürzung standen, genauso folgerichtig sein, diesen Antrag auf Ablehnung der Rechnung zu unterstützen. Ich teile gerne den Preis für Folgerichtigkeit und Konsequenz (wenn es einen solchen geben würde) mit anderen Fraktionen; wir sind aber auch gerne bereit, ihn allein entgegenzunehmen.

Konkret führt das zu folgenden Anträgen:

- Ablehnung der Rechnung der Produktgruppe Allgemeinkosten und Erlöse;
- Ablehnung im Rahmen der Abstimmung der gesamten Jahresrechnung des Weisungsantrags 1 (Abnahme Jahresrechnung) und des Weisungsantrag 3 (Abnahme Globalrechnungen der Produktgruppen).

Besten Dank.

A. Steiner (i.V. J. Guddal (GLP)): Ich verlese an dieser Stelle das Votum von Jan Guddal, der bekanntlich im Vaterschaftsurlaub ist.

Es wurde gesagt: Das Rechnungsergebnis 2025 ist auf den ersten Blick ein Erfolg. 63.9 Millionen Franken Überschuss – warum also jammern? Aber wir müssen ehrlich sein und das wurde auch schon mehrmals gesagt: Dieses Ergebnis ist zu einem grossen Teil ein Glücksfall. Fast 40 Millionen kommen von der frühzeitigen Versorgertaxen-Rückerstattung des Kantons, die eigentlich erst für 2026 erwartet worden war. Weitere 17 Millionen sind höhere Steuereinnahmen, die man bekanntlich wenig steuern kann. Bereinigt um diese Sondereffekte

wäre das Ergebnis also weniger erbaulich. Und der Stadtrat schreibt selbst, dass ab 2026 strukturelle Defizite drohen – mit steigenden Kosten für Schule, Soziales und Betreuung von rund 26 Millionen Franken pro Jahr.

Noch Anmerkungen zu den strittigen Punkten oder der strittigen Produktgruppen.

Zuerst zur Produktgruppe Städtische Allgemeynkosten: Die Grünliberalen haben die Pauschalkürzung von 7 Millionen Franken im Budget mitgetragen – und dazu stehen wir. Gerade deshalb erwarten wir, dass der Vollzug dieser Kürzung in der Rechnung transparent und nachvollziehbar dargestellt wird. Das ist aber leider nicht der Fall. Im Budget wurde die Kürzung als Minderaufwand bei den Sachkosten eingestellt. In der Rechnung wird durch eine veränderte Buchungspraxis aus einem Erlösposten ein Verschlechterungsposten – das erschwert die parlamentarische Kontrolle und ist nicht akzeptabel. Die Finanzkontrolle hat zwar bestätigt, dass die Rechnung formell korrekt ist. Aber formelle Korrektheit und parlamentarische Transparenz sind nicht dasselbe. Wir lehnen deshalb die Abnahme der Produktgruppe Städtische Allgemeynkosten ab.

Zur Produktgruppe Finanzamt: Die Sorge wegen der unklaren WinRP-Folgekosten ist berechtigt. Aber die Buchführung ist korrekt, und eine Ablehnung der Produktgruppe ändert nichts an der Informationslage. Die GLP werden deshalb die Abnahme dieser Produktgruppe unterstützen.

Zum Schluss: Der Stadtrat schreibt in seiner Weisung selbst, dass strukturelle Defizite drohen und Sanierungsmassnahmen vorbereitet werden. Das müssen wir unbedingt ernstnehmen. Winterthur hat 2025 einen Selbstfinanzierungsgrad von 143 Prozent erreicht – aber nur dank Einmaleffekten. Die Kosten für Schule, Soziales und Betreuung steigen jährlich um rund 26 Millionen – das sind mehrere Steuerprozente. Weitere Belastungen durch das Lehrpersonalgesetz und die Abschaffung des Eigenmietwerts zeichnen sich ab. Das Parlament wird sich mit dieser Frage auch noch intensiv auseinandersetzen müssen.

Die Grünliberalen beantragen die Abnahme der Jahresrechnung 2025 als Ganzes – lehnen aber die Abnahme der Produktgruppe Städtische Allgemeynkosten ab. Besten Dank.

F. Kramer-Schwob (EVP/EDU): Danke vielmals an den AK-Präsidenten für die Präsentation der Rechnung. Es ist ein erfreuliches Ergebnis. Wenn man aber den Aufwand alleine anschaut, dann fällt auf, dass dieser um 135 Millionen höher war als budgetiert. Die Stadt hat satte 135 Millionen Franken mehr ausgegeben als geplant. Das ist eine sehr grosse Budgetabweichung bei den Ausgaben. Wir sind bei 2'000 Millionen Franken Aufwand. Wie konnte das passieren? Und es ist einfach ein grosses Glück, dass der Ertrag auch viel höher war als erwartet, um diesen Aufwand finanzieren zu können.

Der Ertrag, wir haben es gehört, war so hoch wegen der Rückerstattung der Versorgertaxen. Damit hatte gar niemand gerechnet. Dass die Einnahmen mit den Ausgaben Schritt halten konnten, ist also Zufall/Glück. Das hinterlässt kein gutes Gefühl. Es geht ja hier doch immerhin um unsere Stadt.

Und damit zu einem der Hauptpunkte aus dieser Rechnung: Wir kürzten im Budget 2025 7 Millionen pauschal. Das hat zu einem riesigen Wirbel geführt. Viele haben sich aufgeregt, viel wurde gesagt, wurde geschrieben, es gab einen Prozess gegen das Parlament deswegen. Dabei: Wir haben das nicht leichtfertig getan, das kann ich sagen. Es passierte aus Besorgnis über immer höhere Ausgaben. Und wie wir es jetzt ja sehen: Es waren 135 Millionen mehr als eigentlich budgetiert. Fazit: Die Rechnung gibt unserem Budgetbeschluss eigentlich Recht. Die Kürzung wäre nötig gewesen. «Wäre», weil der Stadtrat sie gar nicht umgesetzt hat. Der Stadtrat hat den rechtskräftigen Budgetbeschluss mit der Kürzung von 7 Millionen nicht umgesetzt. Er hat einfach ein Minus gebucht und gesagt, wir würden dann ja sehen, wo wir landen in der Rechnung. Das finden wir demokratiepolitisch höchst fragwürdig. Der Stadtrat hat keinen einzigen Franken eingespart.

Inhaltlich wollten wir, dass die 7 Millionen vorwiegend bei Dienstleistungen und Honoraren eingespart werden. Also dort, wo die Stadt Externe beauftragt. Diese Ausgaben wachsen jedes Jahr um Millionen. Der Stadtrat hat das Gegenteil gemacht: Budgetiert waren Dienstleistungen und Honorare in der Höhe von 76.9 Millionen Franken, ausgegeben hat der Stadtrat aber 84.7 Millionen Franken, also 7.8 Millionen mehr als budgetiert. Und insgesamt damit 15

Millionen mehr, als es der Wille des Parlaments war. Und das ist doch massiv. Das finden wir von der EVP/EDU-Fraktion äusserst fragwürdig und werden deshalb die Rechnung der Produktgruppe Städtische Allgemekosten ablehnen.

Der Stadtrat hat angekündigt, dass er Sanierungsmassnahmen ergreifen muss. Und ja, das finden wir auch. Wir haben uns in den letzten Jahren immer für eine ausgewogene Finanzpolitik und ein ausgeglichenes Betriebsergebnis eingesetzt. Dies mit dem immer deklarierten Ziel, dass eine frühzeitige Priorisierung einschneidende Sanierungsmassnahmen verhindern können muss, weil das sozial Schwache gefährdet und zu struktureller Ungerechtigkeit führen kann. Wenn wir jetzt Sanierungsmassnahmen machen müssen, dann fordern wir, dass sie sozialverträglich sein müssen und nicht zu Lasten von sozial Schwachen gehen dürfen.

Zu den städtischen Einnahmen: Von den 2'000 Millionen Franken konnten nur 500 Millionen Franken mit den Steuern finanziert werden. Und wenn man die Grundstückgewinnsteuern abzieht, ist es noch weniger. Also haben wir 1'500 Millionen von irgendwo anders einnehmen müssen; zum grossen Teil vom Kanton.

Das führt uns zum Schluss: Hören wir auf, über Steuern zu streiten, das lohnt sich wirklich fast nicht. Dort ist nicht der grosse Hebel. Die Steuern müssen am Schluss einfach verhältnismässig und fair sein. Investieren wir unsere Energie besser darin, mit dem Kanton zu verhandeln. Und unsere Ausgaben in den Griff zu bekommen.

Die Kennzahl, die wir auch wieder gehört haben, die Nettoschulden pro Kopf, sinken. Diese Kennzahl lässt jeden seriösen Wissenschaftler den Kopfstand machen. Bei einer wachsenden Stadt sagt das doch nichts aus. Natürlich sinken die Nettoschulden pro Kopf, weil es sich einfach auf mehr Menschen. Und unter Nettoschulden verstehen wir eigentlich auch das, was wir Jahr für Jahr zu den Banken tragen – und das müssen wir reduzieren.

Fazit: Wir von der EVP/EDU-Fraktion erwarten ganz klar, dass die Ausgaben im Jahr 2026 nicht mehr derart ausufern und das Budget so überzogen wird, wie das 2025 passiert ist. Und damit müsste der Betriebsaufwand ungefähr 300 Millionen tiefer sein als 2025. Ich bin gespannt, wie das geht. Zudem erwarten wir im Budget 2027 ein ausgeglichenes Betriebsergebnis. Und wir erwarten Sanierungsmassnahmen, die sozialverträglich sind.

Wir von der Fraktion EVP/EDU danken dem Stadtrat und der Verwaltung für den Geschäftsbericht und den täglichen Einsatz für unsere Stadt, in der vieles gelingt und gutes Zusammenleben möglich ist.

Ch. Hartmann (SVP): Auch wir freuen uns: Es gibt zwei Anlässe dazu. Das eine ist der Überschuss in der Rechnung, der – auch wenn er nicht regelmässig kommt – so doch in die Kasse hineinfliesst und möglicherweise sogar Schuldenabbau ermöglichen würde.

Das Zweite, das uns freut, ist, dass nun auch der Stadtrat erkannt hat, dass man mittelfristig die Rechnung wieder ins Lot bringen muss. Das muss man natürlich noch umsetzen. Aber alleine die Tatsache, dass man jetzt da anfängt zu arbeiten, finden wir sehr positiv, auch wenn der momentane Stadtrat in seiner Euphorie beschlossen hat, das dann dem neuen Stadtrat zu überlassen.

Ich gehe einig mit den Vorrednern, über eine Steuererhöhung saniert man eine solche Rechnung nicht. Ein Steuerprozent macht 3 Millionen. Wenn man 5 Prozent erhöhen würde, wären das 15 Millionen. Ich erwarte auch nicht, dass es eine Steuererhöhung gibt. Denn wie wir von links immer hören, wenn man die Steuern senken möchte, dass das nichts bringe, das macht so wenig aus – das gilt in dem Fall auch in der anderen Richtung.

Ich glaube, es muss auf der Effizienzschiene passieren, wenn man das wieder ins Lot bringen möchte. Wir werfen dem Stadtrat nicht vor, oder wir werfen der Verwaltung nicht vor, dass sie das Geld irgendwie mit beiden Händen zum Fenster hinauswirft. Einfach damit das klar ist. Aber wir stellen fest: Es ist wie im Sandhaufen, es rinnt so durch die Finger. Und genau dort erwarten wir Massnahmen. Das sind Prozesse, das ist möglicherweise auch das Leistungsniveau, das ist eine ganz grundlegende Überprüfung, wie die Stadt Leistungen produziert – oder zuerst überhaupt definiert.

Und wir unterstützen den Antrag der EVP, die Ausgaben um 300 Millionen zu senken.

Zur Aussage «es rinnt durch die Hände» und so: Es ist ausdrücklich keine Kritik am Finanzamt. Wie es auch die Finanzkontrolle festgestellt hat: Die Rechnung ist korrekt geführt. Da

sind wir uns sehr sicher. Ein bisschen hilflos lässt uns aber das, was schon zwei Mal erwähnt wurde, wenn der Stadtrat Beschlüsse des Parlaments nicht umsetzt. Ich will jetzt nicht die ganze Geschichte nochmals erzählen, das haben schon zwei gemacht. Wir schliessen uns ausdrücklich an. Unsere Demokratie und die demokratischen Prozesse leben davon, dass zum einen Beschlüsse respektiert und umgesetzt werden. Sie leben auch davon, dass man Beschlüsse rechtlich überprüfen lassen kann. Das hat der Stadtrat gemacht, das war sein Recht. Es lebt dann aber auch wieder davon, dass man einen solchen Beschluss respektieren sollte. Und der zentrale Teil des Beschlusses des Bezirksrats auf die Aufsichtsbeschwerde des Stadtrats ist: Es ist kein aufsichtsrechtliches Einschreiten nötig. Das heisst, diesen Beschluss kann man durchaus so fällen. Wir haben ihn gefällt – er wurde nicht umgesetzt.

Wie schlimm das ist und zu was für einer Stellungnahme bei der Jahresrechnung führt, kann man unterschiedlich gewichten. Für die SVP führt das dazu, dass wir – weil wir das als gravierend anschauen – die Rechnung ablehnen und dass wir auch die Rechnungen der Produktgruppen ablehnen, weil das in der Konsequenz aus unserer Sicht nötig ist. Wir können heute leider die Rechnung nicht mehr ändern. Wir wollen damit klar signalisieren, dass dieses Vorgehen für uns nicht akzeptabel ist. Auch wenn es da noch einen Grund gibt und dort noch einen und wir nachher sicher noch hören werden, weshalb es halt doch anders ist: Wir sind der Meinung, dass demokratische Beschlüsse – speziell dann, wenn sie rechtlich überprüft wurden – Bestand haben und umgesetzt werden müssen.

B. Helbling (SP): Zuerst danke ich Christian für die Vorstellung der Jahresrechnung.

Wir haben es gehört: Die Rechnung 2025 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von sage und schreibe 63.9 Millionen Franken ab. Das Eigenkapital kann erhöht werden, der Selbstfinanzierungsgrad steigt auf 143 Prozent.

Für einmal möchte ich beim Eintreten einen kurzen Blick zurückwerfen. Das ist nämlich meine 16. Rechnungsabnahme, die ich heute habe. Und wenn ich aus diesen 16 Rechnungsabnahmen etwas mitnehme, dann dies: Die Jahresrechnung zeigt am Ende, wie es tatsächlich um die Finanzen einer Stadt steht. Rückblickend zeigt sich, dass sich die finanzielle Situation der Stadt häufig besser entwickelt hat, als dies die Budgetdebatten vermuten liessen. Die Rechnung 2025 zeigt aber auch deutlich, wo der strukturelle Druck liegt. Wir haben es gehört: In der Schule, der Sonderschulung, der Pflegefinanzierung und im Sozialbereich. Ja, Winterthur wächst. Mit der Bevölkerung wachsen auch die Anforderungen. Die daraus entstehenden Ausgaben sind aus unserer Sicht richtig und notwendig. Sie sind Ausdruck einer Stadt, die ihre Verantwortung wahrnimmt.

Und ja, wir alle wissen es, dass die kommenden Jahre mit hohen Investitionen, steigenden Anforderungen und höheren Finanzierungskosten anspruchsvoll bleiben werden. Umso wichtiger ist der gute Rechnungsabschluss.

Die FDP und andere Fraktionen begründen die Ablehnung der Jahresrechnung respektive der Produktgruppe Städtische Allgemeynkosten mit einer anderen Beurteilung des Budgetvollzugs. Wir teilen diese Auffassung nicht. Auch den Entscheid des Bezirksrats lesen wir differenzierter. Er hält ausdrücklich fest, dass ein Budget eine Planung und keine punktgenaue Abrechnung ist.

Für uns ist entscheidend: Heute beraten wir nicht das Budget 2025 ein zweites Mal, sondern die Jahresrechnung 2025. Sie bildet die tatsächliche finanzielle Entwicklung des vergangenen Jahres ab – und diese ist positiv. Deshalb stimmen wir dieser Rechnung zu.

Übrigens habe ich schnell nachgeschaut: 5 Departemente haben mit einem Minderaufwand oder Mehrertrag gegenüber Budget abgeschlossen. Es sind also nicht nur die angesprochenen Sondereffekte, welche zum positiven Rechnungsabschluss führten, sondern der sorgfältige Umgang mit den Finanzen.

Wir danken dem Gesamtstadtrat, dem Finanzamt sowie der gesamten Stadtverwaltung und allen Mitarbeiter:innen für ihren täglichen Einsatz. Ebenso danken wir für die sorgfältige Finanzführung, die transparente Aufbereitung der Jahresrechnung und den verantwortungsvollen Umgang mit den öffentlichen Mitteln.

Wir beantragen Eintreten und stimmen der Jahresrechnung den Anträgen zu.

A. Zuraikat (Die Mitte): Ja, mein Votum ist dreiteilig: Es beginnt mit einer Würdigung, danach gehe ich auf die Herausforderungen ein und dann komme ich auf einen grösseren Kritikpunkt, der heute Abend schon mehrmals erläutert wurde.

Vielen Dank an unseren AK-Präsidenten Christian Hartmann für das Vorstellen der Rechnung. Wie wir es gehört haben, schliesst die Rechnung mit einem Ertragsüberschuss ab – ein erfreuliches Ergebnis, das besser ausfällt als budgetiert. Und das verdient auch Anerkennung.

Besonders hervorzuheben ist, dass dieses Resultat trotz eines anspruchsvollen Umfelds erreicht worden ist: Die Steuererträge der natürlichen Personen haben nochmals zugelegt und übertreffen das Budget um rund 7 Millionen. Auch bei den Grundstückgewinnsteuern haben wir mit einem Plus von 5.3 Millionen besser abgeschnitten. Die Stadt wächst, die Bevölkerung steigt, und das schlägt sich erfreulicherweise auch in den Einnahmen nieder.

Dass gleichzeitig der Personalaufwand um 7.7 Millionen unter Budget geblieben ist und der Sachaufwand um 13.4 Millionen tiefer ausgefallen ist, zeigt: Die Verwaltung ist haushälterisch umgegangen. Dafür danken wir von der Mitte-Fraktion den Mitarbeitenden und dem Stadtrat. Jetzt gehe ich auf die Herausforderungen ein. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen: Ein guter Abschluss darf nicht darüber hinwegsehen, dass die strukturellen Herausforderungen ungelöst bleiben.

Wir haben es gesehen in der Präsentation: Die Investitionen explodieren. Mit Nettoinvestitionen von 168.5 Millionen Franken im 2025 und einem geplanten Durchschnitt von über 200 Millionen in den kommenden Jahren steuern wir auf eine Verschuldung von über 1.6 Milliarden Franken bis 2029 zu. Der Selbstfinanzierungsgrad, der vorgestellt wurde, lag 2025 bei lediglich 52.7 Prozent – also sehr tief.

Zweite Herausforderung: Der FAP ist tiefrot. Für die Jahre 2027 bis 2029 sind strukturelle Defizite von 23 bis 34 Millionen prognostiziert. Das ist keine Schwarzmalerei – das sind die Zahlen des Stadtrats.

Die Ausgabendynamik bei der Bildung und im Sozialbereich bleiben hoch. Die Volksschule allein verzeichnet gegenüber dem Budget ein Plus von 3.4 Millionen, die familienergänzende Kinderbetreuung von 1.4 Millionen.

Im Grossen und Ganzen nochmals: Der Ertragsüberschuss im 2025 ist erfreulich – aber er löst keines dieser strukturellen Probleme.

Jetzt zu den Kritikpunkten, zu denen sich einzelne Fraktionen auch äusserten. Ja, ich muss da deutlich werden: Das Stadtparlament hat bei der Budgetberatung (wie wir es mehrmals gehört haben) eine Globalkürzung von 7 Millionen Franken bei der Produktgruppe 263 Städtische Allgemeynkosten beschlossen. Das war kein unverbindlicher Wunsch. Das war ein parlamentarischer Auftrag.

Meine Damen und Herren, was hat der Stadtrat damit gemacht? Ein Wort: Nichts.

In der Begründung zur Rechnung konnten wir lesen, dass diese Kürzung (Zitat) «nicht umsetzbar» gewesen sei, weil die Produktgruppe primär zentral verrechnete Kosten beinhaltet. Der Stadtrat verweist auf seine Stellungnahme vom Januar 2025 und hält – so muss man das fast sagen - lapidar fest, er habe die Kürzung «zur Kenntnis genommen», aber nicht vollzogen.

Das, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist nicht akzeptabel. Und deshalb lehnen wir die Abnahme der Rechnung der Produktgruppe 263 ab.

Wenn dieses Parlament beschliesst, dass 7 Millionen Franken einzusparen sind, dann erwarten wir vom Stadtrat, dass er Lösungen sucht – und nicht Gründe, warum es nicht geht. Wir sind die Legislative. Wir setzen den Rahmen. Der Bezirksrat hat dies mit seinem Beschluss auch noch bestätigt.

Wir fordern den Stadtrat auf, künftig parlamentarische Aufträge konsequent umzusetzen oder transparent darzulegen, weshalb und in welcher Form eine Anpassung nötig ist. Und hier nehme ich doch auch das Abschiedsvotum von Kathrin Cometta auf: Ein solches Verhalten stärkt nicht das Vertrauen zwischen Exekutive und Legislative. Es gerät nur noch mehr in Schieflage.

Fazit: Wir treten auf die Rechnung ein. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit.

M. Zundel (Grüne/AL): Da mittlerweile eigentlich praktisch alles schon gesagt wurde, habe ich das Meiste von meinem Votum bereits herausgelöscht. Es hat aber vielleicht schon noch ein bis zwei Punkte darin, die doch noch ein bisschen Mehrwert bringen.

Wir von den Grünen/AL finden die Entwicklung bei den Steuereinnahmen sehr erfreulich. Der Steuerertrag bei den natürlichen Personen ist erneut angestiegen. Bemerkenswert dabei ist auch, dass das Höchstniveau der Quellensteuer vom Jahr 2024 nochmals übertroffen wurde. Wir interpretieren diese Trends als deutliches Zeichen dafür, dass sich die menschenfreundliche Politik der Stadt Winterthur auszahlt. Investitionen in die Lebensqualität und Integration der gesamten Bevölkerung helfen eben nicht nur, die Kosten langfristig zu senken, sondern zu investieren lohnt sich auch für die Einnahmenseite.

Fortlaufend belastend sind die Kosten in den Bereichen Bildung und Soziales, wie wir bereits gehört haben. Die Volksschule und Sonderschulung sind die beide mit grossen negativen Abweichungen aufgefallen. Dabei zeigt sich ein Phänomen, welches bereits länger existiert: Die Ausgaben im Bereich Bildung werden zum grossen Teil durch den Kanton bestimmt. Dieser will sich aber nicht stärker an den anfallenden Kosten beteiligen, sondern senkt sogar selbst noch seine Steuern.

Wir von den Grünen/AL sprechen uns für eine starke Bildungspolitik aus mit angemessenen Löhnen für die Lehrpersonen. Der Kantonsrat oder der Kanton allgemein sollte sich aber auch stärker an den Kosten beteiligen, um arbeitende Familien zu entlasten und nicht Steu-
erdumping für Konzerne zu betreiben.

Dann zum spannenden Thema von heute Abend mit der PG Städtische Allgemeinkosten / Erlöse: Zum Antrag der FDP betreffend der PG Städtische Allgemeinkosten und Erlöse können wir der Begründung nicht folgen. Alleine auf den Konten 3132 (Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertise) fallen in der Erfolgsrechnung (Teil A, S.43 – S.71) die Kosten rund 3 Millionen tiefer als budgetiert aus. Also exakt an der Stelle, wie man es im Dezember 2024 beantragt hat. Dass diese Einsparungen nicht direkt auf dem Umlagekonto der Allgemeinkosten ersichtlich sind, war von Anfang an klar. Der Vorwurf, dass der Sparauftrag überhaupt nicht umgesetzt worden sei, finden wir somit unbegründet. Die Sparallianz sollte vielleicht als Learning mitnehmen, dass man transparente Einsparungen nur dann bekommt, wenn man konkrete Kürzungen beantragt.

Wir von Seiten Grüne/AL haben in der detaillierten Prüfung der Rechnung 2025 keine Mängel festgestellt und danken dem Finanzamt für das Erstellen und sämtlichen Departementen für die geleistete Arbeit. Zum Budget und FAP und anderen Geschichten machen wir keinen Kommentar. Somit werden wir allen fünf Weisungsanträgen zustimmen und der Abnahme PG Städtische Allgemeinkosten / Erlöse ebenfalls.

Stadtrat K. Bopp: Die Rechnung beinhaltet sehr viel Erfreuliches: Einen Ertragsüberschuss von 64 Millionen Franken, wir haben es gehört. Einen Selbstfinanzierungsgrad von 143 Prozent, der übrigens, Franziska, selbst bei gleichbleibender Bevölkerung zu einer Reduktion der Nettoschuld pro Kopf führen würde. Das stärkt unsere Reserven, unser Eigenkapital ist gewachsen. Und wie gesagt: Die Nettoschuld pro Einwohner/-in ist gesunken. Das ist eine gute Nachricht und das ist auch der Verdienst dieses Parlaments, das diszipliniert mit den Mitteln der Stadt Winterthur umgeht. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle auch bei Euch bedanken.

Ich wäre aber nicht Euer Finanzvorsteher, wenn ich Euch nicht gleichzeitig reinen Wein einschenken würde. Das haben wir auch gemacht mit dieser Weisung. Das Ergebnis ist geprägt durch vor allem einen sehr grossen Einmaleffekt: Den 40 Millionen Rückerstattung der Versorgungstaxe, die erwähnt wurden. Und sie ist auch geprägt von um 17 Millionen höheren Steuererträgen. Ohne diesen Einmaleffekt zeigt sich deutlicher, dass die Kosten in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit – auch das wurde schon mehrfach erwähnt – weiterhin ansteigen. Und am Horizont zeichnet sich Defizit ab.

Der Überschuss, den wir 2025 machen konnten, gibt uns also ein gewisses Polster – aber definitiv kein Ruhekitzen.

Vielleicht noch ganz kurz zu dem, was Du, Franziska, noch gesagt hast, dort ist es mir noch ein Anliegen: Du hast den steigenden Gesamtaufwand erwähnt und gesagt, dass das nur Zufall ist, dass dem gegenüber auch steigende Erträge da sind. Die 1'500 Millionen, die Du erwähnst, sind natürlich nicht alle vom Kanton, sondern da ist der ganze Gebührenhaushalt noch drin. Und wenn wir z.B., wie das jetzt der Fall war, bei Stadtwerk höhere Kosten von 50 Millionen haben, dann ist es nicht Zufall, wenn dort auch höhere Erträge von 50 Millionen gegenüberstehen, denn das ist gebührenfinanziert. Das hat u.a. sehr viel damit zu tun, dass wenn mehr Strom nachgefragt wird, wir auch mehr Strom einkaufen; aber den gleichzeitig auch gesichert verkaufen können. D.h. es ist natürlich nicht einfach nur Zufall. Mir ist bewusst, der Umgang mit der pauschalen Kürzung von 7 Millionen Franken wird diese Rechnungsdebatte noch prägen. Ich werde dann Stellung dazu beziehen, wenn wir bei der entsprechenden Produktgruppe sind, also bei der Produktgruppe Städtische Allgemeynkosten – und dann bei den Schlussabstimmungen zum Dispositiv. Besten Dank.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Kaspar. Dann kommen wir zur Detailberatung und ganz am Schluss dann zu der angesprochenen Schlussabstimmung über alle 5 Punkte. Da es sich herauskristallisiert, dass über die eine oder andere Produktgruppe noch unterschiedliche Anträge eintreffen werden, schlage ich folgendes Vorgehen vor: Wir gehen von Departement zu Departement durch die Liste. Wenn es in einem Departement zu irgendeiner Produktgruppe einen Antrag gibt, dann bitte ich Euch, das mit einer Wortmeldung anzukündigen. Falls es keine Anträge gibt, mache ich beliebt, dass wir dieses Departement mit allen zugehörigen Produktgruppen dann als abgenommen erklären. Wenn wir dann durch sind, werden wir am Schluss die Schlussabstimmung – vielleicht eine bereinigte Schlussabstimmung über einzelne Punkte einzeln – durchführen.

Wir beginnen mit dem Departement Präsidiales.

Departement Präsidiales

PG 192, Departementssekretariat

PG 121, Personalamt

PG 142, Stadtentwicklung

PG 157, Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

PG 158, Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

PG 160, Bibliotheken

PG 170, Rechtspflege

Es gibt keine Ablehnungsanträge. Das Departement gilt damit als abgenommen.

Departement Finanzen

PG 263, Städtische Allgemeynkosten / Erlöse

F. Helg (FDP): Ich muss da nicht mehr viel ausführen, ich habe seitens der FDP-Fraktion die Argumente bereits erwähnt, die dazu führen, dass wir aus unserer Sicht den Antrag auf Ablehnung dieser Produktgruppe stellen.

Parlamentspräsident S. Kocher: Besten Dank, Felix. Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? Das Wort geht an Kaspar Bopp.

Stadtrat K. Bopp: Ich sage doch gerne noch etwas dazu. Ich weiss, viele von Euch sind enttäuscht, dass der Stadtrat diesen Auftrag nicht so umgesetzt hat, wie Ihr Euch das vorgestellt habt. Aber lasst mich deshalb doch noch ehrlich schildern, in was für eine Lage uns dieser Auftrag versetzt hat. Nicht als Vorwurf, sondern als echtes Dilemma, in dem wir uns befanden und es nicht auflösen konnten.

Ihr habt mit dem letzten Budget sämtliche Globalkredite von sämtlichen Produktgruppen beschlossen. Bei der Stadtpolizei zum Beispiel gab es einen Kürzungsantrag von gut 180'000 Franken, den Ihr hier drinnen diskutiert habt, debattiert habt und – ich sage mal qualifiziert –

verworfen habt. Jetzt stellte sich für uns die Frage: Wenn Ihr da intern eine explizite Willensäusserung gemacht habt «Nein, wir wollen bei der Stadtpolizei nicht kürzen» - heisst das jetzt für uns, dass wir mit diesem pauschalen Auftrag Euren explizit geäusserten Willen trotzdem übersteuern dürfen oder nicht? Wahrscheinlich eher schwierig, wir wollen respektieren, was das Parlament diskutiert und beschliesst. Heisst das jetzt aber, dass sämtliche andere Produktgruppen, bei denen es nicht einmal einen Antrag gab, d.h. nicht mal jemand gefunden hat, er stelle einen Kürzungsantrag, dass diese weniger geschützt wären? Ich glaube, da sind wir uns einig: Nein, dort gab es ja nicht einmal einen Antrag, da kam es keinem einzigen hier drinnen in den Sinn, einen Kürzungsantrag zu stellen. Es wäre absurd, wenn diese dann dadurch weniger geschützt wären.

Am Schluss geht es uns darum, dass wir Eure Beschlüsse respektieren möchten und uns nicht darüber hinwegsetzen möchten. Und deshalb mussten wir am Schluss auch sagen: Wir haben ein Dilemma, das wir nicht lösen können. Und das ist auch keine juristische Spitzfindigkeit. Der Bezirksrat – um das nochmals kurz zu sagen – hat selbst den Beschluss aus diesem Grund als problematisch bezeichnet. Er hat festgehalten, dass § 101 des Gemeindegesetzes pauschalen Kürzungen tendenziell entgegensteht. Und nicht zuletzt deshalb gab es ja dann auch im Kantonsrat einen Vorschlag, der pauschale Kürzungen legalisieren möchte. Wieso sollte es denn das geben, wenn das so unproblematisch wäre? Und der Regierungsrat hat erst letzten November die Motion zur Ablehnung empfohlen, mit genau dieser Begründung, die auch wir geliefert haben.

Aber – und das ist mir das Wichtigste heute Abend – wir haben gemeinsam schon lange einen Weg gefunden. Beim Budget 2026 hat dieses Parlament keine pauschale Kürzung mehr beschlossen, sondern konkrete Sparaufträge bei den einzelnen Produktgruppen. Das ist der saubere Weg, das ist der Weg, der funktioniert. Lasst uns dort anknüpfen und weitermachen. Denn die eigentliche Arbeit, das haben wir auch schon gehört, schon beim Eintreten, die liegt vor uns. Die strukturellen Herausforderungen, die wir kommen sehen, sind real. Und der Stadtrat hat angekündigt, dass er mögliche Sanierungsmassnahmen am Vorbereiten ist. Diese Aufgabe werden wir nur gemeinsam bewältigen können, Exekutive und Legislative Hand in Hand. Für das braucht der Stadtrat das Parlament und das Parlament kann in dieser Sache auch auf den Stadtrat zählen.

Ich bitte Euch: Zieht einen Strich darunter. Nehmt diese Produktgruppe ab und wir gestalten konstruktiv gemeinsam weiter unsere Budgetprozesse. Besten Dank.

Ch. Hartmann (SVP): Ich verstehe schon, was Kaspar gesagt hat. Ich möchte vor allem den Punkt machen: Wenn man im 2026 keine Pauschalkürzung beantragt und beschlossen hat, dann heisst das noch nicht, dass man mit der Interpretation des Stadtrates einig geht, dass Pauschalkürzungen nicht zulässig seien.

Das andere noch: Natürlich ist es nicht einfach, möglicherweise, einen Parlamentsbeschluss umzusetzen. Aber es ist so, dass wenn das Parlament zuerst etwas beschliesst, spezifisch an einer Stelle, und nachher zum Schluss kommt, man wolle jetzt noch eine Pauschalkürzung machen – dann ist das ein jüngerer Beschluss als die Beschlüsse zu einzelnen Produktgruppen. Und man kann es deshalb durchaus verteilen.

Aus meiner Sicht kann man, solange man an Lösungen arbeitet, durchaus auch einen temporären Schlusstrich ziehen.

Parlamentspräsident S. Kocher: Dann stimmen wir jetzt über diese Produktgruppe ab. Es geht jetzt nur um die Produktgruppe Städtische Allgemeynkosten.

A = Zustimmung (also Abnahme dieser Produktgruppe), B = Ablehnung (also Rückweisung). Abstimmungsergebnis: Diese Produktgruppe 263, Städtische Allgemeynkosten / Erlöse ist mit 30:20 Stimmen abgelehnt.

Wir kommen damit zum Rest des Departement Finanzen.

PG 221, Finanzamt

PG 222, Informatikdienste (IDW)

PG 233, Steuerbezug

PG 240, Immobilien

PG 280, Steuern und Finanzausgleich

Es gibt keine weiteren Ablehnungsanträge. Diese Produktgruppen zu diesem Departement gelten damit als abgenommen.

Departement Bau und Mobilität

PG 322, Tiefbau

PG 328, Entsorgung

PG 340, Geomatik- und Vermessungsamt

PG 350, Amt für Baubewilligungen

PG 360, Städtebau

Es gibt keine Ablehnungsanträge. Das Departement gilt damit als abgenommen.

Departement Sicherheit und Umwelt

PG 411, Stadtrichteramt

PG 420, Stadtpolizei

PG 425, Parkieren Winterthur

PG 460, Melde- und Zivilstandswesen

PG 470, Schutz & Intervention

PG 480, Umwelt- und Gesundheitsschutz

Es gibt keine Ablehnungsanträge. Das Departement gilt damit als abgenommen.

Departement Schule und Sport

PG 510, Volksschule

PG 520, Einkauf und Logistik

PG 530, Sonderschulung

PG 540, Berufsbildung

PG 570, Familie und Betreuung

PG 590, Sportamt

Es gibt keine Ablehnungsanträge. Das Departement gilt damit als abgenommen.

Departement Soziales

PG 691, Departementssekretariat

PG 611, Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

PG 621, Sozial- und Erwachsenenhilfe

PG 622, Individuelle Unterstützung

PG 623, Prävention und Suchthilfe

PG 624, Arbeitsintegration

PG 638, Spitex

PG 640, Alterszentren

PG 651, Beiträge an Organisationen

Es gibt keine Ablehnungsanträge. Das Departement gilt damit als abgenommen.

Departement Technische Betriebe

PG 791, Departementssekretariat

PG 710, Stadtwerk Winterthur

PG 712, Öffentliche Beleuchtung

PG 731, Stadtbus Winterthur

PG 732, FinöV Stadt

PG 770, Stadtgrün

Es gibt keine Ablehnungsanträge. Das Departement gilt damit als abgenommen.

Behörden und Stadtkanzlei

PG 805 Stadtrat

PG 810, Schulpflege

PG 820, Stadtparlament
PG 830, Finanzkontrolle
PG 841, Ombudsstelle
PG 842, Datenschutzstelle
PG 850, Stadtkanzlei

Es gibt keine Ablehnungsanträge. Behörden und Stadtkanzlei gelten damit als abgenommen.

Anhänge Teil B: Es gibt keine Bemerkungen.

Rechnung Teil C: Es gibt keine Bemerkungen.

Damit kommen wir bereits zur Schlussabstimmung.

Da ja die Produktgruppe Städtische Allgemeinkosten abgelehnt wurde, würden wir erstens über alle fünf Punkte einzeln abstimmen. Bei Ziffer 1 und speziell bei Ziffer 3, wenn es um die Abnahme der Globalrechnungen geht, schlage ich vor, dass wir mit dem folgenden Zusatz abstimmen: «Die Globalrechnungen 2025 mit Ausnahme der Produktgruppe Städtische Allgemeinkosten werden wie folgt abgenommen» und dann die drei aufgeführten Punkte das Ergebnis des Soll-Ist-Vergleichs der parlamentarischen Zielvorgaben; die abgerechneten Globalkredite; die Einlagen und Entnahmen aus den Rücklagen der Globalbudgetbereiche. Sind damit alle einverstanden? – Dann gehen wir zu den Abstimmungen:

Antrag Stadtrat 1. Die Jahresrechnung 2025 der Stadt Winterthur wird wie folgt abgenommen: Die Erfolgsrechnung schliesst bei einem Aufwand von Fr. 2'045'253'056.91 und einem Ertrag von Fr. 2'109'124'884.89 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 63'871'827.98 ab. Dieser wird dem zweckfreien Eigenkapital (Bilanzüberschuss) gutgeschrieben.

Die Investitionsrechnung weist im Verwaltungsvermögen bei Ausgaben von Fr. 241'141'613.72 und Einnahmen von Fr. 64'125'743.39 Nettoinvestitionen von Fr. 177'015'870.33 aus. Im Finanzvermögen resultieren bei Ausgaben von Fr. 13'767'741.86 und Einnahmen von Fr. 10'790'857.32 Nettoinvestitionen von Fr. 2'976'884.54.

Die Bilanz weist Aktiven und Passiven von je Fr. 3'260'054'154.22 aus. Das Eigenkapital beträgt neu Fr. 1'242'544'598.49; davon Fr. 893'449'020.20 zweckgebundenes Eigenkapital und Fr. 349'095'578.29 zweckfreies Eigenkapital.

Der Bilanzüberschuss beträgt neu Fr. 349'701'076.29.

Abstimmungsergebnis: Antrag 1 wird mit 32:18 zustimmend abgenommen.

2. Der Satz für die Einlagen in sowie für die Entnahmen aus den Produktgruppen-Rücklagen wird auf jeweils 0 Prozent festgelegt.

Abstimmungsergebnis: 50:0 einstimmige Zustimmung.

3. Die Globalrechnungen 2025 der Produktgruppen mit Ausnahme der Produktgruppe Städtische Allgemeinkosten werden wie folgt abgenommen:

- das Ergebnis des Soll-Ist-Vergleichs der parlamentarischen Zielvorgaben;
- die abgerechneten Globalkredite;
- die Einlagen und Entnahmen aus den Rücklagen der Globalbudgetbereiche.

Abstimmungsergebnis: 40:10 Stimmen angenommen.

4. Die Sonderrechnungen der Stadt Winterthur für das Geschäftsjahr 2025 werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 50:0 einstimmige Zustimmung.

5. Der Geschäftsbericht 2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 50:0 einstimmige Zustimmung.

Wir kommen zum nächsten Punkt auf der Traktandenliste. Da habe ich einen kleinen Punkt: Ich möchte beliebt machen, dass wir den Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle vorziehen würde. Hat da jemand etwas dagegen? Michael, möchtest Du es begründen?

M. Gross (SVP): Tobias Naef ist vorhin auf mich zugekommen. Er hatte keine Anschlusslösung für die Kinder und da wir ein familienfreundliches Parlament sind, dachte ich mir, man könnte das vorziehen. Aber er hat nun eine Anschlusslösung gefunden und deshalb können wir beruhigt den normalen Weg gehen.

Parlamentspräsident S. Kocher: Das freut mich, dann gehen wir normal in der Traktandenliste weiter.

8. Traktandum

Parl.-Nr. 2026.51: Tätigkeitsbericht 2025/26 der Finanzkontrolle

Parlamentspräsident S. Kocher: Tätigkeitsbericht 2025/26 der Finanzkontrolle. Ich gebe das Wort dem zuständigen Referenten, Philippe Weber.

Ph. Weber (AK): Ich darf Euch den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle des Jahres 2025/2026 vorstellen.

Was macht eigentlich die Finanzkontrolle? Wir haben ja ein paar neue Mitglieder in unserem Plenum, deshalb kurz eine Übersicht, was die Rolle und die Aufgabe der Finanzkontrolle ist. Das sind laut der Gemeindeordnung die drei Kernaufgaben: Finanztechnische Prüfung (das haben wir ja gerade gehört, dass die Finanzkontrolle die Annahme der Rechnung empfohlen hat, weil sie – nicht politisch oder so, sondern rein finanzrechtlich – in Ordnung ist); Finanzaufsicht (ob die Haushaltsführung usw. in Ordnung sind und alles seine Rechtmässigkeit hat); sowie Revisionsdienstleistungen (externe Revisionen, Mitberichte zu Verpflichtungskrediten usw., welche der Stadtrat oder das Parlament beschliessen).

Unten sieht man einen sehr wichtigen Grundsatz: Die Finanzkontrolle ist unabhängig. Sie untersteht weder dem Parlament noch dem Stadtrat direkt und ist deshalb nicht quasi jemandem verpflichtet, um diesem «nach dem Schnabel zu reden». Sie prüft, bewertet und berichtet deshalb unabhängig und greift nicht in operative Entscheidungen ein, sondern nur übergeordnet.

Im Jahr, das dieser Tätigkeitsbericht abdeckt, 2025/26 je Juni – Juni, wurden 22 Revisionen abgeschlossen. Eine wurde sistiert (diese war zum Thema WinRP, darüber müssen wir nicht mehr gross diskutieren). Dann 12 Finanzaufsichtsprüfungen; 66 Mitberichte (davon 63 zu Verpflichtungskreditabrechnungen), das waren ein bisschen mehr als im Vorjahr; sowie 9 externe Revisionen. 2 Prüfungen sind überschritten, diese wurden vor Beendigung dieses Berichts begonnen und sind noch nicht fertig.

Wie sind die Beurteilungen dieser Prüfungen? 9% sind vorbildlich. Das tönt jetzt nicht nach einer riesigen Zahl, aber immerhin. 36% sind gut. 45% sind nur zufriedenstellend – das sind deutlich mehr als noch im letzten Jahr. Es gibt also mehr, die letztes Jahr noch gut waren und jetzt aber nur noch zufriedenstellend. Weil aber jedes Jahr andere Sachen geprüft werden, andere Mechanismen angewendet werden, andere Produktgruppen, andere Typen behandelt werden, ist es nicht einfach vergleichbar. Man kann also nicht sagen, dass letztes Jahr noch mehr gut waren und jetzt mehr nur noch zufriedenstellend, das kann sich auf nächstes Jahr auch wieder ändern. Das ist also nicht eine Tendenz, die hier erkennbar ist, auf die man unbedingt ganz genau schauen sollte. Aber natürlich behalten wir das im Blick.

9% waren mangelhaft, dabei geht es v.a. um generelle IT-Kontrollen, was auch ein Teil der Finanzaufsicht der Finanzkontrolle ist. Diese sind bedingt durch die Inbetriebnahme von verschiedenen Schlüsselapplikationen im laufenden Jahr.

Hier sieht man, was für Anträge behandelt wurden. Die Schwerpunkte sind zuoberst, Ordnungs- und Rechtmässigkeit, dabei geht es in erster Linie z.B. um Gebühren, ob diese rechtmässig erhoben werden; und um IT-Sicherheit und Compliance (das ist der grösste Brocken); und auf Governance und Risikomanagement wurde explizit in diesem Berichtsjahr ein Fokus gelegt. Wirtschaftlichkeit und Betrieb (also die ausgelagerten Prozesse) sind noch 16%. Und unten, nicht mal mehr mit einer eigenen Box, sind noch Rechnungslegung und Buchführung, das sind noch 3%, bei denen es um geringfügige Buchungsfehler geht. Das sind z.B. die 57 Rappen, die vorhin der AK-Präsident erwähnt hat. Ich habe gut zugehört – bei Dir immer. Dazu kommen noch Besoldungs- und Geldverkehrsprüfungen. Bei den Besoldungsprüfungen gibt es nicht sehr viel zu sagen. Es wurde eine Prüfung durchgeführt, es gab ein sehr gutes Ergebnis. Auch die Personaldienste wurden gecheckt. Und dort gab es nur etwas: Dass bei einem Eintritt nicht konsequent festgehalten wurde, wie hoch die Besoldung sein sollte. So wie das Risikomanagement in einem Fall.

Bei den Geldverkehrsprüfungen wurden 22 Nebenkassen geprüft in 7 Produktgruppen. Das passiert jeweils unangekündigt. Wenn irgendwo noch ein Kässeli für Bargeldbezüge nötig ist oder so, wird auch das geprüft. Und auch da war alles in Ordnung. Also macht Euch keine Sorgen, das wurde alles wunderbar gemacht. Es gab einen Fall, der formell nicht korrekt umging mit einer Nebenkasse, aber das können wir uns leisten.

Wir haben es schon gehört: Bei der Jahresrechnung 2025 gab es keinen Vorbehalt für die Abnahme. Das haben wir ja ohnehin jetzt schon hinter uns gebracht. Da ist jeweils bei der Rechnung, wenn diese öffentlich gemacht wird, der Kurzbericht schon dabei, der das ja auch schon empfahl.

Offene Anträge (also wo die Finanzkontrolle Anträge gestellt hat aufgrund von Prüfungen): Insgesamt von den letzten 5 Jahren sind 122 noch offen. Es gibt immer eine gewisse Zeit; wenn etwas beanstandet wird, hat man eine gewisse Frist Zeit, um diese Fehler zu beheben oder um es besser zu machen. 70 von diesen Anträgen sind gar noch nicht fällig (die sind also noch am Laufen). Allerdings sind ganze 35 schon fällig seit über 12 Monaten. Und da wird man regelmässig gemahnt von der Finanzkontrolle, dass man diese Inventuren, Buchungsfehler etc. beheben muss. Da wird man gemahnt. Ich glaube auch, dass das etwas ist, auf das wir in der AK schauen werden; aber ich glaube, das gehört jetzt nicht in die Diskussion zu diesem Tätigkeitsbericht.

Wie ist die Finanzkontrolle eigentlich aufgestellt? Wir haben da Patrik Jakob, der zuhinterst links im Publikum sitzt, das ist der Leiter der Finanzkontrolle. Es sind 7.5 Vollzeitstellen, die aufgeteilt sind auf 9 Personen. Bewilligt wäre im Moment ein Personalbestand von 7.8 Stellen. Die 0.3 Stellen sind bedingt durch eine Reduktion aufgrund einer Teilpensionierung. 4 Personen sind zugelassene Revisionsexpert:innen nach RAB (einer Bundesstelle) und sie sind natürlich auch Mitglied in diversen Organisationen, damit sie immer auf dem neuesten Stand des Wissens bleiben.

Also Ausblick, was die Schwerpunkte sind: Man legt sich jeweils einen Schwerpunkt, was man genauer beleuchten möchte. Das sind im Jahr, das jetzt anfängt, die Subventionen und Beiträge, das ist explizit eine Sonderaufgabe nach Art. 14 der Verordnung. Dann soll das Prüfportfolio erweitert werden durch Strategie-, Bau- und Projektprüfungen. KI-Einsatz, bei dem gerade ein Testprojekt am Laufen war, mit einer sogenannten RAG (Retrieval Augmented Generation); dieses KI ist nicht irgendwie wie ChatGPT, das sich selbst die Informationen zusammensucht irgendwo, sondern man gibt diesem explizit Quellen an und durchsucht dann quasi diese Quellen; man durchsucht also die eigenen Daten, die man umstrukturiert hat. Das wird noch mehr und intensiver gemacht, auch mit diesem KI@win, wo ja Winterthur eine Testgemeinde ist von einem kantonalen KI-Projekt. Und was wir auch schon vor einer Weile begonnen haben, als ich noch in der Parlamentsleitung war, das ist die Totalrevision der Finanzkontrollverordnung. Wir haben dort ja mal Personalsachen ausgelöst und jetzt kann man die Verordnung revidieren; sowie Änderungen im Qualitätsmanagement.

In der AK wurde der Tätigkeitsbericht mit 11:0 Stimmen einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen. Wir empfehlen selbstverständlich dem Plenum dasselbe.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. Ich danke insbesondere natürlich Patrik Jakob und seinem Team für die wertvolle und vorbildlich geleistete Arbeit. Patrik Jakob, wie es üblich ist, kann

nach der Diskussion im Plenum, falls er das wünscht, selbst auch noch kurz etwas sagen. Aber jetzt gebe ich das Wort zurück an den Präsidenten und danke vielmals. auch noch selbst das Wort, wenn er das wünscht.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Philippe. Auch dass Du Patrik eingeladen hast, nachher noch etwas zu sagen. Alles gut. Wir kommen zur Beratung. Zuerst hat das Wort Franziska Kramer-Schwob (EVP/EDU).

F. Kramer-Schwob (EVP/EDU): Die Fiko hat auch dieses Jahr solide Arbeit geleistet und ein spannendes Prüfprogramm fürs neue Jahr zusammengestellt. Aufgefallen ist uns, dass es im Berichtsjahr bei der Fiko keine Austritte gab, also Null Fluktuation. Wir deuten das so, dass man gerne bei der Fiko arbeitet und sie gut geführt ist. Wir danken herzlich für die solide Arbeit und wünschen immer wieder das Geschick, um auch unbeliebte Anträge durchzusetzen.

Ch. Hartmann (SVP): Herzlichen Dank, Philippe, für das Vorstellen des Jahresberichts. Herzlichen Dank auch an die Finanzkontrolle für ihre laufende Tätigkeit. Ich halte das Votum für die SVP und sage es trotzdem in der Funktion als Präsident der Aufsichtskommission: Als Präsident der Aufsichtskommission erhalte ich jeden Bericht, den die Finanzkontrolle zu irgendeinem Aspekt macht. Man sieht darin die grosse Arbeit, man sieht darin, dass – über alles gesehen – man nicht so viele Punkte findet, die man irgendwie beanstanden muss. Das zeigt auch die gute Arbeit der Verwaltung. Und was mir besonders am Herzen liegt: Man versteht diese Berichte. Das muss, wenn Fachspezialisten etwas schreiben, nicht unbedingt der Fall sein. Es gibt auch Bereiche, wo ich Fachspezialist bin. Und von daher herzlichen Dank an Patrik Jakob und Dein Team.

Ich habe einen einzigen Punkt herausgepickt aus der materiellen Beurteilung, bei dem ich schon sagen muss, dass er mich stört. Wie läuft denn das ab? Da revidiert man, dann findet man irgendeinen Punkt, dann geht man das mit dem zuständigen Amt diskutieren, ob das in Ordnung ist und das akzeptiert wird. Und dann gibt es eine Frist zur Erledigung von dem. Und dann kann es natürlich einmal sein, dass man etwas nicht innerhalb der Frist machen kann. Aber wie Philippe gesagt hat: Wir haben 35 Beanstandungen, die mehr als ein Jahr überfällig sind. Und – wenn ich da ein bisschen aus dem Nähkästchen plaudern kann – die Begründung ist dann manchmal «Wir hatten andere Prioritäten». Und das ist aus meiner Sicht nicht akzeptabel. Und ja, Philippe, da werden wir in der Aufsichtskommission auch den Finger darauflegen, und wir werden auch die zuständigen Sachkommissionen angehen, dasselbe zu tun.

Aber alles in allem ist die Finanzkontrolle ein sehr wertvolles Instrument für das Parlament. Es ist quasi unser operativer Arm für die Analyse der Geschäftstätigkeit der Verwaltung und des Stadtrates – auch wenn es richtig ist, dass sie unabhängig arbeiten. Das gibt uns doch immer sehr wertvolle Hinweise. Danke an den Chef der Finanzkontrolle, Patrik Jakob, danke an Deine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – und ich bitte Dich, ihnen das weiterzugeben. Danke.

A. Zuraikat (Die Mitte): Wir von der Mitte-Fraktion sind der Meinung, der Tätigkeitsbericht der Fiko verdient unsere Aufmerksamkeit und Anerkennung. Was natürlich sehr wertvoll ist in unseren Institutionen, das ist, dass die Fiko Unabhängigkeit genießt – das schafft Vertrauen bei uns, beim Stadtrat und bei der Bevölkerung. Wie man es gesehen hat, Philippe hat es dargelegt und wir haben es auch bei der Rechnungsabnahme mitbekommen, hat ja die Fiko die Rechnung zur Abnahme empfohlen. Was weniger erfreulich ist: Es gibt ja Feststellungen, die aufgetaucht sind, teilweise zum dritten Mal (im Bereich Inventuren, Archivierung, Kreditabrechnung, abgeschlossene Projekte) – das sind keine Nebensächlichkeiten. Hier erwarten wir vom Stadtrat mehr Verbindlichkeit. Die zwölf Finanzaufsichtsprüfungen zeigen wie gesagt ein differenziertes Resultat: Knapp die Hälfte haben das Prädikat «gut» oder «vorbildlich» erhalten, die andere Hälfte «zufriedenstellend» – und eine Prüfung ist als mangelhaft beurteilt worden.

Betroffen sind vor allem generelle IT-Kontrollen von Schlüsselapplikationen, die im 2025 in Betrieb genommenen wurden. Es gibt Mängel bei Administratorenrechten, Berechtigungsprozessen und Datenschutz. Das, so finden wir, muss man ernstnehmen und wir erwarten, dass der Stadtrat diese Feststellungen prioritär behandelt.

Positiv: Bei den Besoldungs- und Geldverkehrsprüfungen hat sich die Anzahl Feststellungen deutlich reduziert. Bei den Kassenprüfungen gab es keine Unregelmässigkeiten.

Und jetzt möchte ich auf einen Punkt eingehen, den Christian Hartmann schon erwähnte. Wir haben den Wermutstropfen: Von den 122 offenen Anträgen sind 52 überfällig – und davon, wie es Christian Hartmann schon erwähnte, 35 seit über einem Jahr überfällig. Das ist unbefriedigend. Wenn Fristen vereinbart werden, müssen diese auch eingehalten werden. Wir fordern den Stadtrat auf, die Umsetzung konsequenter zu überwachen.

Abschliessend möchte ich den herzlichen Dank unserer Fraktion aussprechen. Mit 7.5 Vollzeitstellen, wie wir es präsentiert bekommen haben, hat die Finanzkontrolle 22 Revisionen abgeschlossen, 66 Mitberichte verfasst und 67 Anträge formuliert. Das ist ein beachtliches Pensum, professionell bewältigt.

Wir von der Mitte-Fraktion danken Patrik Jakob und seinem Team für die wertvolle Arbeit und empfehlen die positive Kenntnisnahme des Berichts. Danke vielmals.

M. Bachmann (Grüne/AL): Danke vielmals für das Referieren, Philippe. Wir von der Fraktion Grüne/AL bedanken uns an dieser Stelle für die sorgfältige Arbeit, die Patrik Jakob und sein Team auch dieses Jahr wieder geleistet haben. Ebenso geht ein Dankeschön an die Stadtverwaltung, die ja zuerst liefern muss, damit überhaupt etwas beurteilt werden kann.

Betreffend der Feststellungen sowie den überfälligen Anträgen ist meiner Meinung nach alles gesagt worden, was nötig ist. Ich möchte nur hinzufügen, dass diesbezüglich auch eine gesunde und konstruktive Haltung gegenüber dem Tätigkeitsbericht wichtig ist. Es braucht eine parteiübergreifende Zusammenarbeit, um den Stadtrat und die Verwaltung so zu unterstützen, dass die von der Fiko erstellten Anträge auch tatsächlich umgesetzt werden können. Vielen Dank.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion dankt der gesamten Finanzkontrolle unter der Leitung von Patrik Jakob für ihre fruchtbare Arbeit im letzten Berichtsjahr und für die Vorlage des Tätigkeitsberichts. Wir nehmen zustimmend vom Bericht Kenntnis.

Mit dem rechnungstechnischen Fachwissen leistet die Finanzkontrolle eine unverzichtbare Grundlagenarbeit gerade auch für das Parlament, indem sie die korrekte Rechnungsführung prüft – kompetent, beständig und beharrlich. Ich kann nur sagen: Weiter so.

Der Umstand, dass etwas über die Hälfte der Finanzaufsichtsprüfungen bloss das Prädikat «zufriedenstellend» und sogar das Prädikat von nur «mangelhaft» aufweisen, zeigt, dass in der Stadtverwaltung noch deutlich «Luft nach oben» vorhanden ist, selbst wenn man den Jahresvergleich (wie es der Referent Philippe Weber gesagt hat) nicht immer ganz eindeutig machen kann. Dasselbe gilt auch für die zeitgerechte Umsetzung von vereinbarten Massnahmen durch die Stadtverwaltung, das wurde in den bisherigen Voten mehrfach schon gesagt. Und von daher wäre es gar nicht schlecht, wenn die Vertretung des Stadtrates dazu auch etwas im Plenum sagen könnte, wenn das von der Regie her vorgesehen werden könnte.

Einen besonderen Dank an dieser Stelle auch noch für den sogenannten «Umfassender Bericht zur Jahresrechnung 2025» (der erscheint ja auch jedes Jahr), der den Kommissionen jeweils vorliegt, aber vertraulich klassifiziert ist. Mit diesem Instrument verfügt das Stadtparlament über eine sehr gute Grundlage, die Jahresrechnung vertieft anzuschauen.

A. Steiner (i.V. J. Guddal (GLP)): Die Aufsichtskommission hat den Tätigkeitsbericht und die Jahresrechnung der Finanzkontrolle am 18. Mai eingehend diskutiert und beide einstimmig abgenommen – ein klares Zeichen des Vertrauens in die Arbeit von Patrik Jakob und seinem Team.

Drei Punkte aus der Diskussion möchten wir Grünliberalen hervorheben:

Erstens die offenen Anträge, es wurde bereits erwähnt: 35 Anträge sind seit über einem Jahr fällig. Ich möchte nicht wiederholen, was schon gesagt wurde. Auch wir appellieren an den Stadtrat, diese 35 Anträge jetzt zeitnah anzugehen.

Zweitens die Prüfmethodik: Die Verschiebung hin zu risikoorientierteren und prozessorientierten Prüfungen erklärt, warum der Anteil schlechterer Gesamtbeurteilungen gestiegen ist – nicht weil die Verwaltungsqualität gesunken ist, sondern weil die Finanzkontrolle systematischer und tiefer hinschaut. Das ist eine positive Entwicklung.

Drittens der Einsatz von KI: Die Finanzkontrolle wird im Rahmen von KI@win als Pilotnutzerin Zugang zu einem RAG-System erhalten. Wir begrüßen, dass eine Aufsichtsstelle hier proaktiv neue Analysemethoden erschliesst.

Die Rechnung der Produktgruppe Finanzkontrolle ist eindrücklich stabil – kaum Abweichungen über mehrere Jahre, trotz nicht vollständig ausgeschöpftem Stellenetat. Super, vielen Dank. Wir beantragen positive Kenntnisnahme des Berichts.

Ph. Weber (SP): Es bleibt nicht mehr viel zu sagen, meine Vorredner:innen haben alles Wichtige schon gesagt. Wir sind uns ja auch wirklich sehr einig bei der Kenntnisnahme dieses Berichts. Es bleibt mir noch, von Seiten der SP-Fraktion selbstverständlich auch noch ein herzliches Dankeschön auszusprechen an die Finanzkontrolle und die Mitarbeitenden von Patrik Jakob. Und ich freue mich, dass ich als Zuständiger für diese Produktgruppe eine Legislatur lang da ein bisschen tiefer hineinschauen kann. Das wird sicher sehr interessant. Wir nehmen als Fraktion den Bericht natürlich auch positiv zur Kenntnis. Vielen Dank.

Parlamentspräsident S. Kocher: Die Voten aus dem Parlament haben sich erschöpft. Ich schaue zum Stadtrat? – Gut. Dann kommen wir zur Abstimmung.

A = Zustimmende Kenntnisnahme, B = Ablehnende Kenntnisnahme.

Abstimmungsergebnis: Wir haben mit 50:0 eine einstimmig zustimmende Kenntnisnahme.

An dieser Stelle möchte ich nun auch noch den Leiter der Finanzkontrolle, Patrik Jakob, ganz offiziell hier im Parlament begrüßen. Und wie angekündigt wird er noch kurz ein bis zwei Worte an uns richten.

P. Jakob: Vielen Dank, Philippe, für die tolle Vorstellung unseres Tätigkeitsberichts. Vielen Dank auch für die wertschätzenden, positiven Voten aus den Fraktionen. Diese Verdankung werde ich gerne auch meinen Teammitgliedern weitergeben.

Ich habe letzte Woche die Finanzkontrolle Winterthur an der Jahresversammlung der Fachvereinigung der deutschschweizer Finanzkontrollen vertreten und kam dabei mit den Leitungen von anderen Finanzkontrollen ins Gespräch. Gerade über ein Thema, das jetzt da in verschiedenen Voten auch kam: Den Umgang mit Feststellungen und Anträgen. Und obschon wir jetzt 35 Anträge haben, die seit über einem Jahr offen sind, hat mir dieser Austausch gezeigt, dass das Ernstnehmen von Feststellungen der Finanzkontrolle oder das Umsetzen der Anträge, also das Aktivwerden, in die Massnahmenumsetzung zu kommen, nicht selbstverständlich ist. Mein Kollege hat mir ein ganz anderes Bild gezeigt oder geschildert, als wir es hier in Winterthur haben. Ich beurteile das Arbeiten hier in Winterthur diesbezüglich so, dass wir einen guten, wertschätzenden und konstruktiven Umgang miteinander, zwischen Prüfer und Geprüften, haben. Und das ist eine gute Voraussetzung und ich erlebe es so, dass wir ins Handeln kommen.

Für diese Unterstützung, für diesen konstruktiven Austausch, möchte ich mich bei den Geprüften (also bei den Mitarbeitenden und den Amtsleitungen der Verwaltung), beim Stadtrat, bei den Kommissionen und insbesondere bei der AK, die uns stets unterstützt, herzlich bedanken. Das unterstützt unsere Arbeit und vor allem auch unser Bestreben, mit unserer Arbeit auch Wirkung zu entfalten oder zumindest Wirkung anzustossen, sehr. Vielen Dank.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Patrik. Jetzt bin ich ein bisschen in einem Konflikt: Ich schaue auf die Traktandenliste. Wir sagten, wir sind ein familienverträgliches Parlament.

Aber in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit mache ich trotzdem beliebt, dass wir jetzt in die verdiente Pause gehen und uns um 20 Uhr für die zweite Sitzung wieder treffen.
Die Sitzung ist geschlossen.

Nachtessenspause.

Parlamentspräsident S. Kocher: Ich begrüsse Euch alle ganz herzlich zur Abendsitzung. Und ich begrüsse auch unsere zwei neuen Gäste, herzlich willkommen. Wir fahren in der Traktandenliste weiter.

9. Traktandum

Parl.-Nr. 2026.32: Jahresbericht 2025 der Ombudsstelle

Parlamentspräsident S. Kocher: Jahresbericht 2025 der Ombudsstelle. Dafür übergebe ich gerne das Wort an Michael Gross als zuständiger Referent.

M. Gross (AK): Ich habe übrigens mit Freude festgestellt, dass unser Porträtkünstler besser ist als derjenige des Regierungsrats. Vielleicht kannst Du ihm irgendwann einen Tipp geben.

Stadtrat St. Fritschi: Das liegt am Sujet.

M. Gross (AK): Ja, natürlich.

Ja, die Reihen hinten haben sich gelichtet. Der Datenschutzbeauftragte musste jetzt trotzdem die Kinder ins Bett bringen – bei uns zuhause ist es mittlerweile umgekehrt.

Also bleiben wir bei der Ombudsstelle und kommen wir zum Jahresbericht 2025. Dieser gibt nämlich ein gutes Zeugnis von einer Institution, welche für das Vertrauen zwischen der Bevölkerung und der Stadtverwaltung sehr wichtig ist. Es ist mir deshalb als Vertreter des Stadtparlaments auch ein Anliegen, diese Arbeit angemessen zu würdigen, wie das Regula Keller vor mir jeweils gemacht hat. Ich nehme vier, fünf Punkte heraus und bringe am Schluss noch ein Beispiel (es hat immer so schöne Beispiele in diesem Jahresbericht), das mich besonders an Winterthur erinnert. Aber darauf komme ich ganz am Schluss.

Die Stelle von Sabrina Gremli-Gafner war gefragt wie nie zuvor: Mit 215 bearbeiteten Fällen ist das der höchste Eingang seit 10 Jahren. Weitere 90 Anfragen konnte man ohne Falleröffnung durch kurze Auskunft oder Weiterweisung beantworten. Diese Zahlen sind nicht ein Alarmzeichen, sondern ein Zeichen für die Bedeutung dieser Stelle in Winterthur. Die Ombudsstelle ist in Winterthur der Bevölkerung bekannt, der Zugang ist niederschwellig. Die Winterthurerinnen und Winterthurer nehmen ihre Rechte aktiv wahr. Das ist positiv zu begrüssen.

Natürlich gibt es auch da neue Herausforderungen, vor allem durch die Künstliche Intelligenz. Besonders bemerkenswert (wenn auch nicht verwunderlich) sind die zunehmend KI-gestützten, professionell formulierten Eingaben, welche man bekommt. Das verändert die Ausgangslage in der Vermittlung grundlegend. Wo früher ein offenes Gespräch über das eigentliche Anliegen im Zentrum stand, muss heute zuerst hinter einer juristisch formulierten Eingabe das menschliche Problem gesucht werden. Das bedeutet einen Mehraufwand und das Parlament muss diese Entwicklung sicher aufmerksam verfolgen.

Es ist ein breites Spektrum, das Sabrina Gremli-Gafner abdeckt. 150 externe Fälle, diese verteilen sich auf alle Departemente; wobei das Departement Soziales mit Abstand am stärksten betroffen ist. 63 spiegeln die Schwierigkeiten und Lebensrealitäten von vielen Menschen in Winterthur wieder, welche staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen müssen/dürfen. Und

die ausgewählten Fallbeispiele zeigen auch, dass häufig Missverständnisse, Kommunikationslücken oder administrative Fehler auch zu persönlichen Belastungen führen können. Wichtig ist auch, dass sie da die vermittelnde, unabhängige Instanz sein kann.

Auch das Departement Sicherheit und Umwelt hat 27 externe Fälle, Bau und Mobilität 13 Fälle; diese sind auch namhaft vertreten im Jahr 2025.

Dann gibt es auch Fälle, die verwaltungsintern sind. Das waren im letzten Jahr 64. Das ist stabil gegenüber dem Vorjahr. Sie betreffen wie in jedem grösseren Unternehmen vor allem Lohneinstufungen, Mitarbeiterbeurteilungen, Kündigungsfragen und Konflikte mit Vorgesetzten. Und da ist es wichtig - und auch da ist die Ombudsstelle ein wichtiger Messer -, dass man einen Beitrag zu einer guten internen Kultur in der Verwaltung leisten kann.

Die Pendenzen haben sich verdoppelt gegenüber dem Vorjahr. Es sind mittlerweile 32 pendente Fälle mittlerweile und das ist etwas, das man, wie ich es eingangs gesagt habe, im Auge behalten muss. Die personellen Ressourcen der Ombudsstelle sind sehr knapp bemessen.

Und jetzt, ich habe es versprochen, ich komme zu diesem Beispielfall. Das ist immer so ein bisschen das Highlight dieses Berichts. Für diejenigen, die ihn nicht gelesen haben: Es ist wirklich immer sehr, sehr gut geschrieben. Ich bringe jetzt aber nicht die Beflaggung des Rathauses, das würde politisch wahrscheinlich Diskussionen geben. Ich nehme einen Fall, der für Winterthur passt. Und zwar die Reklamation eines älteren Velofahrers, der aus dem Ausland kommt. Die Polizei beschuldigte ihn, dass er ein Rotlicht überfahren hatte. Er gab dann zu Protokoll, dass er sich mit den Verkehrsregeln in Winterthur anscheinend nicht so gut auskenne – und jetzt kommt im O-Ton «er meinte, dass man in Winterthur mit dem Velo auch bei Rot drüberfahren dürfe – weil das ja alle machen.»

Das Stadtparlament und auch die SVP-Fraktion danken der Ombudsfrau Sabrina Gremli-Gafner und ihrer Mitarbeiterin Sabine Müller ganz herzlich für die engagierte, sorgfältige und auf die Menschen in Winterthur ausgerichtete Arbeit. Ihr Grundsatz Unparteilichkeit schliesst Empathie nicht aus; es ist nicht nur ein Arbeitsprinzip, sondern ein Wert, der unsere Stadt stärkt. Die Ombudsstelle ist ein wichtiger Pfeiler für ein funktionierendes und vertrauenswürdiges Gemeinwesen. Danke vielmals.

A. Zuraikat (Die Mitte): Der Jahresbericht der Ombudsstelle gehört zu jenen Berichten, die weit über eine reine Rechenschaftsablage hinausgehen. Er zeigt uns, wo unsere Verwaltung gut funktioniert, wo sie an Grenzen stösst und wo Menschen Unterstützung brauchen. Er ist damit auch ein Gradmesser für das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Institutionen.

Im Namen der Mitte-Fraktion danken wir der Ombudsfrau Sabrina Gremli-Gafner und ihrem Team herzlich für die engagierte und unabhängige Arbeit. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu einer bürgernahen und fairen Verwaltung.

Wie es Michi Gross bereits erwähnt hat: Mit 215 Fällen sind im vergangenen Jahr ein neuer Höchststand erreicht worden. Hinzu, das darf man hier noch erwähnen, sind 90 weitere Anfragen gekommen, die oft bereits mit einer kurzen Auskunft oder einer Weitervermittlung erledigt werden konnten. Das zeigt: Die Ombudsstelle wird wahrgenommen und genießt Vertrauen.

Mehr Fälle bedeuten aber nicht automatisch, dass unsere Verwaltung schlechter arbeitet. Die Ombudsfrau weist selbst darauf hin, dass die Bevölkerung heute ihre Rechte besser kennt und den niederschweligen Zugang zur Ombudsstelle nutzt. Das ist grundsätzlich eine positive Entwicklung.

Besonders interessant fanden wir das Interview im Bericht. Dort beschreibt die Ombudsfrau eine Entwicklung, die wir alle beobachten können, dass immer mehr Künstliche Intelligenz genutzt wird – das hat Michi Gross auch erwähnt. Gleichzeitig steckt dahinter oft ein Mensch, dessen eigentliches Anliegen erst im Gespräch sichtbar wird. Das erhöht den Aufwand erheblich für die Ombudsstelle.

Diese Entwicklung ist eine Herausforderung. Sie sollte uns aber nicht dazu verleiten, Künstliche Intelligenz grundsätzlich kritisch zu sehen. Im Gegenteil. Gerade weil KI unseren Alltag verändert, sollten wir uns fragen, wie wir sie sinnvoll einsetzen können. Wenn Bürgerinnen

und Bürger KI nutzen, um ihre Anliegen zu formulieren, dann sollte auch die Verwaltung prüfen, wo KI im Arbeitsalltag unterstützen kann – selbstverständlich verantwortungsvoll und immer unter menschlicher Kontrolle.

Die Ombudsstelle zeigt uns letztlich genau das: Technologie kann unterstützen, aber sie ersetzt weder Erfahrung noch Empathie. Deshalb sollten wir KI nicht als Bedrohung verstehen, sondern als Werkzeug, das richtig eingesetzt einen echten Mehrwert schaffen kann – auch für unsere Verwaltung.

Sehr wichtig ist die Unabhängigkeit der Ombudsstelle. Sie bestätigt dort das Verwaltungshandeln, wo korrekt gearbeitet worden ist, und sie interveniert dort, wo Verbesserungen nötig sind. Gerade diese ausgewogene Haltung macht ihre Arbeit auch glaubwürdig.

Der Bericht zeigt aber auch, dass die Belastung der Ombudsstelle steigt. Die Zahl der pendenten Fälle hat zugenommen und die einzelnen Dossiers werden komplexer. Deshalb müssen wir auch künftig darauf achten, dass die Ombudsstelle über ausreichende Ressourcen verfügt, um ihre Aufgabe weiterhin mit der gewohnten Qualität wahrnehmen zu können.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, eine Demokratie lebt vom Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger. Dieses Vertrauen entsteht dort, wo Menschen ernst genommen werden, wo Verwaltung transparent handelt und wo es unabhängige Stellen gibt, die vermitteln und Brücken bauen.

Die Ombudsstelle erfüllt genau diese Aufgabe – mit hoher Fachkompetenz, mit Augenmass und mit Menschlichkeit.

Dafür gebührt Frau Sabrina Gremli-Gafner und ihrem Team unser herzlicher Dank und unsere Anerkennung. Wir von der Mitte-Fraktion nehmen den Tätigkeitsbericht positiv zur Kenntnis. Vielen Dank.

F. Kramer-Schwob (EVP/EDU): Mit KI kann man zwar schon besser begründen, warum man Recht hat. Aber das führt halt noch längst nicht dazu, dass man gehört wird und die offene Frage auch wirklich geklärt wird.

Danke vielmals an die Ombudsstelle, dass sie sich stetig dafür einsetzen, dass Missverständnisse geklärt und Fehler auch korrigiert werden können. Und danke vielmals in dem Sinne für den Einsatz für Gerechtigkeit für unsere Stadt. Und danke vielmals auch an die Verwaltung, welche mit der Ombudsstelle gut zusammenarbeitet und sich investiert, um von ihrer Seite die Sachverhalte zu klären.

M. Zundel (Stv. M. Bachmann (Grüne/AL)): Ich halte dieses Votum oder diese Würdigung im Namen von Miguel Bachmann.

An dieser Stelle gilt unser Dank Frau Gremli-Gafner und ihrem Team von der Ombudsstelle Winterthur. Eine solche Arbeit umsichtig, empathisch und lösungsorientiert zu leisten, erfordert hohe Resilienz, Ausdauer und eine konstruktive Haltung.

Für mich ergeben sich aus dem Bericht folgende Fragestellungen:

Wie kann das Parlament die Ombudsstelle prozessorientiert unterstützen, gerade mit Blick auf die steigenden Herausforderungen durch den zunehmenden Gebrauch von Künstlicher Intelligenz? Was laut der Ombudsstelle zugleich ein Zeichen dafür ist, dass durch die Nutzung von KI auch der Zugang zur Ombudsstelle vereinfacht wird und sich somit mehr Menschen auch melden.

Inwiefern beeinflusst diese zunehmende Komplexität durch KI auch die Zahl der pendenten Fallbearbeitungen, die Ende 2025 bei 32 Fällen lag? Hier muss die Stadt meines Erachtens präventiv und vorausschauend handeln, damit diese Zahl nicht weiter ansteigt. Gleichzeitig handelt es sich hier um eine nationale Entwicklung, welche die gesamte Nation künftig vermehrt beschäftigen wird.

Auffällig ist zudem, dass die meisten Fälle aus den Bereichen Soziales sowie Schule und Sport kommen. Das lässt aus meiner Sicht zwei Interpretationen zu: Entweder brauchen unsere Verwaltungsorgane in diesen Bereichen mehr Unterstützung. Oder aber die soziale Ungleichheit nimmt auch in Winterthur zu, so dass sich mehr Bürgerinnen und Bürger aus einem Gefühl der Ohnmacht heraus an die Ombudsstelle wenden.

Unabhängig von dieser Auslegung ist davon auszugehen, dass diese Zahlen künftig weiter zunehmen werden. Auch weil unsere Stadt wächst.

So oder so muss für uns hier im Saal klar sein, dass die Ombudsstelle eine wichtige Brückenbauerin zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung ist. Sie schafft Vertrauen, vermittelt in schwierigen Situationen und stärkt damit das Zusammenleben in Winterthur. Dafür verdient sie von uns volle Wertschätzung und Unterstützung.

A. Steiner (i.V. J. Guddal (GLP)): Die Ombudsstelle leistet wertvolle Arbeit für den niederschweligen Zugang zum Recht. Dass die Fallzahlen auf 215 gestiegen sind, sehen wir nicht als Zeichen einer schlechteren Verwaltungsqualität – im Gegenteil: Die Ombudsstelle ist bekannt, die Hürde tief zu halten, damit die Bevölkerung auch kommt, wenn sie ein Problem hat. Das ist gut so.

Bemerkenswert ist der Hinweis auf KI-gestützte Eingaben. Wenn Personen, die kaum Deutsch sprechen, professionell formulierte Rechtsschriften einreichen, verändert das (wie es auch schon gesagt wurde) die Vermittlungsarbeit grundlegend. Das Parlament wird sicher im nächsten Jahr, in den nächsten zwei, drei Jahren, diese Entwicklung im Auge behalten müssen – insbesondere auch, was die Ressourcen betrifft.

Wir danken ebenfalls der Ombudsstelle ganz herzlich für die geleistete Arbeit und beantragen positive Kenntnisnahme.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion dankt der Ombudsstelle unter der Leitung von Sabrina Gremli für ihre engagierte Arbeit im letzten Berichtsjahr und für die Vorlage des Jahresberichts. Wir nehmen ihn zustimmend zur Kenntnis.

Mit der Darstellung einer wirklich grossen Zahl von behandelten Fällen gibt Sabrina Gremli einen interessanten Einblick in das wirklich sehr breite Spektrum an Sachverhalten, die zur Ombudsstelle getragen werden. Die Zahl der Fälle hat zugenommen (das wurde jetzt schon mehrfach gesagt in der Diskussion), nicht nur im Vergleich zum Vorjahr, sondern jedes Jahr kontinuierlich seit 2021 (das kann man in der Tabelle im Bericht nachlesen). Sabrina Gremli weist im Bericht zu Recht darauf hin, dass die Zunahme der Fälle nicht automatisch bedeute, dass in der Verwaltung schlecht gearbeitet werde. Es könne auch bedeuten, dass Ombudsstelle besser bekannt sei und die Bevölkerung besser informiert sei, wie sie die Rechte wahrnehmen müsse. Nichtsdestotrotz muss man diese Entwicklung im Auge behalten, zumal der Aufwand der Bearbeitung aufgrund von KI-gestützten Eingaben gestiegen ist, wie Sabrina Gremli im Bericht ausführt.

Die FDP-Fraktion wünscht der Ombudsstelle weiterhin viel Erfolg an dieser Schnittstelle zwischen Einwohner und Einwohnerin einerseits und Verwaltung anderseits.

M. Gnesa (SP): Der Bericht der Ombudsstelle ist gewohnt spannend und liest sich sehr gut. Durch die Auswahl an Beispielen aus der täglichen Arbeit der Ombudsstelle zeigt sich, wie breit gefächert und wie unterschiedlich und teilweise komplex die Fragestellungen sind. Es fällt auf, dass die Anzahl Fälle von Inanspruchnahme der Ombudsstelle zunimmt, was überall in der Schweiz beobachtet wird. Es zeigt sich: Die Ombudsstelle stösst auf reges Interesse, ist eine wichtige Institution und wird gebraucht.

Wir danken Sabrina Gremli-Gafner und ihrem Team für die sehr gute Arbeit. Wir nehmen den Bericht positiv zur Kenntnis.

Parlamentspräsident S. Kocher: Besten Dank. Damit haben sich die Voten aus dem Plenum erschöpft. Ich schaue zum Stadtrat – da meldet sich niemand zu Wort.

Wir kommen zur Abstimmung. Auch hier geht es um zustimmende oder ablehnende Kenntnisnahme.

A = Zustimmend, B = Ablehnend.

Abstimmungsergebnis: Mit 50:0 haben wir auch hier eine einstimmig zustimmende Kenntnisnahme.

An dieser Stelle möchte ich Sabrina Greml-Gafner herzlich offiziell hier im Stadtparlament begrüßen. Auch Du darfst oder möchtest noch ein paar Worte an das Parlament richten. Herzlich willkommen am Rednerpult.

S. Greml-Gafner: Ich danke ganz herzlich für das Vertrauen und die wohlwollenden Worte – das geht runter wie Honig. Im Editorial zum Jahresbericht habe ich geschrieben, dass konstruktive Lösungen entstehen können, wenn unterschiedliche Seiten einander zuhören können. Und in diesem Sinne danke ich deshalb der Stadtverwaltung sehr für die gute Zusammenarbeit und auch für den Willen, gemeinsam tragfähige Lösungen zu suchen. Aber am allermeisten möchte ich heute meiner Mitarbeiterin Sabine Müller danken, und zwar, weil sie stets guten Mutes ist und ihren Humor immer behält, auch wenn – wie jetzt mehrfach gesagt wurde – die Fallzahlen markant angestiegen sind und immer komplexer werden. Danke.

10. Traktandum

Parl.-Nr. 2026.50: Tätigkeitsbericht 2025 der Datenschutzstelle

Parlamentspräsident S. Kocher: In Anbetracht dessen, dass wir gesagt haben, wir seien ein familienfreundliches Parlament und dass Tobias Naef seine Kinder ins Bett bringen musste oder durfte und heute Abend nicht mehr zurückkommen wird, schlage ich vor, dass wir dieses Traktandum auf die nächste Sitzung verschieben. Gibt es da etwas, das dagegen spricht? – In diesem Fall verschieben wir das Traktandum 10 auf die Sitzung vom 6. Juli. Besten Dank.

11. Traktandum

Parl.-Nr. 2026.52: Geschäftsbericht 2025 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur

Parlamentspräsident S. Kocher: Geschäftsbericht 2025 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur. Ich übergebe das Wort Gabi Stritt, welche im Namen von Benedikt Oeschger dieses Geschäft kurz vorstellt.

G. Stritt (i.V. B. Oeschger (SSK)): Ich verlese das Votum, das mir Benedikt Oeschger als Referent vorgängig zugeschickt hat. Die SSK hat den Geschäftsbericht von der Sozialhilfebehörde mit Nicolas Galladé in der Doppelrolle als Präsidenten der Sozialhilfebehörde und Sozialvorsteher und Beat Friedländer als Vizepräsident vorbesprochen. Im Namen der SSK danke ich den Mitgliedern der Sozialhilfebehörde für ihre Arbeit im Geschäftsjahr 2025. Auch weil wir heute die Sozialhilfebehörde für die neue Legislatur gewählt haben und auch einige neue Parlamentsmitglieder unter uns haben, stelle ich die Sozialhilfebehörde in wenigen Sätzen vor: Die Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur ist eine eigenständige Kommission gemäss Gemeindegesetz des Kanton Zürich. Als Exekutivorgan legt sie die strategische Ausrichtung der Sozialhilfe fest. Die Sozialhilfebehörde beschliesst die Unterstützungsrichtlinien für die Bemessung und die Ausrichtung der Sozialhilfe. Sie ist auch die Aufsichtsbehörde der Sozialhilfe und führt zu diesem Zweck Dossierprüfungen mit den fallführenden Sozialarbeitenden durch. Und die Sozialhilfebehörde ist Entscheidungsinstanz für Begehren auf Neu Beurteilung von Sozialhilfeentscheiden. Die Behörde tagt siebenmal pro Jahr und wird bei ihrer Tätigkeit von einer Geschäftsstelle unterstützt. Im Geschäftsjahr 2025 stand das Thema «Wohnen» auch in der Sozialhilfebehörde im Fokus. Die Sozialhilfebehörde hat im letzten Jahr die Mietzinsrichtlinien erneut erhöht. Auch

schon im Jahr 2024 musste man die Mietzinsrichtlinien anpassen. Dabei orientierte sich die Sozialhilfebehörde eng an den Empfehlungen der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

Die SKOS selbst berät über Anpassungen der SKOS-Richtlinien (das ist die Orientierungshilfe in der Sozialhilfe). Dort hat sich die Sozialhilfebehörde in der Vernehmlassung eingebracht. In diesem Zusammenhang erwähne ich auch aus Aktualität, dass die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren im Mai beschlossen hat, den Grundbedarf für Kinder und Jugendliche um monatlich 50 Franken zu erhöhen.

Die Sozialhilfebehörde hat sich im vergangenen Jahr auch intensiv mit den eigenen Prozessen auseinandergesetzt. Vor zwei Jahren hat sie nämlich den Entschluss gefasst, verschiedene Optimierungspotentiale in der Organisation zu prüfen und hat im letzten Jahr einen Pilot durchgeführt. Daraus entstanden ist, dass man ein Fokusthema auswählt. Jedes Jahr möchte sich die Sozialhilfebehörde in ein Thema vertiefen und dieses Thema beleuchten. Letztes Jahr stand das Thema «Wohnen» im Zentrum.

Aus diesem Grund und weil man das Fokusthema ins Zentrum gestellt hat, konnte man ein bisschen weniger Dossierprüfungen durchführen. Zu den im Bericht beigelieferten Kennzahlen ist es so, dass sich sowohl die Sozialhilfefälle wie auch die Rückforderungsquote für unrechtmässig bezogene Sozialhilfe im Zahlenraum der letzten zwei Jahren bewegen. Beitragsmässig hat man im letzten Jahr wieder etwas mehr zurückfordern können als in anderen Jahren. Und auch der Median der Rückforderungen befindet sich auf einem 5-Jahres-Hoch. Der Bezirksrat, der im Auftrag des Regierungsrates die Oberaufsicht ausübt, hat im Geschäftsjahr 2025 eine Revision vorgenommen. Sein Fazit: Die Sozialhilfe in Winterthur ist «sehr professionell mit aktiver strategisch orientierter Bewirtschaftung der Tätigkeitsfelder» aufgestellt.

Damit möchte ich schliessen. Die SSK bedankt sich bei den Mitgliedern von der Sozialhilfebehörde und beantragt, dem Antrag zur Kenntnisnahme des Geschäftsberichts 2025 zu folgen. Danke.

Parlamentspräsident S. Kocher: Wie angekündigt ist das ein Geschäft ohne Diskussion. Ich frage noch Nicolas Galladé, ob er etwas sagen möchte? – Dann kommen wir direkt zur Abstimmung.

A = Zustimmende Kenntnisnahme, B = Ablehnende Kenntnisnahme.

Abstimmungsergebnis: Mit 50:0 ist auch hier einstimmig zustimmende Kenntnisnahme.

12. Traktandum

Parl.-Nr. 2026.6: Umsetzung der Motion betr. «Überführung des Münzkabinetts in eine gemeinnützige Trägerschaft» (Parl.-Nr. 2022.13); Erlass einer Verordnung zur Überführung des Münzkabinetts und der Antikensammlung in eine «LightForm» im Sinn des Motionsberichts

Parlamentspräsident S. Kocher: Umsetzung der Motion betreffend «Überführung des Münzkabinetts in eine gemeinnützige Trägerschaft» (Parl.-Nr. 2022.13); Erlass einer Verordnung zur Überführung des Münzkabinetts und der Antikensammlung in eine «LightForm» im Sinn des Motionsberichts.

D. Roth-Nater (BSKK): Die Umsetzung der Motion betreffend «Überführung des Münzkabinetts in eine gemeinnützige Trägerschaft» hat die parlamentarische Nummer 2022.13, schon ein älteres Geschäft; der Erlass einer Verordnung zur Überführung des Münzkabinetts und der Antikensammlung in eine «LightForm» im Sinn des Motionsberichts.

Eine kurze Rückblende:

2015: Vor mehr als 10 Jahren wurde der Bericht Raschèr gemacht und hat damals Klarheit verschafft. Klarheit verschafft; aber das war nicht gleichzustellen mit einer grundsätzlichen Zufriedenheit.

Im 2022 wurde vom Parlament der Auftrag an den Stadtrat gegeben, im Rahmen des FAP Zeitraums 2022 – 2024 eine Strategie «Münzkabinett light» auszuarbeiten, mit der Berücksichtigung von Einsparungen von 60'000 Franken.

Das Konzept «Münzkabinett light» besteht im Kern darin, den klassisch musealen Ausstellungsbetrieb zu konzentrieren und zu optimieren zugunsten eines verstärkten Schwerpunkts auf digitalisierte, vermittelnde und dienstleistungsorientierte Formate und auch auf Kooperationen.

Weiter geht es im 2024. Dann war es klar: Das Münzkabinett bleibt bei der Stadt. Und der weitere Auftrag wurde mit der einstimmigen Erheblichkeitserklärung durch das Parlament an den Stadtrat gegeben: Ein Neuerlass oder die Änderung der bestehenden rechtlichen Bestimmungen, um das Münzkabinett und die Antikensammlung in eine Light-Form im Sinne des Berichts zu überführen.

Weiter ging es zwei Jahre später, im März 2026. Das Geschäft kam wieder in die BSKK und wir beschäftigten und damit nochmals eine Handvoll Lesungen.

Das Münzkabinett steht seit April 2024 unter neuer Leitung. Diese Leitung hat unter den erwähnten Rahmenbedingungen einen Fünfjahresplan erstellt. Dieser stellt sicher, dass die strategischen Ziele «Relevanz», «Sichtbarkeit» und «Wirksamkeit des Hauses durch Innovation, Drittmittel und Kooperationen» trotz des bestehenden Kostendachs erreicht werden können. Zur Erreichung dieser Ziele sind die hier aufgelisteten Handlungsfelder definiert und Massnahmen ergriffen worden.

Die Umsetzung des Konzepts «Münzkabinett light» hat den Anspruch, die Nettokosten des regulären Betriebs auf tieferem Niveau zu stabilisieren, nämlich bei rund 650'000 Franken, bzw. den Kostendeckungsgrad zu verbessern (das sieht man auch auf der Tabelle). Der Startschuss für die Umsetzung des Konzepts ist bereits 2021 erfolgt.

Und jetzt sind wir beim Heute. In Umsetzung des Auftrags sind mit dem Neuerlass einer Rechtsverordnung die Grundlagen und die Rahmenbedingungen für den Betrieb vom Münzkabinett und der Antikensammlung festgelegt worden. Und an dem haben wir nachher herumdiskutiert in der BSKK.

In den halbdutzend Lesungen ist die zuständige Kommission zum Schluss gekommen, dass es die Rechtsverordnung so nicht braucht. Dass der Stadtrat sich klar positioniert und das Vertrauen der Kommission gewonnen hat. Mit der Umsetzung des Light-Modells wurde das also jetzt nach langem Hin und Her und vielen Diskussionen erreicht. Somit kann die Motion als erledigt gelten.

Die BSKK empfiehlt deshalb einstimmig dem Stadtparlament die Abschreibung.

Nach wie vor ist es so, dass das Münzkabinett und die Antikensammlung, gestützt auf Artikel 8 der Verordnung über die Kulturförderung, weiterhin in der Abteilung im Amt für Kultur des Departements Präsidiales geführt werden.

Danke vielmals.

M. Lischer (Grüne/AL): Manchmal passiert bei parlamentarischen Vorstössen eine überraschende Wende. So war es bei uns in der BSKK bei der Beratung dieser Vorlage.

Wir haben es gehört: Das Stadtparlament hatte ja am 4. März 2024 den Vorschlag des Stadtrates gutgeheissen, das Münzkabinett in eine «Light-Form» zu überführen. Wir von den Grünen hätten es begrüsst, wenn jetzt auch der stadträtliche Erlass eine Mehrheit finden würde, also so wie er in der Weisung steht. Das «Münzkabinett light» hätte damit eine passende rechtliche Verankerung und die Diskussionen hätten sich beruhigen können. Das wäre ein schöner Abschluss.

Es ist aber leicht anders gekommen. Es hat sich herausgestellt, dass der Erlass zwar durch das Parlament geändert werden kann, dass er aber gar nicht zwingend ist. Auch ohne Erlass kann das Münzkabinett und die Antikensammlung in seiner neuen Form weitergeführt werden. Und das ist gut und wichtig.

Denn das Münzkabinett ist nicht einfach eine Münzsammlung, so wie manch älteres Ratsmitglied - ich eingeschlossen – sich in Kinder- und Jugendjahren eine Briefmarken- oder Münzsammlung angelegt hat. Das Münzkabinett ist viel mehr. Nur schon der Name deutet darauf hin: Ein Kabinett ist gemäss Wikipedia eine wissenschaftliche Sammlung von historischen Münzen, Medaillen, Banknoten, Siegeln und historischen Prägestempeln. Solche Einrichtungen fungieren als eigenständige Museen, Archive oder sind als Spezialsammlungen in grösseren kulturhistorischen Museen integriert. Sie dienen der Erforschung der Geldgeschichte sowie der Aufbewahrung wertvoller numismatischer Objekte.

Das alles trifft auch auf das Winterthurer Münzkabinett zu, sogar dass es ein eigenständiges Museum ist. Und wie jedes gute Museum bietet auch das Münzkabinett Winterthur ein breites Vermittlungsangebot an mit Workshops für Kinder und Jugendliche sowie öffentlichen Führungen, Museumskonzerte und Veranstaltungen für alle. Gerade die schulischen Angebote werden bekanntlich rege genutzt. Zudem hängt die Geschichte der Sammlungen unmittelbar mit der Geschichte der Stadt Winterthur als Industrie- und Handelsstandort und ihrer mäzenatischen Tradition zusammen.

Für uns von der Grünen/AL-Fraktion ist es wichtig, dass die Stadt ihren Auftrag als Bewahrerin ihres Kulturerbes wahrnimmt. Wir haben darum vor zwei Jahren der Umsetzung als «Münzkabinett light» mit Überzeugung zugestimmt. Im heutigen Zeitpunkt ist es jetzt wichtig, dem neuen Konzept eine Chance zu geben, dass es zeigen kann, dass es sich bewährt. Mit den Ausstellungen, in der Vermittlung und auch finanziell, wo das Ziel gesetzt worden ist, den Nettoaufwand auf jährlich 650'000 Franken zu begrenzen.

Gern würden wir dem heute vorliegenden stadträtlichen Antrag ebenfalls zustimmen, so wie er ursprünglich formuliert wurde - wenn er dann eine Mehrheit auf sicher hätte. Das scheint jedoch nicht der Fall zu sein. Darum haben wir uns für die zweitbeste Lösung entschieden und verzichten auf den Erlass. Somit stimmen wir dem Kommissionsantrag zu und lehnen den Antrag des Stadtrats ab. Die Motion soll aber trotzdem abgeschrieben werden.

V. Muster (SP): Zuerst bedanke ich mich bei Daniela für die Präsentation der Motion. Und ich möchte mich auch Maria gleich anschliessen.

Das Münzkabinett ist ein wertvoller Bestandteil unseres kulturellen Erbes und geniesst in wissenschaftlichen Kreisen ein enormes Ansehen. Die Sammlung hat nicht nur historische Bedeutung, sondern spielt auch eine wichtige Rolle in der Vermittlung. Gerade als spezialisiertes Nischenmuseum funktioniert es auch ohne zusätzliche Regulierung sehr gut.

Wir lehnen die Verordnung heute ab. Eine zusätzliche Verordnung bringt aus unserer Sicht keinen Mehrwert.

C. Mancuso (FDP): Die FDP-Fraktion ist mit dem Konzept des «Münzkabinetts light» sehr zufrieden. Es überzeugt uns, weil es den kulturellen und historischen Ansprüchen Rechnung trägt und gleichzeitig die Kosten in einem vertretbaren Rahmen hält. Damit wird eine ausgewogene Lösung präsentiert, die sowohl den Bedürfnissen der Bevölkerung als auch den finanziellen Möglichkeiten der Stadt gerecht wird.

Verwundert hat uns hingegen, dass die vom Departement sorgfältig erarbeitete Verordnung verworfen wurde. Dadurch fehlt nun eine rechtlich tragfähige Grundlage, welche die Umsetzung der Anliegen langfristig absichert. Aus Sicht der FDP ist dies bedauerlich.

Wir hoffen deshalb, dass sich das Münzkabinett und das zuständige Departement auch ohne entsprechende Verordnung weiterhin an den Willen des Parlaments und die in der Motion formulierten Anliegen halten werden.

Besten Dank.

J. Ehrbar (SVP): Das Münzkabinett ist ein wertvoller Bestandteil der Winterthurer Museumslandschaft und soll das auch künftig bleiben und seinen Auftrag erfüllen können. Daran besteht für uns kein Zweifel.

Wir sind zufrieden, wie das Anliegen «Münzkabinett light» umgesetzt wurde. Der Stadtrat hat aufgezeigt, wie er das Münzkabinett weiterentwickeln möchte und wie es geführt werden soll. Dieser Weg ist nachvollziehbar, zweckmässig und entspricht unseren Vorstellungen.

Wir sehen dadurch aber keinen Bedarf mehr für eine Verordnung. Nicht jede Aufgabe der Stadt muss bis ins Detail in einer Verordnung geregelt werden. Entscheidend ist, dass das Münzkabinett seine Aufgaben erfüllen kann – und dafür bietet die Überführung in ein «Münzkabinett light» eine gute Lösung und eine ausreichende Grundlage.

Die SVP-Fraktion lehnt die Verordnung ab.

N. Holderegger (GLP): Wir alle wissen es, wir haben es auch mehrfach gehört: Das Münzkabinett ist nicht irgendetwas, irgendeine Institution, von denen wir in Winterthur als Kulturstadt ja viele haben. Sondern es ist eben ein äusserst wertvolles Kulturgut von Weltrang, das aber leider (und das wissen wir auch) ausserhalb der Fachwelt – dieser Numismatik – nur wenig Publikum an sich ziehen kann; dafür aber relativ viele Kosten generiert.

Diese Ausgangslage – wir haben es auch gehört – führte 2022 zur Motion «Überführung des Münzkabinetts in eine gemeinnützige Trägerschaft». Sie führte insbesondere auch dazu, dass der Stadtrat ein das Konzept «Münzkabinett light» entwickelte und dieses Konzept seit 2022 implementierte.

An der Parlamentssitzung vom 20. März 2023 hat das Parlament diese Motion erheblich erklärt. Und nachdem es in der Folge zu einem Rückkommensantrag der FDP kam, erklärte das Stadtparlament die Motion «Überführung des Münzkabinetts in eine gemeinnützige Trägerschaft» für erheblich und beauftragte den Stadtrat, innert zwei Jahren einen Neuerlass oder die Änderungen von bestehenden rechtlichen Bestimmungen vorzulegen, um das Münzkabinett und die Antikensammlung in eine Light-Form im Sinne des Motionsberichts zu überführen.

Der Stadtrat ist mit der vorliegenden Weisung seinem Auftrag innert Frist nachgekommen. Nachdem aber die vom Stadtrat vorgelegte Weisung bereits in der BSKK keine Mehrheit fand (die einzelnen Gründe muss ich heute nicht mehr ausführen), beantragt die GLP-Fraktion die Ablehnung von Antrag 1 bis 3 der Weisung und auch die Abschreibung dieser Motion.

Aus Sicht der GLP-Fraktion sind aber folgende Feststellungen wichtig:

1. Die Motion, welche eben die GLP initiiert hat, hat dazu geführt, dass beim Münzkabinett eine Auslegeordnung gemacht worden ist, die dann in dem «Münzkabinett light» mündete, für das, wie wir heute gehört haben, viele Fraktionen Zustimmung signalisierten.
2. Das «Münzkabinett light», dieses Konzept, führte dazu, dass die Kosten gesenkt werden konnten, welche das Münzkabinett pro Jahr generiert – und das sind immer noch 650'000 Franken, eine Stange Geld.
3. Die Kosten haben sich nun bei 650'000 Franken pro Jahr eingependelt. Nun ist es Sache des Parlaments, im jährlichen Budgetprozess darum besorgt zu sein, dass diese 650'000 Franken eingehalten werden, dass das nicht überschritten wird.
4. Es ist Sache des Stadtrates, das «Münzkabinett light» weiter zu verfolgen und dafür besorgt zu sein, dass Chancen, die möglicherweise zu weiteren Kostenreduktionen führen können, ergriffen werden können.

Die GLP-Fraktion dankt Gunnar Dumke, dem Leiter des Münzkabinetts, und seinem Team für die engagierte Arbeit und dem Stadtrat für die Vorlage und Weiterverfolgung des «Münzkabinett light» sowie für die Einhaltung der 650 Franken – äh, schön wäre es! - 650'000 Franken pro Jahr.

Besten Dank. Damit habe ich geschlossen.

I. Kuster (Die Mitte): Das Münzkabinett hat in der Vergangenheit den Steuerzahler viel Geld gekostet. Abgesehen von den Schulklassen ist es leider von der Bevölkerung nicht überrannt worden. Und Nicole hat es gesagt: Es fand besonders in der Fachwelt grosse Anerkennung. In der Motionsantwort vom 14. September 2022 wurden viele Gründe aufgeführt, wieso ein Stiftung keinen Sinn macht; dass sonst niemand (weder der Bund noch der Kanton) das Museum übernehmen will. Und die Frage dahinter ist ja: Ist dieses Münzkabinett wirklich eine städtische Aufgabe? Und so ist dann die Variante «Münzkabinett light» ins Spiel gekommen. Eine Verordnung wurde uns vorgelegt, aber eine Verordnung, die aus unserer Sicht nicht mehr notwendig ist. Und es ist so, dass das «Münzkabinett light» auch ohne Verordnung bereits umgesetzt wird.

Wir von der Mitte werden weiterhin die Entwicklung des «Münzkabinett light» kritisch, aber konstruktiv verfolgen. Und wir stimmen der Ablehnung der Verordnung zu und der Abschreibung der Motion auch. Danke.

D. Roth-Nater (EVP/EDU): Die Entwicklung der pragmatischen Lösung «Münzkabinett light» hat die Ziele der Motion erfüllt: Erhalt der historischen Sammlung und Stärkung der Bildungsarbeit sowie sogar eine Kostensenkung. Die vom Stadtrat vorgelegte Verordnung, wie wir es jetzt schon mehrmals gehört haben, keine Mehrheit gefunden. Sie hat den Anforderungen der BSKK nicht entsprochen. Aber trotzdem danke vielmals für die Umsetzung dieses Light-Modells. Es ist sauber ausgearbeitet und das hat überzeugt. Und deshalb können wir auch zustimmen, diese Motion als erledigt abzuschreiben. Und eine Verordnung ist dafür gar nicht nötig, darüber waren wir uns dann bei der Schlussabstimmung in der Kommission auch einig. Wir von der EVP/EDU unterstützen die Abschreibung der Motion. Danke an Gunnar Dumke und an den Stadtrat für seine Arbeit.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich möchte mich herzlich bedanken bei Daniela bedanken für das Vorstellen dieser Vorlage; kurz und bündig, aber das Wichtigste gesagt. Wir haben tatsächlich, nach vielen Anläufen, das Münzkabinett «anzugreifen» (ich sage das jetzt mal so), die Variante «Münzkabinett light» gefunden und diese ist – wenn nicht sogar einstimmig – verabschiedet worden. Man hat dort noch den Auftrag gegeben, eine Verordnung zu machen. Das hatte damals seine Gründe. Wir haben das gemacht – aber wir selbst waren auch nicht überzeugt von dieser Verordnung. Und deshalb sind wir sehr froh, dass wir in den Diskussionen gesehen haben: Es braucht sie gar nicht. Mit den Punkten, die darin geklärt werden mussten, verweise ich auch auf die Kulturförderverordnung, wo wir mit dem Artikel 8 darauf hinweisen, dass wir eigene Betriebe haben. Und das zweite ist, und das ist halt auch ganz wichtig, dass wir nicht über diese 650'000 Franken gehen. Das haben wir auch intern besprochen. Es ist wirklich so: An diesen 650'000 Franken orientieren wir uns und Gunnar Dumke weiss das ganz genau und achtet mit Sperrbergen darauf, dass man das einhalten kann und nicht darüber hinausschiesst. Wer vor zwei Wochen an der Eröffnung war: Da haben sich nicht nur ein paar wenige dorthin verirrt. Das war voll. Das war ein totaler Erfolg. Und das sind die Momente, wo man diese Numismatik-Szene sieht und spürt. Jawohl, es ist nicht alle Welt, die dort ist. Aber wir haben aufgezeigt, mit dem Bericht Raschèr, dass wir nicht einen freien Handlungsspielraum haben, was wir mit dieser Sammlung machen. Das kann man nicht einfach weitergeben oder irgendwie anders organisieren oder so; das geht eben nicht. Das steht in diesem Bericht. Ich bin sehr dankbar für alle diese Voten, die ich heute Abend gehört habe zum Münzkabinett, unter diesem Konzept «Münzkabinett light». Das ist ein sehr wichtiges Museum, das wir haben. Und es hat es verdient, dass man auch einmal dorthin geht. An dieser Ausstellung habe ich einzelne Leute gesehen vom Parlament, das hat mich sehr gefreut. Geht weiterhin dorthin – es ist abgesehen davon auch von der Architektur her eine Reise wert dorthin. Danke Euch vielmals. Ich glaube, das war mein letztes Votum. Ich wünsche Euch alles Gute. Danke.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke vielmals, Mike. Dann kommen wir zu den Abstimmungen. Wir werden da jeweils einzeln darüber abstimmen, zuerst über die Verordnung und im Anschluss dann über die Abschreibung.

A = Zustimmung zur Verordnung, B = Ablehnung der Verordnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 42:8 wird diese Verordnung abgelehnt.

Bei der zweiten Abstimmung geht es um die Abschreibung.

A = Zustimmung zur Abschreibung der Motion 2022.13, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 43:0 bei 7 Enthaltungen gibt es eine Zustimmung zur Abschreibung der Motion.

Somit braucht es keine dritte Abstimmung, welche noch hätte über die Inkraftsetzung entscheiden müssen.

13. Traktandum

Parl.-Nr. 2026.31: Verpflichtungskredit von Fr. 1'980'000 für die Erstellung eines Kunstrasenfeldes auf der Sportanlage Steinacker (Projekt-Nr. 5013010)

Parlamentspräsident S. Kocher: Verpflichtungskredit von Fr. 1'980'000 für die Erstellung eines Kunstrasenfeldes auf der Sportanlage Steinacker (Projekt-Nr. 5013010). Ich gebe das Wort dem zuständigen Referenten, Christian Della Sega.

Ch. Della Sega (BSKK): Ich darf das Geschäft Kunstrasen Steinacker vorstellen. Kurz um was es geht: Die Situation, die wir haben, ist so, dass wir immer mehr Bevölkerung haben in der Stadt Winterthur. Wir haben immer mehr Kinder und Jugendliche, die Sport machen wollen. Mehr Platz haben wir nicht. Und aus diesem Grund entstand dieses Geschäft, denn irgendwo müssen wir mehr Möglichkeiten schaffen, dass diese Kinder und Jugendlichen ihren Sport ausüben können.

Da haben wir eine Übersicht im Steinacker. Man sieht da ganz oben, dass es um diesen Platz geht. Da sollte jetzt ein Kunstrasen kommen. Dann sehen wir da hinten das Schulhaus Steinacker und da sind die Garderoben, die wir haben. Das ist grob die Übersicht dieses Platzes.

Wenn wir weitergehen, dann sehen wir, wie es genutzt wird. Der FC Phönix nutzt mit rund 500 Mitgliedern diesen Platz. Wir haben auch gehört, dass da etliche Jugendliche (um die 100) gerne Sport betreiben möchten, es gibt sogar Wartelisten, dass man gerne Fussball spielen möchte. Und diese Kinder bekommen keinen Zugang, weil man zu wenig Platz hat, um zu trainieren.

Die Entwicklung des ganzen Rasenplatzes: Man müsste zusätzliche fünf Normplätze haben. Das können wir nicht machen. Aus diesem Grund hat die Stadt den Vorschlag gemacht mit dem Kunstrasen. Das hat den Vorteil, dass man einen Kunstrasen drei Mal länger brauchen kann. Eine normale Wiese geht kaputt, dann kann man sie nicht mehr brauchen – oder man hört vorher auf mit Trainieren, bevor sie kaputt ist. Mit einem Kunstrasen kann man den Platz viel länger nutzen. Weiter hat man auch Konzepte gemacht, dass man die Wiese des Schulhauses ein bisschen als Athletik-Fläche nutzen kann und auch dort mehr Trainingseinheiten anbieten kann.

Dann kommen wir zum Umbau des Kunstrasenprojekts, das ist das, was ich vorhin gesagt habe. Das ist die grosse Wiese, das grosse Feld zur Tösstalstrasse hin. Dort kommt ein Rasenteppich hin. Es braucht eine Bewässerung. Es gibt zum einen eine Bewässerungsanlage, die das Ganze bewässert; es gibt aber auch eine Entwässerung, die es braucht. Und dann gibt es noch Instandstellungsarbeiten und Erhöhung des Netzes (ich nehme an, es geht vor allem um den Bereich hier hinten, damit die Bälle nicht auf die Tösstalstrasse hinausfliegen und dann dort irgendwelche gefährlichen Situationen entstehen).

Dann haben wir bereits schon gebundene Ausgaben, da sind 670'000 Franken vom Stadtrat bewilligt am 15.04. Dabei ging es darum, defekte Ballfangzäune zu reparieren. Dann hatte man Elektroinstallationen, man musste die Beleuchtung anpassen und Erneuerung der Bewässerung beim Hauptplatz.

Hier haben wir die Kostenübersicht. Wir haben auf der rechten Seite das, was vom Stadtrat bereits bewilligt wurde. Hier sind die ganzen neuen Ausgaben, die wir haben. Ein grosser Posten ist sicher der Tiefbau, um den Kunstrasen anzulegen. Und der Kunstrasen selbst, der auch ein bisschen Geld kostet. Dafür muss man nachher nicht mehr pflegen – oder nicht mehr gross pflegen -, ausser bewässern. Es muss kein Rasenmäher darüber. Also ist das eine schlaue Investition, wie ich annehme. Dann haben wir Sanitäranlagen, die auch ein wichtiger Punkt sind, wenn wir mehr Jugendliche auf diesem Platz haben. Wir müssen schauen, dass die Garderoben funktionieren; dass sich die Kinder und Jugendlichen, aber auch Erwachsene, dort entsprechend pflegen können. Schlussendlich sind wir alles in allem bei 2.65 Millionen. 250'000 Franken sollten vom Sportfonds des Kantons zurückkommen.

Die Umsetzung sollte innert 7 – 8 Monaten erfolgen, so dass im Frühling dann dieser Platz fertig ist. Danke schön.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Christian. Dieses Geschäft ist wie angekündigt ohne Diskussion. Ich frage die zuständige Stadträtin Martina Blum: Möchtest Du noch etwas sagen?

Stadträtin M. Blum: Danke vielmals für das Vertrauen. Ich kann wahrscheinlich auch im Namen des FC Phönix, den Kindern in der Schule und im Quartier Danke sagen. Merci vielmals.

Parlamentspräsident S. Kocher: Dann kommen wir zur Abstimmung, Antrag gemäss der Weisung.

A = Zustimmung, B = Ablehnung des Kreditgeschäfts.

Abstimmungsergebnis: Mit 50:0 wird dieses Geschäft einstimmig angenommen.

14. Traktandum

Parl.-Nr. 2026.28: Verpflichtungskredit von jährlich wiederkehrend Fr. 190'000 für die Miete von Räumlichkeiten auf dem Vitusareal für schulische Nutzungen und von einmaligen Fr. 200'000 für deren Erstaussstattung

Parlamentspräsident S. Kocher: Verpflichtungskredit von jährlich wiederkehrend Fr. 190'000 für die Miete von Räumlichkeiten auf dem Vitusareal für schulische Nutzungen und von einmaligen Fr. 200'000 für deren Erstaussattung. Ich gebe das Wort gerne der zuständigen Referentin Maria Lischer.

M. Lischer (BSKK): Ich stelle Ihnen die Kreditvorlage zum «Mietobjekt Vitusareal» vor. Hintergrund ist die Raumsituation im Schulhaus Rosenau, das ist ganz in der Nähe des Vitusareals.

Das Schulhaus hat Kapazität für 15 Sekundarklassen, aktuell hat es da aber 18 Klassen. Die Prognose zeigt, dass im Schuljahr 2027/28 nochmals eine Klasse dazukommt. Das heisst, dieses Schulhaus ist heute schon überbelegt mit drei Klassen, künftig mit vier Klassen. Ausserdem sind die Schulzimmer relativ klein im Vergleich zu den kantonalen Empfehlungen. Da sehen wir, wo das Sekundarschulhaus Rosenau ist (das ist das blau eingekreiste Gebiet). Das Vitusareal ist hier drüben. Das ist nur 6 Gehminuten voneinander entfernt. Das Vitusareal ist Teil des ehemaligen Rieterareals und gehört heute der Firma Allreal. Die Firma Allreal will das Vitusareal längerfristig entwickeln. Bis es soweit ist, gibt es Zwischenutzungen in den bestehenden Gebäuden. Darum vermietet Allreal Flächen auf dem Vitusareal.

Jetzt liegt ein Angebot vor für die Stadt Winterthur, und zwar im Bürotrakt 40. Es geht da um das 1. Obergeschoss. Da kann die Hälfte dieses Geschosses gemietet werden, das sind rund 740 m². Damit kann der Bedarf der Sek Rosenau ab Schuljahr 2027/28 gedeckt werden. In der Weisung hat es noch einen zweiten Plan, vom 2. Obergeschoss. Aber das ist nicht Teil dieser Vorlage.

Die Situation in der Sek Rosenau habe ich Ihnen vorhin schon gezeigt. Jetzt geht es um das Raumprogramm dieser Mietflächen. Da können 3 Klassenzimmer eingerichtet werden, 1 Zimmer für Textiles Gestalten, Gruppenräume, Therapie- und Förderzimmer, 1 Multifunktionsraum und 1 Materialraum.

Damit man diese Schulzimmer einrichten kann, müssen Wände verschoben werden, d.h. ein Mieterausbau ist nötig. Die ehemaligen Büroräume sollen also als Schulraum genutzt werden können. Die Kosten für den Mieterausbau werden von Allreal übernommen, aber sie werden dann zum Mietzins dazugerechnet. Das sind dann um die 34'000 Franken pro Jahr. Diese

Amortisation für den Mieterausbau kommt dann also zum Grundmietzins und zu den Nebenkosten dazu.

Hier sehen wir die Zusammenstellung der Gesamtkosten, die jährlich entstehen. Das ist ein Betrag von 190'000 Franken jährlich.

Jetzt ist die Frage, wie lange diese Miete geplant ist. Die Mietdauer ist vorerst auf 5 Jahre geplant und es gibt zwei Optionen zur Verlängerung, also 2 x 5 Jahre könnte nochmals dazumietet werden.

Und wichtig ist auch zu wissen: Wenn man das Mietobjekt früher zurückgeben würde, würde die Vermieterin Allreal auf Nachforderungen verzichten, wenn noch nicht alles amortisiert ist. Und sie würde auch den Grundausbau so übernehmen, d.h. man muss es nicht mehr wiederherstellen.

Der Mietbeginn ist Frühling 2027 und das Angebot, über das wir heute abstimmen, ist gültig bis am 10. Juli. Deshalb stimmen wir heute im Rat darüber ab.

Der ganze Antrag hat noch einen zweiten Teil, das sind die Investitionskosten für die Schulausstattung. Der Betrag (das ist einmalig) ist 200'000 Franken. Der grösste Posten sind die 140'000 Franken für die Möblierung. Und da tauchte dann auch die Frage auf, ob man das nicht günstiger haben könnte. Es ist so: Wenn man die Weisung liest, dann sieht man, dass da schon sehr viel eingespart wurde, indem man Schulausstattungen von anderen Orten übernehmen kann. Und zudem ist es auch so, dass man, wenn man dieses Mietobjekt nicht mehr braucht, diese Möblierung später auch wieder an anderen Orten verwenden kann. Das Vitusareal ist ja in der Industriezone und Schulen sind darauf zonenfremd. Es braucht eine Ausnahmegewilligung. Es sind aber alle Kriterien erfüllt, damit man eine solche Ausnahmegewilligung erteilen kann.

Eine Frage hat sich dann noch gestellt wegen der Nähe zur Töss oder vielmehr auch, man hat diese Räumlichkeiten und es hat keinen Umschwung. Es ist aber so, dass der Umschwung auch genutzt werden darf.

Zu den Terminen ist es so, das sehen wir hier: Der Parlamentsbeschluss von heute, dann die Baueingabe (erfolgt im August dieses Jahres), der Mieterumbau im Januar 2027 und nächsten Sommer kann dann dieses Objekt bezogen werden.

Da ist noch wichtig zu sehen, dass in der Weisung noch andere Termine drin waren. Es hat sich nun alles ein bisschen nach hinten verschoben und das sind die neuen geltenden Termine.

I. Zusammenfassung:

Der Baubeginn für die Anpassungsarbeiten im Innern ist seitens Eigentümerin ab ~~Sommer 2026~~ *Anfang 2027* geplant und soll im ~~Herbst 2026~~ *Sommer 2027* abgeschlossen sein. Der Mietbeginn wird ~~somit~~ auf Sommer 2026 vereinbart, wobei während der Umbauarbeiten *bis Februar 2027* nur die Nebenkosten geschuldet sind.

Kapitel 4: Der Mietbeginn ist per ~~13. Juli~~ *1. August 2026* vereinbart.

Wir stimmen heute also ab über den Verpflichtungskredit, der aus zwei Anträgen besteht.

Beim Antrag 1 geht es um einen jährlichen Mietzins von 190'000 Franken für Raummiete.

Beim Antrag 2 geht es um eine einmalige Erstaussstattung der Räume in der Höhe von 200'000 Franken.

Bei uns in der BSKK fand diese Vorlage Zustimmung mit 9:0 Stimmen.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Maria. Auch dieses Geschäft war ohne Diskussion angekündigt. Ich frage noch die zuständige Stadträtin Martina Blum: Möchtest Du noch etwas sagen?

Stadträtin M. Blum: Danke vielmals. Ich freue mich sehr, dass wir dem Parlament eine innovative Lösung vorschlagen können mit einer sinnvollen Zwischennutzung auf dem Industrieareal. So bleiben wir flexibel mit der Mietlösung, so dass wir dem temporären Anstieg der Schülerinnen- und Schülerzahlen flexibel begegnen können, und es schafft uns damit auch Entlastung im Sanierungsprojekt Rosenau. Vielen Dank für Ihre Zustimmung.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Martina. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir werden über beide Anträge gleichzeitig abstimmen gemäss Weisung.

A = Zustimmung, B = Ablehnung des gesamten Kreditgeschäfts.

Abstimmungsergebnis: Dem Geschäft wurde mit 50:0 zugestimmt.

15. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.140: Neuerlass Verordnung über die öffentliche Beleuchtung, Uhren und Beflaggung (VöBUB)

Parlamentspräsident S. Kocher: Neuerlass Verordnung über die öffentliche Beleuchtung, Uhren und Beflaggung (VöBUB). Ich gebe gerne das Wort an den zuständigen Referenten, Stefan Gubler.

St. Gubler (UBK): Ich darf Euch den Neuerlass Verordnung über die öffentliche Beleuchtung, Uhren und Beflaggung (VöBUB) vorstellen. Wir hatten in der Sachkommission Umwelt und Betriebe zwei Lesungen und wir haben 9:0 abgestimmt.

Worum geht es? Bisher gab es eine Verordnung, das war die Verordnung über die Abgabe von Elektrizität (VAE). Neu teilt sich das auf drei verschiedene Sachen: VEV (Verordnung über die Elektrizitätsversorgung), das ist bei Stadtwerk; dann das, um was es jetzt geht, das ist die VöBUB (Verordnung über öffentliche Beleuchtung, Uhren und Beflaggung); VFEW (Verordnung über das Förderprogramm Energie Winterthur, das auch bei der UBK sein wird). Weshalb ein neues Gesetz: Aufgrund der Totalrevision der Verordnung über die Abgabe von Elektrizität ist eine Anpassung an das Bundesrecht erforderlich. Aufhebung von nicht mehr zeitgemässen Regelungen, Entflechtung der VAE von sachfremden Themen (öffentliche Beleuchtung und Förderprogramm).

Die bisherige Regelung:

- Die öffentliche Beleuchtung: rudimentär in VAE.
- Öffentliche Uhren und Beflaggung: keine Rechtsgrundlagen, diverse Regelungen in Stadtratsbeschlüssen, Leistungsvereinbarungen und Departementsverfügungen.

Was wird in der VöBUB geregelt: Allgemein die Zuständigkeit von Stadtrat und Stadtwerk, Inanspruchnahme von privaten Grundstücken und Bauten, Zugangsrechte, Rechtsverhältnisse und Rechtsschutz.

Öffentliche Beleuchtung: Man sieht das da auf dieser Grafik. Das Blaue ist der Stromverbrauch. Da sieht man, am Anfang steigt er und plötzlich flacht er ab. Und man sieht den orangenen Balken, welcher die Anzahl Lichter zeigt. Und man sieht dort, wo das Blaue abflacht, dass man da umgestellt hat auf LED. Momentan hat man 79% LED-Anteil. Das zeigt, weshalb wir mehr Lampen haben, aber viel tieferen Stromverbrauch.

Die Übersicht: Klare Regelung der Zuständigkeiten (Abgrenzung, was nicht zur öffentlichen Beleuchtung gehört), Grundsätze, stadtinterne Dienstleistungen, gewerbliche Leistungen, Änderungen bestehender Beleuchtungsanlagen auf öffentlichem Grund, Massnahmen zum Schutz von Personen und Beleuchtungsanlagen, Gebühren und Preise.

Öffentliche Uhren, Übersicht: Klare Regelungen der Zuständigkeiten. Wir haben 24 Uhren auf Stadtgebiet an 20 verschiedenen Standorten. Es sind nur Uhren im Strassenraum. Man sieht hier auf der Grafik auch, wo diese sind.

Beflaggung: Klare Regelungen der Zuständigkeiten. Gemäss aktuellen Grundlagen erfolgt die Beflaggung der Altstadt am 1. Mai, am Albanifest und am 1. August. Und man sieht da in der Grafik auch ganz klar, wo Winterthurer Flaggen hinkommen, wo Schweizer Flaggen hinkommen – das ist alles geregelt.

Vollzugsverordnung zur VöBUB:

Delegation an den Stadtrat:

- Beleuchtung (Betriebszeiten, gestaltende Beleuchtung von Gebäuden und Anlagen sowie deren Kostenteiler)
- Uhren (Standorte)

- Flaggen (Standorte, jährlich wiederkehrende Anlässe mit Beflaggung, Voraussetzungen und Kostentragung für Beflaggung bei einmaligen Anlässen).

Fazit: Legalitätsprinzip, klare Verantwortlichkeiten innerhalb der Stadtverwaltung, klare rechtliche Regelungen, ein deutlich sichtbarer Teil der Stadtverwaltung.

In der Kommission hatten wir Änderungsanträge. Die UBK hat zwei Artikel gestrichen, Art. 16 und 18; bzw. den Inhalt von Art. 18 verschoben. Und das Inkraftsetzungsdatum dieser Verordnung wurde geändert auf 1. Januar 2027. Ich verweise auf das Kommissionsbeschlussblatt. Merci.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Stefan. Auch dieses Geschäft ist ohne Diskussion angekündigt. Ich frage Stadtrat Stefan Fritschi: Möchtest Du noch etwas sagen?

Stadtrat St. Fritschi: Vielen Dank, Stefan Gubler. Wir fügen uns dem Antrag der Kommission. Ich habe da noch anzufügen: VDfdUdA - Vielen Dank für die Unterstützung des Antrags.

Parlamentspräsident S. Kocher: Dann kommen wir zu den Abstimmungen. Es wird drei Abstimmungen geben.

Zuerst müssen wir über die Bereinigung der Verordnung abstimmen, so wie es Stefan Gubler erläutert hat, und zwar wegen der Streichung von Art. 16 und die Verschiebung von Art. 18 und der Art. 17 wird neu zu Art. 16. In der zweiten Abstimmung geht es dann um den Erlass dieser bereinigten Verordnung und in der dritten ist dann noch die Schlussabstimmung, bei der wir über die Inkraftsetzung abstimmen werden, mit dem neuen Datum 1. Januar 2027.

Abstimmung Bereinigung der Verordnung.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 50:0 wird den Änderungen einstimmig zugestimmt.

Abstimmung Erlass der bereinigten Verordnung.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 50:0 wurde dem Geschäft einstimmig zugestimmt.

Abstimmung Inkraftsetzung per 1. Januar 2027.

Abstimmungsergebnis: Auch da habt Ihr der Inkraftsetzung mit 50:0 einstimmig zugestimmt.

Damit ist das Geschäft über die Verordnung öffentliche Beleuchtung, Uhren und Beflaggung fertig.

Bevor ich aber zum nächsten Traktandenpunkt komme, habe ich noch eine Information für unseren Japan-Fan Stefan Fritschi. Leider muss er seine private Flagge auf Halbmast setzen, denn Japan hat es leider nicht geschafft, Brasilien zu schlagen – sie haben 2:1 verloren.

Möchtest Du noch eine persönliche Erklärung abgeben?

Stadtrat St. Fritschi: Ich wollte nur sagen, dass ich beim SRF Tippspiel gewettet habe: 2:1 für Brasilien.

16. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.132: Begründung der Motion A. Geering (Die Mitte/EDU), D. Romy (FDP), A. Würzer (EVP), A. Steiner (GLP) und M. Graf (SVP) betr. Änderung Verordnung über das unbeschränkte Parkieren in der Blauen Zone (PBZ) – Bewilligung für Schichtarbeitende

Parlamentspräsident S. Kocher: Begründung der Motion betreffend Änderung Verordnung über das unbeschränkte Parkieren in der Blauen Zone (PBZ) – Bewilligung für Schichtarbeitende. Das Wort hat anstelle des Erstunterzeichners Andreas Geering für Die Mitte Simon Bründler.

S. Bründler (Die Mitte): Mit der Einführung der PBZ und flächendeckender Blauen Zone in Winterthur ist es Schichtarbeitenden nicht möglich, ihr Fahrzeug auf Parkplätzen im öffentlichen Raum abzustellen. Die aktuelle PBZ lässt Bewilligungen für das zeitlich unbeschränkte Parkieren in der Blauen Zone für Schichtarbeitende nicht zu. Das stellt Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen, welche ihrem Schichtpersonal keine Parkplätze auf ihrem Areal zur Verfügung stellen, vor grosse Probleme bei der Personalrekrutierung und im Personalerhalt. Deshalb sollte die PBZ dahingehend geändert werden, dass Schichtarbeitenden eine Parkbewilligung ausgestellt werden kann. Diese Bedingung soll analog zu den Bedingungen für Anwohnende ausgestaltet werden. Ein spannendes Vorbild könnte die Gemeinde Wallisellen sein, wo (Zitat) «Pendler, die in Wallisellen arbeiten und auf ein privates Fahrzeug angewiesen sind aufgrund von unregelmässiger Nachtschicht, eine Parkbewilligung für die Zone des Arbeitsortes beziehen können». Die Mitte-Fraktion dankt für die Unterstützung der Motion.

Parlamentspräsident S. Kocher: Besten Dank. Mir ist ein Ablehnungsantrag der SP bekannt. Ich gebe das Wort Maria Sorgo.

M. Sorgo (SP): Ich habe ja inzwischen schon fast gehofft (weil wir schon so lange auf dieses Geschäft warten), dass wir es vielleicht schaffen würden, dass Andreas Geering in seiner ersten Sitzung als Stadtrat dieser Diskussion beiwohnen kann - aber ich glaube, wir diskutieren trotzdem heute über dieses Geschäft, dann können wir zumindest diesen Teil auch mal abschliessen.

Wie gesagt, stellen wir den Ablehnungsantrag für diese Motion. Wir anerkennen durchaus, dass es für gewisse Mitarbeitende, welche mehrheitlich im Schichtdienst arbeiten, in gewissen Situationen schwierig ist oder sie keine Möglichkeit haben, mit dem öffentlichen Verkehr zur Arbeit zu kommen – gerade wenn sie einen längeren Arbeitsweg haben und deshalb auf die Nutzung eines privaten Fahrzeugs angewiesen sind. Auch wenn ich aus eigener Erfahrung weiss (ich habe auch schon im 3- bis 4-Schicht-System gearbeitet), dass es in relativ vielen Situationen möglich ist, auch im Schichtbetrieb den ÖV zu nutzen. Aber es gibt durchaus Situationen, wo es tatsächlich schwierig ist, z.B. wenn man um 2 oder 3 Uhr morgens mit der Arbeit beginnen muss – das anerkennen wir auch.

Wir sehen aber in erster Linie die Betriebe, welche Mitarbeitende im Schichtbetrieb anstellen, in der Pflicht, dass sie diesen Mitarbeitenden auch die genügende Anzahl Parkplätze zur Verfügung stellen. Und das ist in der Parkplatzverordnung auch geregelt, dass Betriebe die maximal zulässige Anzahl von Parkplätzen angemessen erhöhen dürfen, wenn sie einen Schichtbetrieb anbieten und die Schichtwechselzeiten ausserhalb der Hauptverkehrszeiten sind oder bei Arbeitsbeginn oder -ende, wenn diese ausserhalb der Betriebszeiten des öffentlichen Verkehrs liegen.

Sollte es nun trotz dieser Möglichkeiten durch einen Betrieb nicht genügend Parkplätze zur Verfügung haben oder sollten diese nicht zur Verfügung gestellt werden, gäbe es in der PBZ Ausnahmeregelungen, welche es Schichtarbeitenden auch durchaus ermöglichen würden, unter diesen Bedingungen eine Bewilligung für das Parkieren in der Blauen Zone zu erwerben - was natürlich mit gewissen Kosten verbunden ist.

Es darf aber aus unserer Sicht auf keinen Fall dazu kommen, dass der öffentliche Strassenraum zum Ersatz für Parkplätze für Betriebe wird. Und deshalb sind wir auch gegen eine allgemein gültige Ausnahmeregelung für Schichtarbeitende in dieser Verordnung über das unbeschränkte Parkieren in der Blauen Zone und sind dagegen, dass man diese Ausnahmeregelung so allgemein gültig einführt. Und deshalb lehnen wir diese Motion auch ab und stellen den Ablehnungsantrag.

D. Romay (FDP): Jetzt muss ich gerade kurz überlegen, ob ich mein Votum ein bisschen umschreiben muss...

Die FDP unterstützt die Motion selbstverständlich. Mit der flächendeckenden Einführung der Blauen Zone, welche die Stadt Winterthur gemacht hat, hat man faktisch eine Regelung geschaffen, mit der man Schichtarbeitende systematisch benachteiligt.

Ja, der heutige Stadtrat schafft unsere Wirtschaft und damit auch unsere Arbeitsplätze auf Stadtgebiet aktiv ab - und alle schauen zu. So geht das nicht.

Schichtarbeitende leisten wertvolle Arbeit, und zwar dann, wenn andere schlafen. Entweder früh am Morgen oder spät am Abend oder mitten in der Nacht, wenn es auch keinen ÖV mehr gibt oder der ÖV nur sehr eingeschränkt zur Verfügung steht. Für diese Menschen ist das Auto keine Komfortfrage, sondern eine Notwendigkeit, um ihren Arbeitsort überhaupt erreichen zu können.

Die aktuelle PBZ schliesst Schichtarbeitende kategorisch von einer Bewilligung für zeitlich unbeschränktes Parkieren aus, selbst dann, wenn sie nachweislich im Schichtbetrieb arbeiten, der öffentliche Verkehr nicht nutzbar ist und am Arbeitsort kein Parkplatz zur Verfügung steht. Diese Regelung ist realitätsfremd und unverhältnismässig. Und die Realität zeigt es und wir konnten es auch schon in den Medien lesen und nachschauen: Es ist einfach so, man bekommt in dieser Stadt keine Parkplätze. Und die Betriebe, die KMUs, die schon hier sind, die haben einfach den Platz, den sie haben. Und meistens sind es wahrscheinlich Besucherparkplätze, die sie brauchen für tagsüber. Und die darf man nicht einfach so benützen für die Mitarbeitenden.

Die Folgen sind spürbar: Die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen in Winterthur verlieren an Attraktivität durch diesen Umstand. Im schlimmsten Fall müssen sie schliessen oder sie wandern einfach ab. Wir kennen bereits Berichte von realen Problemen bei der Personalrekrutierung und beim Personalerhalt. Wer Schichtarbeit hat, muss auch ermöglichen, dass diese Arbeit geleistet werden kann.

Die Motion fordert keine generelle Lockerung der Parkplatzbewirtschaftung, sondern eine klare, eng begrenzte Ausnahmeregelung für Schichtarbeitende. Diese Voraussetzungen sind streng überprüfbar und missbrauchsicher. Kundenparkplätze dürfen dabei ausdrücklich nicht als Ersatzparkplätze für Mitarbeitende angerechnet werden. Das würde nämlich schlicht auch keinen Sinn machen.

Eine Stadt, die auf funktionierende Versorgung, Sicherheit und Gesundheitsleistungen angewiesen ist, darf diese Menschen doch nicht bestrafen, welche genau diese Leistungen erbringen. Die Anpassung der PBZ ist ein Gebot von Fairness, Verhältnismässigkeit und wirtschaftlicher Vernunft. Und deshalb unterstützen wir diese Motion. Danke vielmals.

A. Würzer (EVP/EDU): Liebe Kolleginnen und Kollegen: Von langer Hand geplant, kommt mir zu diesem Vorstoss in den Sinn. Maria Sorgo hat mir das schon ein bisschen vorweggenommen. Einige von Euch mögen sich noch an unseren ehemaligen Ratskollegen Andreas Geering erinnern. Andreas Geering als Auftraggeber und Auftragsempfänger. Die Gewaltenteilung geschickt ausgehebelt, fragt sich? Auf jeden Fall ist der Plan um zwei mickrige Tage nicht aufgegangen und der gewählte Stadtrat Geering kann den Auftrag noch nicht als Departementsvorsteher entgegennehmen. Ich gehe aber davon aus, dass die jetzige Amtsinhaberin ihm dieses Dossier grosszügig überreichen wird.

Ja, Die Mitte hat in ihrem Votum zum Legislaturbericht vom Stadtrat in der letzten Ratssitzung der Blauen Zone die rote Karte gezeigt und über die dramatische Parkplatzsituation in der Stadt geklagt. Das haben wir gehört. Und wir möchten mithelfen, diese Not ein bisschen zu lindern. Weil, geschätzte Anwesende: Mit dem Miteinreichen dieser Motion zeigen wir, dass wir es ernst meinen, wenn wir im Richtplan ambitionierte Modalsplitziele mittragen, und das unter anderem auch in der Überzeugung, etwas Gutes für die Wirtschaft zu unternehmen, so dass das lokale Gewerbe nicht im Stau stecken bleibt.

Konsequenterweise tragen wir darum auch diese Motion mit: Wir sind sicher, dass dieser Vorstoss keine Fehlanreize oder Schlupflöcher schafft, die von Gewerbebetrieben ausgenutzt werden, sondern eine tatsächliche Herausforderung für das lokale Gewerbe im Zusammenhang mit Parkplätzen sehr zielgerichtet, klar eingegrenzt und pragmatisch entschärft wird.

In diesem Sinne bitten wir Euch, auch im Namen der EVP/EDU-Fraktion, um die Unterstützung. Vielen Dank.

A. Steiner (GLP): Ich knüpfe gleich an an das, was Alex Würzer sagte. Er brachte das Stichwort «Pragmatismus». Ja, es geht darum, Herausforderungen für gewisse Kleinbetriebe lösen zu können – und das sehr pragmatisch.

Wir sprechen da nicht nur von der PBZ, sondern wir sprechen auch von der Parkplatzverordnung, und dort hat es auch Regelungen zu dieser Thematik drin, das wurde bereits erwähnt von Maria. Grundsätzlich sind die Arbeitgeber selbst dafür besorgt, dass ihre Mitarbeitenden Parkplätze haben. Aber es ist nun halt mal in der Realität so, dass es tatsächlich nicht an allen Orten möglich ist; in einer verdichteten Stadt immer mehr. Dort erwarten wir einen gewissen Pragmatismus, dass man Möglichkeiten schafft, dass Schichtarbeitende (bzw. ihre Arbeitgeber oder Arbeitgeberinnen) in der Blauen Zone Parkplatzkarten lösen können. Wir gehen nicht davon aus, dass das im grossen Stil nötig sein wird, da das primär kleine Betriebe sein werden. Die grossen Betriebe haben das für ihre Mitarbeitenden geregelt. Und es kann ganz sicher nicht sein, dass die PPVO dadurch ausgehebelt würde, das dürfte sicher nicht der Fall sein.

Besten Dank. Wir überweisen das auch – zugunsten des Gewerbes.

M. Graf (SVP): Diese Motion ist ja nichts Schlimmes. Sie regelt eigentlich nur, dass unsere Nachtschichtarbeitenden parkieren dürfen. Mehr ist da ja nicht dahinter. Ich begreife die SP nicht, dass sie sich dagegen wehren. Sorry, denn die Realität ist leider anders.

Wir werden das natürlich unterstützen. Danke.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Jetzt wäre ich also gerade gerne bei der SVP dabei, in diesem Moment – nur in diesem Moment! Jetzt muss ich nämlich wieder Spielverderber spielen.

Also nein, wir Grünen anerkennen natürlich auch die schwierigen Situationen, die es geben kann und welche die Motion adressiert. Und auch wir sind für Fairness und auch wir sind für das lokale Gewerbe.

Aber trotzdem unterstützen wir den Ablehnungsantrag der SP. Mit fünf Worten: Es braucht die Motion nicht.

Denn auch wir sehen vor allem die Arbeitgeber Pflicht, es wurde gerade schon erwähnt.

In der privaten PPVO Art. 5 ist nämlich ausdrücklich vorgesehen, dass Betriebe mit Arbeitenden im Schichtwechsel ihre Parkplätze auf Antrag erhöhen dürfen. Und wenn kein Platz auf dem Betriebsareal ist, können sie - nach erfolgtem Bedürfnisnachweis - eine Dauerparkkarte für die Blaue Zone für sage und schreibe teures Geld (nämlich für einen Zweifränkler pro Tag), für 710 Franken im Jahr, beantragen.

Mit zwei Mal «mehrheitlich» in der Motion - einmal «im Schichtbetrieb» und einmal «ausserhalb der ÖV-Verkehrszeiten» - lässt die Motion ausserdem unseres Erachtens schon in ihrer Grundanforderung viel Raum für Interpretation. Was heisst dieses «mehrheitlich»?

Heisst das vier Mal in der Woche oder vielleicht auch nur drei Mal im Monat?

Offen ist auch, was passiert, wenn der Arbeitnehmende die Stelle verlässt. Kann er die Bewilligung dann behalten? Kein Schelm, der Böses denkt...

Für uns braucht es die Motion nicht nur nicht. Sie wird - wenn die Kontrollen nicht deutlich erhöht werden - zu einer Parkplatz-Vermehrung über die Hintertüre führen; auch wenn man jetzt sagt, dass das sicher nicht passieren werde. Hoffen wir es mal. Wir wären eigentlich nicht für Prinzip Hoffnung und wir glauben auch, dass das nicht das ist, was die Bevölkerung mit der Annahme PBZ und der PPVO gefordert hat.

Sollte die Motion überwiesen werden, was nun sicher der Fall ist, werden wir genau hinschauen, wie sie umgesetzt werden wird. Danke.

I. Kuster (Die Mitte): Ich muss kurz antworten. Es freut mich zu hören, dass Ihr alle der Einsatz der Schichtarbeitenden schätzt – so wie wir auch. Und es freut mich zu hören, dass die SP und die Grünen bereit sind, mehr Parkplätze bei den Arbeitgebern bzw. den Firmen zur Verfügung zu stellen und dass Ihr Euch dafür einsetzt.

Aber wie es Annetta gesagt hat, das entspricht leider wirklich nicht immer der Realität. Und das mit den Dauerparkkarten habe ich so in Erinnerung, dass der Spatz für seine Mitarbeitenden keine Bewilligung bekommen hat, weil es nur für Geschäftsautos gilt. Wir müssen also eine Lösung haben, wenn wir weiterhin Bäcker haben wollen (diese Leute müssen früh anfangen) und wenn wir auch in den Spitälern Leute wollen, die sich einsetzen für uns. Danke.

Stadträtin K. Cometta: Die Gelegenheit lasse ich mir natürlich nicht entgehen, da ich noch nicht Andreas Geering bin. Er wird aber, so wie ich die Diskussion erfasse, mit sehr viel Freude da nachher einen Vorschlag machen.

Aber eben, ich bin noch Katrin Cometta und deshalb erinnere ich Euch gerne, was eigentlich die Intention dieses Regimes war. Das erklärte Ziel der Einführung der Blauen Zone war nämlich, insbesondere den Pendlerverkehr einzuschränken; es war, dass primär die Anwohnenden parkieren sollen dürfen in den Quartieren. Und die Verordnung definiert ja auch, in welchen Fällen ansässige Betriebe und Gewerbetreibende eine Parkbewilligung beantragen können. Zudem spricht die Verordnung dem Stadtrat auch die Kompetenz zu, Bewilligungskategorien für weitere Personengruppen festzulegen, die gleich betroffen sind wie Anwohnende. Und das ist dann in der Vollzugsverordnung geregelt.

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die Einführung der flächendeckenden Blauen Zone für viele Leute bedeutet, dass sie ihre Gewohnheiten ändern müssen, dass sie nicht mehr gleich parkieren können wie früher. Und unter gewissen Umständen trifft das auch Schichtarbeitende. Aber hier ist anzufügen, was schon Maria Sorgo gesagt hat: Für Mitarbeitenden-Parkplätze greift eigentlich die PPVO. Und die PPVO ist auch nicht nur für Grossunternehmen da, sondern sie greift auch für kleine Betriebe. Konkret Art. 5 Abs. 2 a: «Die Erhöhung der maximal zulässigen Parkplätze ist zulässig für Betriebe mit Schichtwechsel ausserhalb der Hauptverkehrszeiten oder für Betriebe mit Arbeitsbeginn beziehungsweise -ende ausserhalb der Betriebszeiten des öffentlichen Verkehrs.» Das ist das, wo die Firmen eigentlich auch die Aufgabe haben, auf ihrem Grund Parkplätze zu schaffen. Falls sie das nicht können, gibt es auch noch die Möglichkeit, private Parkplätze zu mieten. In diesem Fall, der in den Medien war, wäre das innerhalb von 200 m auch möglich gewesen.

Das Anliegen, das ich durchaus nachvollziehen kann – ich kann durchaus nachvollziehen, dass gewisse Schichtarbeitende mindestens in gewissen Schichten durchaus auf ein Auto angewiesen sind –, dieses Anliegen betrifft sehr wenige Einzelfälle. Weder beim DSU noch beim DBM erhielten wir breit Rückmeldungen aus der Bevölkerung und Wirtschaft – ausser dem einen Fall aus den Medien. Wir haben keine Rückmeldung erhalten, welche darauf hindeutet, dass die flächendeckende Blaue Zone für Schichtarbeitende ganz generell ein Problem darstellt.

Und wenn man jetzt für wenige Einzelfälle eine allgemeine Ausnahme in dieser Verordnung vorsieht, dann kann das das eigentliche Ziel der Einführung der flächendeckenden Blauen Zone (eigentlich auch das Ziel der PPVO) unterlaufen. Ich habe eine «Kann»-Formulierung gewählt.

Ich gehe davon aus, dass das Parlament heute diese Motion trotzdem überweisen wird. Ich würde sehr gerne beliebt machen, dass man das einerseits über die Vollzugsverordnung machen könnte und nicht über die Verordnung selbst. Ich würde auch gerne beliebt machen, dass man das quasi über einen «Bedürfnisnachweis» machen könnte, mit dem man ausschliessen kann, dass man nicht auf dem Firmenareal diese Parkplätze nach PPVO schaffen könnte; dass man vielleicht auch nicht gerade 100 oder 200 m daneben einen Parkplatz mieten könnte. Denn das Ziel muss doch sein, dass man den wertvollen öffentlichen Raum, wo man jetzt halt blaue Parkplätze hat, der Allgemeinheit zur Verfügung stellen kann. Danke vielmals.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Katrin. Dann kommen wir zur Abstimmung über diese Motion.

A = Zustimmung zur Überweisung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 30:20 Stimmen habt Ihr dieser Überweisung zugestimmt.

17. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.90: Beantwortung der Interpellation Ch. Hartmann (SVP) betr. Auflösung unbewilligter Demonstrationen

Parlamentspräsident S. Kocher: Beantwortung der Interpellation betreffend Auflösung unbewilligter Demonstrationen. Hier hat das Wort der Alleineinreichende Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (SVP): Vorher haben wir gehört, dass das vorherige Geschäft auch lange gebraucht hat, bis es behandelt worden ist. Wir übertreffen das: Dieses hat noch eine 24-Nummer... Es liegt nicht am Stadtrat, das Parlament hat es ein Jahr herumliegen lassen.

Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, wenn wir intensiv über die Ereignisse vom November 2024 sprechen. Es ist mehr eine Grundsatzfrage. Es gibt zwei Grundsatzfragen. Das eine ist (ich habe es durchaus im Namen der Fraktion eingereicht): Wir haben Fragen gestellt, 8 oder 9 relativ präzise Fragen; und wir haben eine relativ nichtssagende Antwort bekommen. Man hat Fragen beantwortet, die wir nicht gestellt haben. Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, die SVP hat nicht danach gefragt, mit wem die Stadtpolizei bei der Erfüllung polizeilicher Arbeiten zusammenarbeitet. Die SVP hat nicht danach gefragt, ob Demonstrationen bewilligungspflichtig sind (danke für die Erklärung – sie sind es). Und die SVP hat auch nicht danach gefragt, was die generellen Grundlagen des staatlichen Handelns sind.

Aber schön, konnte man damit mal eine Seite füllen. Denn was nachher kommt, war nicht mehr wirklich erhellend. Das weiss man nicht, dieses kann man nicht und jenes nicht. Aber Schwamm drüber.

Die Grundsatzfrage ist ja auch, ob man die zuständige Stadträtin in ihrem vielleicht letzten Traktandum noch piesacken will. Wollen wir nicht, wollten wir auch nie. Es war immer die grundsätzliche Frage nach unbewilligten Demonstrationen. Und es ist ja auch so, dass der Stadtrat immer Wert darauf legt, dass er als Kollegialbehörde gesamthaft verantwortlich ist. Und deshalb kann man dann das auch gerne weitergeben an den neuen Amtsinhaber.

In Winterthur gab es in den vergangenen fünf Jahren ca. 60 unbewilligte Demonstrationen – im Schnitt also ungefähr eine pro jeden Monat. Davon sind 6 aufgelöst worden – ungefähr eine pro Jahr.

Ein Teil wegen Coronamassnahmen, ein Teil wegen des Schutzes parallel stattfindender Veranstaltungen, wie der Stadtrat deutlich schreibt. Das tönt ein bisschen wie eine Versicherung des Stadtrates, dass aus eigenem Antrieb ganz sicher keine Demonstration aufgelöst worden ist. Nicht, dass das irgendjemand denken würde, bitte!

Das ist letztlich nichts anderes als eine Einladung zum Rechtsbruch. Es ist ja jeder blöd, der unter diesen Umständen überhaupt eine Bewilligung einholt. Natürlich, der Umgang mit unbewilligten Demonstrationen ist immer auch eine Güterabwägung. Bei seltenen Fällen, bei denen Personenschäden zu befürchten sind, löst der Stadtrat tatsächlich auch einmal eine Demonstration auf. Kürzlich gab es eine unbewilligte Gegendemonstration zu einer bewilligten Kundgebung. Also wenn Personen gegen Personen gingen, wäre das jetzt doch etwas, das sogar dem Stadtrat zu weit geht. Sind aber nur Sachschäden zu befürchten, fällt die Güterabwägung oder das Ermessen immer zugunsten der illegalen aus.

Die SVP erwartet vom Stadtrat, unabhängig der politischen Ausrichtung, dass er in unserer Stadt für Ruhe und Ordnung sorgt. Das gilt auch für unbewilligte Demonstrationen. Man kann nicht jedes Mal, wenn in der Altstadt ein Lädeli zugeht, darüber jammern und gleichzeitig, wenn unbewilligte Demonstrationen zu Schmierereien und eingeschlagenen Scheiben führen, das als nicht wichtig anschauen. Das ist sehr wichtig: Das ist kaum zu vernünftigen Konditionen versicherbar und das trägt sehr wohl dazu bei, dass Läden schliessen müssen.

Die Position, dass man für Ruhe und Ordnung sorgen soll, ist unabhängig davon, ob das Thema links- oder rechtsextremistisch ist oder eher sympathisch wie damals der Einsatz für mehr Wohnungen. Das Recht muss für alle gleich gelten und mit Augenmass, aber ohne politische Scheuklappen durchgesetzt werden.

Und das ist genau das, was wir vom Stadtrat erwarten. Und das ist unserer Meinung nach das, was wir die letzten Jahre nicht erhalten haben.

M. Nater (i.V. B. Oeschger (GLP)): Ich verlese das kurze und knappe Votum von Benedikt Oeschger – und ich weise gleich darauf hin: Das nächste wäre einiges länger. Von daher ist da ein bisschen die Frage, ob Ihr das nächste Traktandum noch nehmt oder nicht – ich würde das gerne ihm an der nächsten Ratssitzung überlassen. Und Euch würde es ersparen, dass Ihr bis über 22 Uhr hinaus hier im Ratssaal sitzen müsstet.

Aber jetzt zu dem. Das ist wirklich sehr knapp. Zu dieser Interpellation vor diesem Hintergrund (sie ist vom 2. November 2024) nimmt die GLP-Fraktion Kenntnis, wie die GLP-Fraktion auch von der versandten Medienmitteilung des Polizeieinsatzes Kenntnis genommen hat. Wir bedanken uns für die Ausführungen zur Beurteilung dieser Verhältnismässigkeit.

An dieser Demonstration, um die es in dieser IP geht, haben sich die Demonstrant:innen gemäss Medienmitteilung der Stadt friedlich verhalten und Sachbeschädigungen sind ausgeblieben. Von daher müssen wir zum Schluss sagen: Wir von der GLP-Fraktion danken den Einsatzkräften speziell für ihre Arbeit. Geschlossen.

R. Hugentobler (Grüne/AL): Demonstration ist ein Grundrecht. Und es ist schon lustig, dass genau diese Partei, die sich Meinungsfreiheit so sehr auf die Fahne schreibt, gerade mit der Staatsgewalt hinterherkommen will, wenn diese Meinung mal so ausgedrückt wird, wie sie das halt nicht so gern hätte.

Dabei muss gesagt werden: Die Teilnahme an einer unbewilligten Demonstration ist weder ein Vergehen noch ein Verbrechen, sondern eine einfache Übertretung. Man kann also nicht von einer illegalen Demonstration sprechen, so wie das die SVP in der Öffentlichkeit sehr gerne macht.

Man kann da auch sagen: Wenn jemand ein bisschen zu schnell Auto fährt und dann geblitzt wird, dann fährt diese Person auch nicht illegal Auto und man muss auch nicht mit Gummischrot und Wasserwerfer dieser Person hinterher.

Im Gegenteil: Amnesty international sagt, dass die Regelungen für Demonstrationen in der Schweiz viel zu streng sind. Und wer sich wirklich für die Meinungsfreiheit einsetzt, der müsste sich eigentlich für eine reine Anmeldepflicht einsetzen und sicher nicht dafür, dass die Bewilligungspflicht härter durchgesetzt wird.

D. Romay (FDP): Vielen Dank für die Beantwortung dieser Interpellation.

Ich habe bei den Antworten doch noch ein paar Dinge gelernt. Es ist jetzt doch schon einen Moment her (es hatte ein 2024 drauf), aber ich weiss jetzt, was die 3D-Strategie der Stadtpolizei bedeutet. Es geht dabei nicht um die Beschaffung von 3D-Druckern oder um die Erstellung von dreidimensionalen Plänen oder ähnliches - nein, es geht um Dialog, Deeskalation und Durchgreifen zur Aufgabenerfüllung.

Dialog und Deeskalation sind zwei sehr gute Ansätze. Diese werden offenbar auch fleissig angewendet, was geschätzt wird generell. Beim Durchgreifen aber hapert es ein bisschen, wenn man liest, dass es seit 2020 (wir haben es vorhin von meinem Vorredner gehört) 60 unbewilligte Demos gab und nur 6 davon aufgelöst wurden; also ganze 10%. Das wiederum heisst, 90% der unbewilligten Demos waren also verhältnismässig okay.

Bei solchen Fakten stellt sich dann schon auch die Frage, weshalb man in Winterthur überhaupt eine Bewilligung für eine Demo einholen muss oder soll?

Es ist relativ einfach: Es gibt Regeln (sprich Gesetze), diese gelten für alle in unserer Gesellschaft. Und diese sind so gemacht, dass die Versammlungs- und die Meinungsäusserungsfreiheit gewährleistet sind.

Regeln (sprich Gesetze) müssen aber auch eingehalten werden, sonst nützen sie schlicht nichts. Und für diese Umsetzung oder Durchsetzung ist die Exekutive mit der Polizei als Ausführungsorgan da. Das geben wir dem Stadtrat sehr gerne so mit. Dem Nachfolger Andreas werden wir es dann auch noch mitgeben.

Wir nehmen die Beantwortung der Interpellation zur Kenntnis. Danke.

M. Sörgo (SP): Wie es jetzt schon einige gesagt haben, befassen wir uns mit einer Demonstration, die bereits einige Zeit zurückliegt. Es hat sich mir auch nicht ganz erschlossen, wieso jetzt genau diese Demonstration Anlass war für die vorliegende Anfrage. Und auch (das hat sich jetzt auch erst aus dem Votum von Christian Hartmann ergeben) war ich mir nicht ganz sicher, ob er die Antworten wirklich gelesen hat. Er hat sie zwar kritisiert, aber es wurde dann doch sehr einseitig nur auf gewisse Punkte eingegangen.

Zum einen: Die Demonstration, von der wir jetzt da sprechen, verlief gemäss Stadtrat (das wurde jetzt schon mehrfach genannt) und auch gemäss Leuten, welche dabei waren, friedlich. Es kam weder zu Sachbeschädigungen noch zu gewalttätigen Ausschreitungen. Es kam auch nicht zu Schmierereien, wie das vorhin sehr pauschal quasi allen Demonstrationen vorgeworfen wurde. Es gab temporäre Verkehrsbehinderungen, aber weiter keine Beeinträchtigung der Öffentlichkeit.

Und zum anderen (und ich finde, das ist schon sehr wichtig und ging vorhin in den Ausführungen der anderen Seite ein bisschen stark unter): Die Versammlungsfreiheit – und da schliesse ich mich gerne auch Roman an – ist ein wichtiges Gut. Es ist verfassungsmässig geschützt, es ist ein Grundrecht, das wir alle haben. Demonstrationen sind ein zentrales Element, um dieses Grundrecht auch ausüben zu können, politische Anliegen sichtbar machen zu können und die politische Teilhabe auch wahrzunehmen. Eine fehlende Bewilligung alleine rechtfertigt deshalb eben nicht automatisch ein polizeiliches Einschreiten oder gar die Auflösung einer Demonstration.

Das hält der Stadtrat in seiner Antwort ebenfalls fest und verweist auf die 3D-Strategie der Stadtpolizei: Dialog, Deeskalation und - als letztes Mittel und nur, wenn wirklich nötig - Durchgreifen.

Die Zahlen – und es zeigt sich wieder mal, dass man Zahlen sehr unterschiedlich interpretieren kann: Ich finde auch, sie sprechen eine ziemlich klare Sprache: Zwischen 2020 und 2024 gab es in Winterthur 60 unbewilligte Demonstrationen. Und Dani Romay hat es eigentlich auch so ähnlich ausgeführt: Lediglich 6 davon wurden aufgelöst. Und das in einer Zeit, in der es ja sogar zumindest eine gewisse Zeit lang noch strengere Regeln gab aufgrund der Corona-Pandemie. Das zeigt doch einfach, dass eine fehlende Bewilligung in den allermeisten Fällen nicht eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellt.

Ja, es gibt nachvollziehbare Gründe, weshalb die Stadtpolizei immer wieder darauf drängt, dass eine Demonstration bewilligt oder (wenn man sagen würde, Anmeldepflicht reicht) angemeldet wird. Natürlich, es vereinfacht die Organisation, die Einsatzplanung und die Koordination der verschiedenen öffentlichen Interessen.

Im Umkehrschluss heisst das aber eben nicht, dass man einfach auf die Auflösung einer unbewilligten Demonstration drängen kann; insbesondere wenn diese friedlich verläuft. Und das lehnen wir auch entschieden ab. Versammlungs- und Meinungsfreiheit sind wichtige Grundrechte und diese müssen wir unbedingt verteidigen. Sie gehören zu den tragenden Pfeilern unserer Demokratie und sie verdienen deshalb auch unseren besonderen Schutz. Vielen Dank.

K. Vogel (Die Mitte): Man spürt bei dieser IP klar, dass die unbewilligte Demo zum Thema Wohnen im November 2024 die einen Kreise verärgert hat. Das ist jetzt so lange her, dass ich davon ausgehe, dass diese Verärgerung ein bisschen abgeklungen ist.

Aber jetzt ist es natürlich genau das, was die Demonstranten und Demonstrantinnen wollten – und sie bekommen mit dieser Diskussion sogar nochmals Publicity.

Ich möchte gar nicht darauf eingehen, ob das Thema der Demonstration berechtigt war oder nicht. Je nach Sichtweise ist man da natürlich unterschiedlicher Ansicht.

Vielmehr gehe ich auf den Umgang mit unbewilligten Demos ein. Ich wage mich deshalb auf ein triviales Schulbeispiel hinaus:

Es kommt mir vor, wie wenn ein pubertierender Sekschüler während der 10-Uhr-Pause auf die Toilette geht, obwohl das klar in der Hausordnung verboten ist. Selbstverständlich könnte der Schüler ja die Pausenaufsicht kurz fragen, ob er, weil es dringend nötig ist, kurz auf das WC könnte. Mit der Erlaubnis wäre alles kein Problem und vor allem völlig nachvollziehbar. Jetzt geht der Schüler aber provokativ und unerlaubt, vor den Augen von der Pausenaufsicht,

auf das WC. Es ist logisch, dass die Pausenaufsicht sich provoziert fühlt und dass irgendwelche Massnahmen, hoffentlich situationsentsprechend und adäquat, gemacht werden müssen. Man kann nicht einfach ohne Reaktion zuschauen und man kann aber den Schüler auch nicht mitten beim Pinkeln rabiats aus dem WC rausholen.

Die SVP fragt mit ihrer IP bei der Polizei nach, ob sie bei dieser unbewilligten Demo situationsentsprechend und adäquat gehandelt habe. Und aus den Antworten entnehme ich, dass die Stadtpolizei das gemacht hat.

Für mich ist natürlich unerklärlich, dass die AL keine Bewilligung für die vielleicht sogar berechnete Demo eingeholt hat. Gerade als Mitglied vom Stadtparlament müsste man die Vorbildrolle einnehmen. Man kann sich nicht einfach über das Gesetz füttern.

Die Stadtpolizei ihrerseits hat richtigerweise deeskalierend gewirkt, indem sie die Demo zwar gewähren lassen hat, diese aber rund um die Altstadt gelenkt hat. Dort waren nämlich viele Unbeteiligte am Einkaufen. Zwar ist so der Verkehr ins Stocken gekommen – das war aber sicher verschmerzbar.

Es ist aber ebenso richtig, dass die Delinquenten kontrolliert und verzeigt wurden. Für mich ist verständlich, dass hierzu keine weiteren Infos bekanntgegeben werden können. Ich gehe aber schon davon aus, dass die Verzeigungen die entsprechenden Strafen und Bussen nach sich ziehen werden – oder wahrscheinlich inzwischen vollzogen wurden.

Schlussendlich ist kein Sachschaden durch die unbewilligte Demo entstanden. Die Polizei hat also verhältnismässig und zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gehandelt.

Dafür danke ich der Stadtpolizei.

Die Mitte-Fraktion nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis.

M. Wackerlin (SVP): Jetzt komme ich heute Abend doch noch zu Wort, sogar noch in Anwesenheit der Presse.

Lieber Roman, liebe Maria, noch eine kurze Replik zu Euch: Ich glaube, wir sind uns alle einig, bei Gewalt und Sachbeschädigung ist eine absolute Grenze. Gut. Aber es geht halt eben tatsächlich um Freiheitsrechte – aber es stehen hier verschiedene Freiheitsrechte zur Diskussion. Denn: Wenn man eine Demonstration macht, dann versperrt man eine Strasse oder einen Platz; d.h. man macht dadurch eine Nötigung für die anderen. Es geht um Bewegungsfreiheit und Gewerbefreiheit gegenüber der Meinungsäusserung- und Versammlungsfreiheit. Und das braucht eine Abwägung.

Du sagst «Sichtbar machen». Ja, aber Dein Sichtbar-Machen ist dann unter Umständen der Zwang für andere, Deiner Demonstration zuzuschauen, weil sie gar nicht mehr weiterkommen. Es ist einfach ein Abwägen. Und deshalb sind es zwei Seiten, welche vielleicht beide das Gefühl haben, sie arbeiten für die Freiheit – aber unterschiedliche Aspekte anschauen. Und der andere Punkt, der gesagt wurde, der vielleicht ein bisschen zu wenig herauskam: Wenn man unbewilligte Demonstrationen zu oft toleriert, dann verwässert das natürlich den Anreiz, überhaupt eine Bewilligung einzuholen. Du, Roman, hast gesagt, es sei viel zu kompliziert. Nein, ist es nicht. Ich habe als Pirat auch schon eine Demonstration bewilligen lassen müssen – problemlos. Gerade in Winterthur ist es wirklich einfach, das ist keine Ausrede. Danke vielmals.

R. Hugentobler (Grüne/AL): Ich wollte einfach kurz anmerken, dass die AL diese Demonstration weder organisiert noch durchgeführt hat.

Ch. Hartmann (SVP): Roman, zu schnell Autofahren ist illegal. Es tut mir leid, wenn ich Dir da etwas Neues sage. Illegal ist auch die Blockierung des öffentlichen Verkehrs.

Diesen Teil wollte ich zugunsten des Zeitmanagements weglassen, aber ich kann das gerne noch bringen. Einer der Auslöser für die Interpellation der SVP-Fraktion war die Störung des Busbetriebs. Störung des Busbetriebs ist ein Offizialdelikt. Ein Offizialdelikt ist etwas, das man von Amtes wegen verfolgen muss. Da besteht keine Freiheit für die Polizei und andere Behörden, ob sie das macht.

Ich glaube nicht, dass sie das gemacht hat. Die Frage, ob jemand angezeigt wurde wegen einem Offizialdelikt, kann wegen laufendem Strafverfahren nicht beantwortet werden. Man

kann bei vielen anderen Strafverfahren in den Zeitungen lesen, es sei jemand verfolgt worden oder nicht. Aber bei einem Offizialdelikt in der Stadt Winterthur ist das natürlich nicht möglich. Es seien zwei Dutzend Leute angezeigt worden wegen verschiedener Sachen – aber wieso diese angezeigt wurden, das wäre jetzt ja auch nicht gerade eine Persönlichkeitsverletzung. Wir verlangten ja keine Namensliste. Die offensichtliche Antwort auf unsere Frage, ob man Anzeige erstattet habe, wäre gewesen: Nein. Das Risiko dieser Antwort wäre natürlich die nächste Frage gewesen: Warum denn nicht?

Aber wie gesagt, die Antwort war düftig aus unserer Sicht. Es ist auch klar, dass kann man auch aus der Fragestellung herauslesen: Es ist klar, dass das Demonstrationsrecht ein demokratisches Recht ist. Es ist aber auch klar, dass es ein paar Regeln gibt, die man einhalten muss. Und nur, weil man ein Recht wahrnimmt, heisst das nicht, dass man alles andere einfach auf die Seite schieben kann. Eine fehlende Bewilligung rechtfertigt vielleicht nicht in jedem Fall eine Auflösung – aber in Winterthur rechtfertigt sie nie eine.

Parlamentspräsident S. Kocher: Die Voten aus dem Parlament haben sich auf Punkt zehn Uhr erschöpft, somit kann Katrin noch ein bisschen Überstunden machen.

Stadträtin K. Cometta: Ja, ich mache sehr gerne noch ein bisschen Überstunden.

Eigentlich hatte ich nicht die Intention, die Demo vom 2.11.2024 nochmals spezifisch abzuarbeiten, ich möchte aber trotzdem nochmals zwei Hinweise dazu machen.

Es gab keine Sachbeschädigungen, keine Graffiti und vor allem keine eingeschlagenen Scheiben (also das mit den eingeschlagenen Scheiben finde ich ziemlich deftig). Und Du hast es jetzt im Nachgang auch gesagt: Es wurden 34 Personen kontrolliert und zwei Dutzend Personen wurden angezeigt. Das steht so in dieser Antwort. Und das ist eben genau das, das finde ich auch: Es braucht nachher eine Konsequenz. Das macht die Polizei und das finde ich auch ganz richtig.

Vielleicht noch kurz zu den Fakten/Zahlen: Es waren 60 unbewilligte Demos zwischen 2020 – 2024, also innert fünf Jahren. 2025 sprechen wir von zwei unbewilligten Demonstrationen. Das einfach, um auch das noch in ein richtiges Licht zu rücken. Da spielen sicher noch ein paar andere Themen hinein.

Korrekt ist, und jetzt schaue ich zu Roman, dass eine Bewilligungspflicht herrscht. Und dass diese auch durchaus Sinn macht, denn sie dient ja letztlich auch der Gewährleistung von friedlichen Demonstrationen. Die Polizei hat dann nämlich die Aufgabe, die bewilligte Kundgebung zu schützen. Sie hat auch eine Ansprechperson vor Ort für allfällige Absprachen und das macht das Ganze sehr viel einfacher. Und es freut mich wahnsinnig, wenn ich in meinem letzten Votum noch meinem geschätzten Ex-Fraktions-Gspänli Marc Wäckerlin sogar Recht geben darf: Ja, es ist sehr problemlos möglich, eine solche Bewilligung zu lösen.

Jetzt wurde auch gesagt, dass es um Grundrechte geht wie die Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit. Und deshalb: Wenn eine unbewilligte Demo friedlich verläuft und es nicht zu Sachbeschädigungen kommt, nicht zu Angriffen auf Polizei oder Dritte, dann – und das ist einfach ein Fakt – ist die Auflösung einer solchen Kundgebung in sehr vielen Fällen nicht verhältnismässig. Roman hat es gesagt: Es ist eine Übertretung. Immer noch illegal, ja, das finde ich auch. Es ist verboten, man muss eine Bewilligung haben. Das hat die Winterthurer Polizeiverordnung ohnehin schon festgehalten, aber spätestens seit dem kantonalen Volksentscheid ist das noch sehr viel klarer. Aber man muss sich das mit dem Auflösen schon sehr gut überlegen, denn das Bundesgericht hat bisher in der Rechtsprechung die Versammlungsfreiheit und die Meinungsäusserungsfreiheit immer sehr stark gewichtet.

Und dazu noch eine ganz praktische Überlegung: Ein Eingreifen kann eine Stimmung sehr negativ beeinflussen und zu einer unnötigen Eskalation führen, welche nachher zu Zuständen führt, die niemand möchte.

In diesem Spannungsfeld operiert die Stadtpolizei – nach meiner Meinung gekonnt und mit viel Erfahrung. Und das ist mir auch noch wichtig: Der Entscheid, ob und welche Massnahmen getroffen werden, ist immer beim Gesamteinsatzleiter. Dieser ist vor Ort, hat das Gespür für die Gegebenheiten und die Stimmung unter den Demonstrierenden. Jede Kundgebung hat eine eigene Dynamik, die man berücksichtigen muss.

Ich verstehe sehr gut, dass das für Aussenstehende im Nachgang nicht immer nachvollziehbar ist, weshalb eine Massnahme ergriffen wurde oder nicht. Es ist deshalb auch wichtig, dass man im Nachgang Grenzfälle diskutiert und dazulernt. Was mir wichtig ist, das ist, dass man probiert, Personen zu identifizieren und auch zu verzeigen.

Aber ich finde schon: Alleine die Tatsache, dass wir in den letzten Jahren keine schwerwiegenden Eskalationen mehr hatten, zeigt mir, dass die Stadtpolizei auf einem guten Weg ist. Und ich danke an dieser Stelle das letzte Mal den Einsatzkräften vor Ort für ihre Arbeit. Merci vielmals.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Katrin. Somit ist dieses Geschäft abgeschlossen. Und in Anbetracht der Zeit und des Fortschritts auf der Liste schliesse ich diese Sitzung.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

S. Kocher (GLP)

Ph. Angele (SVP)

L. Merz (SP)

Beilagen:

- Abstimmungsprotokolle

Abstimmungstitel**7. Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 29.Juni.2026 17:43:44
Abstimmungsfrage Abnahme PG Städt. Allgemeinkosten

Ergebnis

Stimmberechtigt	51
A: Zustimmung	20
B: Ablehnung	30
Enthaltung	0
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Miguel	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	B: Ablehnung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	Nicht anwesend
Fehr Jan	B: Ablehnung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	Nicht anwesend
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	B: Ablehnung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	Nicht anwesend
Kern Dominik	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	B: Ablehnung
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cabello Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	B: Ablehnung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	B: Ablehnung
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**7. Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 29.Juni.2026 17:49:21
Abstimmungsfrage 1. Abnahme Jahresrechnung

Ergebnis

Stimmberechtigt	51
A: Zustimmung	32
B: Ablehnung	18
Enthaltung	0
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	B: Ablehnung
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	Kein Abstimmrecht
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	Nicht anwesend
Fehr Jan	B: Ablehnung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	B: Ablehnung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	Nicht anwesend
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	Nicht anwesend
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	B: Ablehnung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cabello Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**7. Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 29.Juni.2026 17:50:05
Abstimmungsfrage 2. Einlagesatz PG-Rücklagen

Ergebnis

Stimmberechtigt	51
A: Zustimmung	50
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	Nicht anwesend
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	Nicht anwesend
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	Nicht anwesend
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**7. Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 29.Juni.2026 17:50:47
Abstimmungsfrage 3. Abnahme PG Globalrechnungen, ohne PG Städt. Allg.kosten

Ergebnis

Stimmberechtigt	51
A: Zustimmung	40
B: Ablehnung	10
Enthaltung	0
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	B: Ablehnung
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	Kein Abstimmrecht
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	Nicht anwesend
Fehr Jan	B: Ablehnung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	Nicht anwesend
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	Nicht anwesend
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cabello Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**7. Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 29.Juni.2026 17:51:30
Abstimmungsfrage 4. Sonderrechnungen

Ergebnis

Stimmberechtigt	51
A: Zustimmung	50
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	Nicht anwesend
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	Nicht anwesend
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	Nicht anwesend
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**7. Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2025**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 29.Juni.2026 17:52:04
Abstimmungsfrage 5. Geschäftsbericht

Ergebnis

Stimmberechtigt	51
A: Zustimmung	50
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	Nicht anwesend
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	Nicht anwesend
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	Nicht anwesend
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**8. Tätigkeitsbericht Finanzkontrolle 2025/26**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 29.Juni.2026 18:17:56
Abstimmungsfrage Kenntnisnahme

Ergebnis

Stimmberechtigt	51
A: Zustimmende Kenntnisnahme	50
B: Ablehnende Kenntnisnahme	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Miguel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Büeler Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Della Segal Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ehrbar Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ernst Nora	Nicht anwesend
Fehr Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fischer Tobija	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Goncalves Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Graf Marco	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gross Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Guddal Jan	Nicht anwesend
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helg Felix	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jung Rona	Nicht anwesend
Kern Dominik	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuratli Benjamin	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Kuster Iris	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Lischer Maria	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Maier Christian	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Steiner Annetta	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Steiner Markus	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Stritt Gabriela	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Tobler Raphael	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Vogel Kaspar	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Wäckerlin Marc	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Weber Philippe	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Würzer Alexander	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Zundel Michael	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Zuraikat Andre	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Zwahlen Daniel	A: Zustimmungende Kenntnisnahme

Abstimmungstitel**9. Jahresbericht 2025 Ombudsstelle**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 29.Juni.2026 20:19:47
Abstimmungsfrage Kenntnisnahme

Ergebnis

Stimmberechtigt	51
A: Zustimmende Kenntnisnahme	50
B: Ablehnende Kenntnisnahme	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Miguel	Nicht anwesend
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Büeler Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Della Segal Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ehrbar Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ernst Nora	Nicht anwesend
Fehr Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fischer Tobija	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Goncalves Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Graf Marco	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gross Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Guddal Jan	Nicht anwesend
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helg Felix	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jung Rona	Nicht anwesend
Kern Dominik	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Name**Ergebnis**

Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Kuster Iris	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Lischer Maria	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Maier Christian	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Steiner Annetta	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Steiner Markus	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Stritt Gabriela	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Tobler Raphael	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Vogel Kaspar	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Weber Philippe	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Würzer Alexander	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Zundel Michael	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Zuraikat Andre	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung Kennntnisnahme

Abstimmungstitel**11. Geschäftsbericht 2025 Sozialhilfebehörde**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 29.Juni.2026 20:27:17
Abstimmungsfrage Kenntnisnahme

Ergebnis

Stimmberechtigt	51
A: Zustimmende Kenntnisnahme	50
B: Ablehnende Kenntnisnahme	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Miguel	Nicht anwesend
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Büeler Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Della Segal Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ehrbar Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ernst Nora	Nicht anwesend
Fehr Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fischer Tobija	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Goncalves Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Graf Marco	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gross Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Guddal Jan	Nicht anwesend
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helg Felix	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jung Rona	Nicht anwesend
Kern Dominik	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Name**Ergebnis**

Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Kuster Iris	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Lischer Maria	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Maier Christian	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Steiner Annetta	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Steiner Markus	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Stritt Gabriela	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Tobler Raphael	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Vogel Kaspar	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Weber Philippe	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Würzer Alexander	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Zundel Michael	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Zuraikat Andre	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung Kennntnisnahme

Abstimmungstitel**12. Umsetzung Motion Überführung Münzkabinett in gemeinnützige Trägerschaft / Erlass einer Verordnung**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	29.Juni.2026 20:50:28
Abstimmungsfrage	Erlass einer Verordnung

Ergebnis

Stimmberechtigt	51
A: Zustimmung	8
B: Ablehnung	42
Enthaltung	0
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Miguel	Nicht anwesend
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	B: Ablehnung
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	Nicht anwesend
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Goncalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	Nicht anwesend
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Bea	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	B: Ablehnung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Jung Rona	Nicht anwesend
Kern Dominik	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	B: Ablehnung
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuratli Benjamin	B: Ablehnung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	B: Ablehnung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Steiner Annetta	B: Ablehnung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Tschirky Feratovic Franziska	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat Andre	B: Ablehnung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**12. Umsetzung Motion Überführung Münzkabinett in gemeinnützige Trägerschaft / Erlass einer Verordnung**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 29.Juni.2026 20:51:16
Abstimmungsfrage Abschreibung Motion 2022.13

Ergebnis

Stimmberechtigt	51
A: Zustimmung	43
B: Ablehnung	0
Enthaltung	7
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	Nicht anwesend
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segar Christian	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	Nicht anwesend
Fehr Jan	Enthaltung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	Nicht anwesend
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	Enthaltung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	Nicht anwesend
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	Enthaltung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	Enthaltung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	Enthaltung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Enthaltung
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	Enthaltung

Abstimmungstitel**13. Verpflichtungskredit Fr.1'980'000 Kunstrasenfeld Sportanlage Steinacker**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 29.Juni.2026 20:57:57
Abstimmungsfrage Antrag gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	51
A: Zustimmung	50
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	Nicht anwesend
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segar Christian	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	Nicht anwesend
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	Nicht anwesend
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	Nicht anwesend
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**14. Verpflichtungskredit jährlich Fr. 190'000 Raummiete Vitusareal und Fr. 200'000 für Erstausrüstung**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 29.Juni.2026 21:07:04
Abstimmungsfrage Anträge 1 und 2 gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	51
A: Zustimmung	50
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	A: Zustimmung
Angele Philipp	Nicht anwesend
Bachmann Miguel	Kein Abstimmrecht
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	A: Zustimmung
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	Kein Abstimmrecht
Cometta Kathrin	A: Zustimmung
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segar Christian	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Kein Abstimmrecht
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	A: Zustimmung
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	Nicht anwesend
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	Nicht anwesend
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**15. Neuerlass Verordnung öffentl. Beleuchtung, Uhren und Beflaggung**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 29.Juni.2026 21:13:52
Abstimmungsfrage Bereinigung Verordnung

Ergebnis

Stimmberechtigt	51
A: Zustimmung	50
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	Nicht anwesend
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	Nicht anwesend
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	Nicht anwesend
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	Nicht anwesend
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**15. Neuerlass Verordnung öffentl. Beleuchtung, Uhren und Beflaggung**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 29.Juni.2026 21:14:42
Abstimmungsfrage Erlass Verordnung

Ergebnis

Stimmberechtigt	51
A: Zustimmung	50
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	Nicht anwesend
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	Nicht anwesend
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	Nicht anwesend
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	Nicht anwesend
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**15. Neuerlass Verordnung öffentl. Beleuchtung, Uhren und Beflaggung**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 29.Juni.2026 21:15:19
Abstimmungsfrage Inkraftsetzung

Ergebnis

Stimmberechtigt	51
A: Zustimmung	50
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	Nicht anwesend
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	Nicht anwesend
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	Nicht anwesend
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	Nicht anwesend
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**16. Motion Änderung PBZ - Bewilligung für Schichtarbeitende**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 29.Juni.2026 21:37:14
Abstimmungsfrage Überweisung an den Stadtrat

Ergebnis

Stimmberechtigt	51
A: Zustimmung	30
B: Ablehnung	20
Enthaltung	0
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	Nicht anwesend
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Segar Christian	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	Nicht anwesend
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	Nicht anwesend
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Jung Rona	Nicht anwesend
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuratli Benjamin	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Tschirky Feratovic Franziska	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung